

DENKANSTÖßE 2014 -2021



Fabio De Masi

»Finanzdetektiv« & Autor

Denkanstöße 2014-2021

Fabio De Masi

Auswahl von Beiträgen aus meiner Zeit im
Europäischen Parlament (2014-2017) und
im Deutschen Bundestag (2017-2021)

Ebook V. 1.0 – Januar 2022

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

sieben Jahre gehörte ich dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag an und habe dort für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik gestritten.

In dieser Broschüre findet Ihr einige meiner Gastbeiträge und Interviews, die ich in diesen Jahren angefertigt habe. Nur bei wenigen Beiträgen lag eine Genehmigung der Verlage zur Zweitveröffentlichung vor, sodass diese Broschüre nur eine kleine Auswahl meiner Texte aus den Jahren 2014-2021 enthält. Radio- und TV-Interviews wurden nur in wenigen Fällen transkribiert. Im Laufe der Zeit sind zudem etliche Portraits meiner Arbeit in nationalen und internationalen Medien wie Neue Zürcher Zeitung, FAZ, Cicero, Welt, Zeit, Berliner Zeitung erschienen. Diese dokumentiere ich auf www.fabiodemasi.de, wo man sich auch für meinen Newsletter anmelden kann.

Wahrscheinlich würde ich heute nicht alles genauso sagen und schreiben, wie ich es einmal gesagt oder geschrieben habe. Aber es ist ein interessantes Dokument meiner Zeit im Parlament. Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und vor allem: Lasst euch nicht unterkriegen. Die Linke braucht eine Idee von der Wirtschaft, um die Politik gerechter zu machen.

Euer

Fabio De Masi

Chronik (unvollständig)

Ausgewählte Publikationen größerer Medien:

- 18.02.2015 *Tagesspiegel*: Griechenland: Eine unbequeme Wahrheit
- 29.06.2015 *Frankfurter Rundschau*: Finanzsystem ohne Mega-Banken
- 06.08.2015 *Neues Deutschland*: Schäubles Plan: Der deutsche Euro
- 14.01.2016 *Neues Deutschland*: Fünf Präsidenten auf Crashkurs
- 18.02.2016 *Tagesspiegel Causa*: Cameron will die EU zu einer Freihandelszone mit Parlament machen
- 07.04.2016 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Europa vor dem Crash
- 14.04.2016 *Neues Deutschland*: Panama? Deutschland!
- 22.06.2016 *Frankfurter Rundschau*: Die EU muss in die Zukunft investieren
- 02.07.2016 *Die Zeit*: Die EU zerstört die europäische Idee
- 30.07.2016 *Deutschlandfunk*: Das ist wie Fiebertessen bei Zombies
- 21.09.2016 *Nachdenkseiten*: „So viel Unterhaltung wie Gabriel bietet nicht mal Donald Trump“
- 23.09.2016 *Deutschlandfunk*: Grenzenloser Handel um jeden Preis?
- 12.10.2016 *Spiegel Online*: Spaltet die Deutsche Bank auf!

- 14.10.2016 *Die Zeit*: Ein schlechter Deal für Europa
- 09.11.2016 *EurActiv*: CCCTB: Der Teufel liegt im Detail
- 05.12.2016 *Xing*: Steuern zahlen ist nur was für die Dummen
- 09.12.2016 *Neues Deutschland*: Für die Rüstung ist der EU selbst ihr Spardiktat egal
- 20.01.2017 *Frankfurter Rundschau*: Die EU muss investieren statt aufrüsten
- 24.01.2017 *EurActiv*: Angriff auf die europäische Wirtschaftsdemokratie
- 03.02.2017 *Taz*: „Der Euro kann nicht überleben“
- 05.03.2017 *Die Zeit*: Die EU-Kommission spielt mit dem Feuer
- 25.03.2017 *Wirtschaftswoche*: Mad in Germany
- 07.06.2017 *Tagesspiegel Causa*: Deutschland lebt vom Konsum der Anderen
- 10.06.2017 *Makroskop*: Deutschland ist ein Magnet für schmutziges Geld
- 23.06.2017 *Makroskop*: Deutschland schmarotzt die Nachfrage der anderen
- 23.08.2017 *Frankfurter Rundschau*: Panama Papers: Die EU muss vor der eigenen Tür kehren
- 01.09.2017 *Hamburger Abendblatt*: Der tägliche Kampf einer Krankenschwester
- 02.09.2017 *Berliner Zeitung*: Interview zur Finanzkrise
- 20.10.2017 *Die Zeit*: „Die Mafia fühlt sich auf der Insel sicher“
- 30.11.2017 *Der Freitag*: Freitag-Interview: „Die sind doch bekloppt“

- 21.12.2017 *Handelsblatt*: Eine Gefahr für Anleger und die Finanzstabilität
- 01.01.2018 *MOPO*: Wie trocknen wir den Steuersumpf aus?
- 19.02.2018 *Frankfurter Rundschau*: Von Donald Trump lernen
- 25.04.2018 *Die Zeit*: DJ Twitter
- 26.04.2018 *Der Freitag*: Freitag-Interview: „Steckbrief?“
- 29.05.2018 *Nachdenkseiten*: Thesenpapier Einwanderung: Eine Replik auf unsere Kritiker
- 31.05.2018 *EurActiv*: Italien spricht nicht Deutsch
- 12.06.2018 *Der Freitag*: „Ein Putsch aus Berlin“
- 13.06.2018 *Frankfurter Rundschau*: Gegen die Macht der Internetgiganten
- 06.09.2018 *Hamburger Abendblatt*: Warum der Handelskammer-Vize dem neuen Linksbündnis beitrifft
- 12.09.2018 *Handelsblatt*: Der Jo-Jo Effekt der Finanzkrise
- 07.11.2018 *Tagesspiegel Causa*: E-Geld für alle!
- 15.11.2018 *T-Online*: Merkel und Scholz schinden Zeit
- 12.12.2018 *Tagesspiegel*: „Ich bin ein investigativer Politiker“
- 13.04.2019 *Der Freitag*: „Wir sollten gemeinsam kämpfen“
- 24.04.2019 *Deutschlandfunk*: Interview: Pecunia non olet? Geld stinkt nicht?
- 08.05.2019 *Aachener Nachrichten*: „Weil uns Europa wichtig ist“

- 22.05.2019 *Junge Welt*: Tariffreie Zone im Hamburger Hafen
- 28.05.2019 *Die Zeit*: Ein Gangster-Paradies
- 25.08.2019 *Taz*: „Das All ist Erbe der Menschheit“
- 26.09.2019 *Wirtschaftswoche*: Deutschland muss investieren statt bremsen
- 07.11.2019 *Nordwestzeitung*: Weg mit der Schwarzen Null
- 21.01.2020 *Neues Deutschland*: Geld gehört nicht in die Hand von Facebook
- 10.03.2020 *Wirtschaftswoche*: Warum wir den digitalen Euro gerade jetzt dringender denn je brauchen
- 26.03.2020 *Linksfraktion – Im Wortlaut*: Corona-Schock: Milliardäre in die Pflicht!
- 18.06.2020 *Taz*: „Dann wäre die GroKo bekloppt“
- 16.07.2020 *Deutschlandfunk*: Fabio De Masi fordert „robuste Regeln gegen diese Steuertricks“
- 22.07.2020 *Tagesspiegel*: Wirecard: „Die gesamte Kommunikation offenlegen“
- 04.09.2020 *Handelsblatt*: Linke legen Zehn-Punkte-Plan als Folge des Wirecard-Falls vor: Bafin soll BMW und Siemens überwachen
- 09.09.2020 *MOPO*: Gibt es in Hamburg einen Sumpf aus Politik und Wirtschaft?
- 29.09.2020 *Hamburger Abendblatt*: De Masi: „Wer bei mir Opposition bestellt, bekommt sie auch“
- 08.10.2020 *RBB Inforadio*: Untersuchungsausschuss zum Wirecard-Skandal startet

- 09.10.2020 *Mitmischen.de*: Wirecard-Skandal: „Hat da jemand gepennt?“
- 12.11.2020 *WDR5 Morgenecho*: Wir brauchen eine Vermögensabgabe für die oberen 0,7 Prozent
- 05.02.2021 *Nachdenkseiten*: „Wir führen hier mit äußerster Härte Phantomdebatten“
- 19.03.2021 *Berliner Zeitung*: Wirecard-Jäger Fabio De Masi: „Die Beute muss gewaschen werden“
- 24.03.2021 *Cicero*: Fragen zum Wirecard-Skandal: „Das wird vor der Bundestagswahl noch eine Rolle spielen“
- 18.06.2021 *Berliner Zeitung*: Wirecard spielte zentrale Rolle für konservative Netzwerke
- 05.07.2021 *Die Zeit*: „Ich bin ein Workaholic und jetzt gehe ich auf Entzug“
- 23.09.2021 *Manager Magazin*: „Millionenspenden an Parteien korrumpieren“
- 09.12.2021 *Cicero*: Freischaffender Finanzsheriff
- 06.01.2022 *MOPO*: Hat Hamburg ein Filz-Problem, Herr De Masi?

Inhalt: Beiträge

- 11 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Das sind die Lehren aus dem Untersuchungsausschuss (Wirecard)
- 19 *Handelsblatt*: Eine Gefahr für Anleger und die Finanzstabilität (Bitcoin)
- 24 *Tagesspiegel Causa*: E-Geld für alle (Digitaler Euro)
- 28 *Die Zeit*: Ein Gangster-Paradies (Geldwäsche)
- 32 *Handelsblatt*: Der Jo-Jo Effekt der Finanzkrise
- 36 *Tagesspiegel Causa*: Deutschland lebt vom Konsum der Anderen (Weltwirtschaft)
- 40 *Die Zeit*: Die EU-Kommission spielt mit dem Feuer
- 44 *Die Zeit*: Die EU zerstört die europäische Idee (Brexit)
- 48 *Tagesspiegel*: Griechenland: Eine unbequeme Wahrheit (Eurokrise)
- 52 *Der Freitag*: „Wir sollten gemeinsam kämpfen“ (Streitgespräch mit Yanis Varoufakis)
- 65 *Hamburger Abendblatt*: Der tägliche Kampf einer Krankenschwester
- 67 *Nordwest Zeitung*: Weg mit der Schwarzen Null
- 68 *Tagesspiegel Causa*: Space Cowboys: Privatisierung des Weltalls stoppen!
- 72 *T-Online*: Merkel und Scholz schinden Zeit (Digitalsteuer)
- 76 *Xing*: Steuern zahlen ist nur was für die Dummen? (Steurgerechtigkeit)

Inhalt: Interviews

- 78 *Der Freitag*: „Steckbrief ...?“
- 82 *Der Freitag*: „Ein Putsch aus Berlin“
- 86 *Der Freitag*: „Die sind doch bekloppt“
- 92 *T-Online*: „Ich würde Andi Scheuer nicht mal zum Kaffeekochen einstellen“
- 98 *Nachdenkseiten*: „Wir führen hier mit äußerster Härte Phantomdebatten“
- 109 *Makroskop*: Deutschland ist ein Magnet für schmutziges Geld

Erklärung

- 119 Ich werde nicht wieder antreten

Das sind die Lehren aus dem Untersuchungsausschuss

Die Pleite des Dax-Konzerns Wirecard ist der größte Finanzskandal der deutschen Geschichte. Was muss passieren, damit so etwas nicht noch mal passiert? Ein Gastbeitrag.

Wirecard galt als deutsche Antwort auf das Silicon Valley. Sie endete als größter Finanzskandal der Bundesrepublik. Ein Start-up aus dem Industriegebiet Aschheim bei München wird zum Dax-Konzern mit einem Börsenwert von über 20 Milliarden Euro, die dahinschmolzen. Damit leider auch die Lebensersparnisse vieler Anlegerinnen und Anleger.

Er hätte einen solchen Skandal „überall erwartet, nur nicht in Deutschland“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) wenige Tage nach der Insolvenz des Unternehmens. Diese Einschätzung war angesichts des Diesel-Skandals oder des Steuerbetrugs durch Cum-Ex-Geschäfte schon damals befremdlich.

Doch zehn Monate später und nach mehr als siebenzig Zeugenbefragungen im Wirecard-Untersuchungsausschuss des Bundestages erscheint Altmaiers Äußerung geradezu absurd. Denn dieser Skandal ist kein Betriebsunfall. Es war eine Mischung aus industriepolitischer Abstiegsangst, stümperhafter Aufsicht und einem Amigo-System ehemaliger Unionspolitiker, die sich ihre politischen Kontakte versilbern ließen, die direkt ins Fiasko führte.

Die Sehnsucht nach einem deutschen Tech-Giganten

Nach der Finanzkrise entstand in Finanz- und Wirtschaftsministerien die Haltung, Deutsche könnten zwar gute Maschinen bauen, aber keine Algorithmen und kein Big Data.

Als dann Apple und Alibaba die Welt eroberten und immer mehr Menschen im Internet bezahlten, wuchs die Sorge, dass aus dem Land der Ingenieure ein Industriemuseum werden könnte. Entsprechend rollten Politiker und Aufseher dem vermeintlichen Tech-Wunder Wirecard den Teppich aus.

Dabei steckte das Unternehmen bereits vor der Erfindung des sogenannten Drittpartnergeschäftes in Asien, mit dem Wirecard nicht existierende Umsätze und Gewinne vor-täuschte, im kriminellen Sumpf. Ob bei illegalen Geldflüssen für Online-Glücksspiel in Amerika oder bei der Abzocke mit Online-Dialern durch Pornowebsites – Wirecard verdiente überall mit. Dennoch galt Wirecard als deutsches Technologie-Wunder. Nur vor dem Hintergrund dieses Wunschdenkens, gepaart mit Ignoranz, ist zu erklären, was am Morgen des 15. Februars 2019 passierte.

Das Leerverkaufsverbot der Aufsicht war ein Gütesiegel

Ein Rechtsanwalt der früheren Kanzlei Bub Gauweiler rief bei der Staatsanwaltschaft München an. Jan Marsalek, der mittlerweile mit weltweitem Haftbefehl gesuchte Wirecard-Vorstand, habe ihn über einen Erpressungsversuch der Nachrichtenagentur Bloomberg in Kenntnis gesetzt. Demnach wolle Bloomberg Wirecard erpressen und verlange sechs Millionen Euro. Andernfalls werde man ein Angebot der „Financial Times“ annehmen und in die negative Berichterstattung über Wirecard einsteigen.

Als Kronzeugen dieser angeblichen Erpressung diene neben Marsalek ein britischer Drogendealer. Für die Staatsanwaltschaft München waren diese Informationen „ernst zu nehmen“. Sie übermittelte sie an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die daraufhin eine Bedrohung für das Marktvertrauen in Deutschland konstruierte, um Wetten auf fallende Kurse zu verbieten. Ein solches Leerverkaufsverbot für ein einzelnes Unternehmen gab es

in Deutschland noch nie. Marsalek war es tatsächlich gelungen, Wirecard ein Gütesiegel der deutschen Finanzaufsicht zu besorgen. Damit konnte das Unternehmen sich weitere Geldmittel von Investoren besorgen, die dann allesamt in dunkle Kanäle abflossen.

Das geplante Leerverkaufsverbot der Bafin war dem Bundesfinanzministerium vorab bekannt. Man griff jedoch nicht ein, obwohl es sich offenkundig um eine sehr ungewöhnliche Maßnahme handelte, deren Rechtmäßigkeit höchst zweifelhaft ist. Denn nur wenn es Anzeichen gibt, dass Probleme bei einem Unternehmen auf andere Unternehmen überspringen können, erlaubt das Gesetz ein Eingreifen der Bafin. Solche Anzeichen gab es jedoch nicht.

Vielmehr erfand die Bafin ein Bedrohungsszenario, um überhaupt aktiv werden zu dürfen. Weder Marktteilnehmer noch die Handelsüberwachungsstelle der Deutschen Börse teilten die Einschätzung der Bafin. Auch die Marktexperten der Bundesbank sahen keinen Grund für eine solche Maßnahme. Außerdem hätte die Aufsichtsbehörde die Lage durch mildere Mittel aufklären und abwenden können: Ein Anruf beim Chefredakteur von Bloomberg hätte genügt.

Die Wirtschaftsprüfer haben jahrelang weggeschaut

Es passt ins Bild, dass Bafin-Mitarbeiter auch noch fleißig spekulierten: Mit keinem Einzelwert wurde in der Finanzaufsicht 2019 so viel gehandelt wie mit dem besonders volatilen Dax-Titel Wirecard. Das Bundesfinanzministerium rückte mit dieser Information nur scheinbar heraus. Vielleicht war einem die eigene Ignoranz zu peinlich.

Peinlich ist der Skandal auch für die Wirtschaftsprüfer von EY. Mehr als zehn Jahre haben sie die Bilanzen testiert. EY ließ sich von Vertretern von Wirecard einlullen, die berechtigte Bedenken von Journalisten und Marktteilnehmern regelmäßig beiseiteschoben, Kritikern entweder unlautere

Interessen oder ein mangelndes Verständnis des angeblich komplexen Geschäftsmodells vorwarfen. Den Wirtschaftsprüfern fehlte schlicht das Rückgrat, die Bestätigung des Jahresabschlusses zu verweigern, obwohl Wirecard keine ausreichenden Belege dafür lieferte, dass Bankguthaben und Kundenbeziehungen überhaupt existierten.

Die Gerichte werden entscheiden, ob EY Schadenersatz leisten muss. Viele geschädigte Anlegerinnen und Anleger und nicht zuletzt der Insolvenzverwalter der Wirecard AG werden genau studieren, was der Ausschuss zur Prüftätigkeit von EY zu berichten hat. Nach Lage der Dinge sieht es so aus, als sei erheblich gegen die anwendbaren Prüfstandards verstoßen worden.

Eine Armee von Lobbyisten öffnet Türen zur Politik

Ohne ein politisches Netzwerk rund um den Ex-Finanzchef Burkhard Ley hätte die Illusionsfabrik Wirecard nicht funktioniert. Der joviale Banker spannte ehemalige Unionspolitiker mit Geld und Schmeicheleien ein. So vermittelte ein ehemaliger bayerischer Landespolizeipräsident Kontakte in die Bayerische Staatskanzlei. Die früheren CDU-Ministerpräsidenten Ole von Beust und Peter Harry Carstensen sollten für Wirecard Kontakte in die Bundespolitik herstellen und die Liberalisierung des Online-Glücksspiels in Deutschland vorantreiben, wo Wirecard als zentraler Zahlungsabwickler fungierte.

Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) setzte sich im Vorfeld einer China-Reise der Kanzlerin im persönlichen Gespräch mit ihr für Wirecard ein. Die Kanzlerin lobbyierte später persönlich beim mächtigsten Mann Chinas für ein Unternehmen, das tief im kriminellen Sumpf steckte. Sie hätte sich fragen können, ob ausgerechnet ihr ehemaliger Minister ein vertrauenswürdiger Ratgeber für die Interessen der Bundesrepublik ist.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz verhandelte noch Anfang 2019 ein deutsch-chinesisches Abkommen zur Öffnung des Finanzmarktes, in dem es unter anderem darum ging, Wirecard zum ersten und einzigen ausländischen Unternehmen mit einer grenzüberschreitenden Zahlungslizenz in China zu machen. Im Sommer 2020 versprach er dann, sich an die Spitze der Aufklärung zu stellen.

Die Bundesregierung macht einen Bogen um Wirecard

Diesem Versprechen wurde er nicht gerecht. Häufig wurden für Zeugenbefragungen relevante Akten erst unmittelbar vor oder sogar erst nach den jeweiligen Sitzungen übermittelt. Korrespondenz von Scholz, die er über einen persönlichen E-Mail-Account verschickte, konnte vom Finanzministerium nicht systematisch erfasst werden. Woche für Woche verhinderten CDU/CSU und SPD mit ihrer Mehrheit die Übertragung der Zeugenvernehmungen im Internet.

Ansonsten machte Scholz einen großen Bogen um Wirecard. Seine Strategie ist offenkundig: immer nur zugeben, was sowieso schon bekannt ist. Er streitet jedwede Verantwortung ab und wirbt zugleich mit seiner Wirtschaftskompetenz. Dabei haben sich unter den Augen der ihm unterstellten Finanzaufsicht drei Milliardenkandale abgespielt: neben Wirecard auch beim Container-Finanzierer P&R und nun die Pleite der Bremer Greensill Bank. Als Scholz am Donnerstag vor dem Untersuchungsausschuss aussagte, erklärte er, er sei „tiefenentspannt“. Als ob das nicht alles schon genug wäre, hatten auch noch Personen aus dem Umfeld von Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten ihre Finger im Spiel. Ehemalige österreichische Agenten, von denen einer wegen mutmaßlicher Kontakte zu russischen Diensten unter Beobachtung des Bundeskriminalamts stand, halfen Marsalek zu fliehen. Die Bundesregierung schweigt sich trotz des Verdachts der Agententätigkeit auf deutschem Hoheitsgebiet dazu aus.

Bafin und Staatsanwälte

Wirecard ist nicht „ausgerechnet“ in Deutschland passiert. Der Skandal legt vielmehr die Schwächen der Deutschland AG schonungslos offen. Zur Sehnsucht nach einem globalen Tech-Unternehmen kam Misstrauen gegenüber Marktakteuren aus dem Ausland und eine kollektive Verantwortungslosigkeit in der Finanzaufsicht. Bis heute etwa ist niemand für die Geldwäscheaufsicht über die mittlerweile insolvente Wirecard AG zuständig.

Die Finanzaufsicht und der Freistaat Bayern schieben sich die Verantwortung gegenseitig zu. Die Warnungen vor Wirecard wurden nicht ernst genommen und die vorhandenen Ermittlungs- und Aufsichtsbefugnisse nicht ausgeschöpft. Man ignorierte kritische Fragen von Journalisten, Marktteilnehmern und Abgeordneten. In einem Bericht der Bafin ans Finanzministerium, der durch die gesamte Bafin-Hierarchie freigegeben wurde, wurde sogar das Bild von britischen und israelischen Hintermännern gezeichnet, die eine Verschwörung am Finanzmarkt steuern.

Ermittelt wurde letztlich gegen die „Financial Times“-Journalisten Dan McCrum und Stefania Palma, nachdem diese von der Bafin aufgrund bloßer Vermutungen angezeigt worden waren. Sie waren dadurch einem erheblichen Misstrauen ausgesetzt. Olaf Scholz hätte sich schon längst bei beiden, die mit ihren Recherchen der Bundesrepublik einen großen Dienst erwiesen haben, öffentlich für die Bundesregierung entschuldigen können.

Eine Finanzaufsicht für das 21. Jahrhundert

Gute Gesetze und Strukturen sind unverzichtbar, sie ersetzen aber keine Aufseher, die über die Schreibtischkante hinausdenken. Sie ersetzen auch nicht die notwendige politische Rückendeckung für Engagement, das dem einen oder anderen weh tun könnte. Wir brauchen eine neue Aufsichtsmen-

talität in Deutschland, die den Finanzmärkten tatsächlich gerecht wird. Die Spitze der Ministerien und Behörden muss den Kulturwandel vorleben und einfordern. Mark Branson verdient als künftiger Bafin-Präsident dafür jedwede Unterstützung und eine faire Chance.

Wir brauchen Aufseher, die hungrig sind, Vorwürfen nachzugehen. Aufseher, die digitale Geschäftsmodelle verstehen und sich stetig weiterbilden, um die Integrität des Finanzplatzes zu schützen. Es braucht ein offenes Haus für Marktanalysten und Whistleblower, die staatliche Behörden besser machen. Es braucht die Bereitschaft, die besten Leute für sich zu gewinnen, auch wenn sie einiges kosten. Nicht zuletzt braucht es eine Kultur, in der Fehler nicht vertuscht, sondern produktiv genutzt werden. Dazu gehört auch, von anderen Ländern zu lernen.

Der Bundestag hat mit dem Untersuchungsausschuss im Fall Wirecard positive Maßstäbe gesetzt, obwohl ihm angesichts der Kürze der Zeit wenig zugetraut wurde. Der Finanzminister wollte den Ausschuss nicht. Die „taz“ nannte das Gremium „überflüssig“. Dabei hat wohl kaum ein Untersuchungsausschuss des Bundestages in so kurzer Zeit und in zahlreichen Nachtsitzungen so viele neue Details ans Licht der Welt gezerrt.

Verdienst des Parlaments

Erst unter dem massiven öffentlichen Druck, der sich durch die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses aufbaute, entschloss sich Olaf Scholz zum überfälligen Austausch der Bafin-Spitze. Auch der Chef der Wirtschaftsprüferaufsicht APAS, der Präsident der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung und der Chef von EY Deutschland mussten ihre Posten räumen.

Die involvierten Kabinettsmitglieder, insbesondere Olaf Scholz, Peter Altmaier und die Bundeskanzlerin, sind teil-

weise unter erheblichen öffentlichen Rechtfertigungsdruck geraten. Das alles war notwendig, um aus Fehlern zu lernen und es künftig besser zu machen. Doch in Zeiten wie diesen, in denen einige Abgeordnete sich durch Maskendeals oder Zuwendungen einer ausländischen Regierung bereichern, in denen sich das Parlament im Zuge der Pandemie zu viele wesentliche Entscheidungen aus der Hand hat nehmen lassen und in denen vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern mit dem Corona-Krisenmanagement unzufrieden sind, geht es zugleich um mehr als um einen Finanzskandal.

Es geht um das Vertrauen in die Demokratie und in ihre Leistungsfähigkeit. Dieser Untersuchungsausschuss hat dokumentiert, welche Macht das Parlament im Sinne des Gemeinwohls entfalten kann, wenn trotz unterschiedlicher Standpunkte in der Sache über Fraktionsgrenzen hinweg zusammengearbeitet wird.

— *Gastbeitrag von Danyal Bayaz, Fabio De Masi und Florian Toncar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 24.04.2021*

Eine Gefahr für Anleger und die Finanzstabilität

Der Bitcoin-Hype nährt die Illusion, man könne ohne Arbeit reich werden. Das ist meist nur Vermögenden oder Betrügern vergönnt. Umso unverantwortlicher ist es, dass Finanzwetten mit Bitcoin erlaubt sind.

Bei Bitcoins herrscht Goldrausch. Der Kurs hat sich innerhalb nur eines Jahres verzwanzigfacht und zwischenzeitlich die Marke von 20.000 US-Dollar übersprungen. Immobilien, Rohstoffe, Kunstwerke oder eben Krypto-Währungen eignen sich gut für Spekulationen, da sie sich nicht beliebig schnell vermehren lassen und ihre Preise daher bei starker Nachfrage durch die Decke gehen. Heftige Kurseinbrüche, die Flash Crashes, verdeutlichten jedoch die Gefahr für Anleger und Finanzstabilität.

Es ist ein altes Spiel: Ob Tulpenrausch im 17. Jahrhundert, Gold oder New Economy: Immer wieder herrscht die Illusion, man könne ohne Arbeit reich werden. In der Realität aber ist das zumeist nur Vermögenden oder Betrügern vergönnt. Umso unverantwortlicher ist die Zulassung von Finanzwetten mit Bitcoin (Derivaten) durch die US-Finanzaufsicht.

Die Anhänger von Bitcoins sind überzeugt, dass Krypto-Währungen eine Alternative zum Bankengeld sein könnten. Es gibt gute Gründe, unser Geldsystem nicht den Banken zu überlassen. Aber Bitcoins schaffen nicht mehr Sicherheit, sondern verstärken Unsicherheit.

Schon Mitte des 20. Jahrhunderts hat der Kopf der Freiburger Schule, Walter Eucken, dafür plädiert, im Interesse einer stabilen Finanzarchitektur den privaten Banken die

Möglichkeit zur Geldschöpfung zu nehmen. Dennoch wird unser Geld nach wie vor – ja, mehr denn je – nicht vorrangig durch Zentralbanken „gedruckt“, sondern durch private Marktteilnehmer geschaffen. Der überwiegende Teil unserer Geldmenge – etwa 97 Prozent je nach Definition – sind Schuldverschreibungen von Geschäftsbanken – und nicht von der Zentralbank in Umlauf gebrachte Scheine. Das sogenannte Giral- oder Buchgeld entsteht per Knopfdruck.

Spielgeld für neue Finanzwetten

Wenn Banken privaten Haushalten oder Unternehmen Kredit geben, schaffen sie neue Guthaben. Und zwar unabhängig davon, ob sie zuvor Ersparnisse anderer Kunden eingeworben haben. Die Banken haben ein großes Interesse daran, dass aus den 97 Prozent irgendwann 100 Prozent werden. Denn je geringer die Rolle des Bargelds, desto größer die Gewinnmöglichkeiten und die Macht der Banken.

Welche Rolle aber spielen Zentralbanken? Sie können Geschäftsbanken Wertpapiere abkaufen, um Reserven (Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank) zu schaffen, und sie können Wertpapiere verkaufen, um Reserven zu vernichten. Die Europäische Zentralbank tut im Rahmen des OMT-Programms vor allem ersteres: Sie hat durch den Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen bis zu 60 Milliarden Euro monatlich in den Markt gepumpt und auch die Zinsen auf null gedrückt.

Tatsächlich wurde Spielgeld für neue Finanzwetten geschaffen. Denn billiges Geld landet bei Kürzung von öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten auf den Finanzmärkten, nicht in der realen Wirtschaft. Daher sind auf den Vermögenmärkten gigantische Blasen entstanden. Der aktuelle Kurs des Bitcoin ist eine davon. Und wie jede Finanzblase wird diese irgendwann platzen. Dadurch wird nicht nur Vermögen vernichtet, sondern erneut dürfte ein rapider Wert-

verfall bei Aktien, Anleihen oder auch Immobilien Banken im Euro-Raum gefährden.

Die Politik wird dann, entweder dem Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs und der Enteignung von Millionen Kleinsparern tatenlos zusehen müssen – oder, was wahrscheinlicher ist, erneut Steuergeld in die Rettung privater Institute und ihrer Anleger pumpen. Wobei dies angesichts der Zunahme der Staatsverschuldung seit der Finanzkrise in einigen Ländern kaum noch möglich ist. Vielleicht ist das der Grund, weshalb die EZB kürzlich in einer Stellungnahme anregte, die EU-weite gesetzliche Einlagensicherung von 100.000 Euro pro Konto im Falle einer schweren Finanzkrise – also dann, wenn man sie braucht! – auszusetzen.

Totale Privatisierung des Geldes

Die Geldpolitik der Zentralbanken erreicht somit kaum noch die reale Wirtschaft. Zentralbanken können zwar die kurzfristigen Zinsen verändern, um Kreditschöpfung anzukurbeln oder zu verteuern. Aber eine Senkung der Zinsen führt bei schwacher Nachfrage nicht automatisch zu mehr Krediten und Investitionen, zumal die Geschäftsbanken Kredite rationieren und niedrige Zinsen nur selektiv weitergeben.

So müssen kleine Unternehmen nicht selten einen Teil ihres Finanzierungsbedarfs durch teure Dispokredite abdecken. Auch die Kaufkraft ärmerer Familien wird durch Wucherzinsen für Überziehungskredite geschmälert. Eine extreme Erhöhung der Zinsen hingegen kann zwar jede Spekulationsblase zum Platzen bringen und Kredite verteuern. Solche Zinserhöhungen treffen aber nicht nur einzelne Märkte, wie den Immobilienmarkt, sondern würgen meist die komplette Wirtschaft ab.

Kryptowährungen bieten jedoch keine Alternative zu diesen Schwächen des Geldsystems. Sie dienen der totalen Privatisierung.

tisierung des Geldes, was immer wieder in Krisen mündet. Wir brauchen daher mehr statt weniger öffentliche Kontrolle der Geldsystems. Dazu muss die Rolle von Zentralbanken gestärkt werden. Hier vier Ideen, die teilweise bereits erfolgreich praktiziert wurden:

Erstens könnten Zentralbanken Geschäftsbanken zwingen, Kredite (nicht Guthaben) in einem Land oder in einem Wirtschaftszweig, in dem es zu Blasen kommt, mit hohen Mindestreserven zu unterlegen. So könnte Überhitzungen – etwa im Immobiliensektor oder bei unterschiedlichen Konjunkturen im Euro-Raum – chirurgisch präzise begegnet werden. Dies ist bei einer Inflation auf den Finanz- und Vermögenmärkten, aber auch bei einer Depression in der Realwirtschaft oder unterschiedlichen Dynamiken in Euro-Ländern zielführender als der Hammer der Zinspolitik.

Zweitens könnten Zentralbanken den privaten Haushalten und Unternehmen ermöglichen, ihr Girokonto sicher auf Konten bei der Zentralbank zu führen oder sie könnten Banken zwingen, kurzfristige Kundeneinlagen mit 100 Prozent Reserven zu unterlegen. Dann wären diese Kundeneinlagen so sicher wie Bargeld und der Geldschöpfung der Geschäftsbanken entzogen. Die schwedische Reichsbank diskutiert die Einführung einer solchen von der Zentralbank garantierten E-Krone für das digitale Zeitalter.

Drittens könnten Zentralbanken den Geschäftsbanken Liquidität nur dann gewähren, wenn diese einen gewissen Prozentsatz der Kredite für sinnvolle Investitionen vergeben, etwa in Forschung, Bekämpfung des Klimawandels oder die Schaffung von Arbeitsplätzen in schwachen Regionen. Japan hat sein Wirtschaftswunder in der Nachkriegsära auch derartiger Kreditsteuerung zu verdanken.

Viertens könnte die Zentralbank im Rahmen ihres Inflationsziels und ihrer gewünschten Zinspolitik direkt öffentli-

che Investitionen anschieben, statt über den Kauf von Wertpapieren die Börsen und Vermögenden zu subventionieren. In Kanada war es bis in die 1970er Jahre üblich, dass die Zentralbank auch Staatsausgaben finanzierte.

Es ist nicht einsichtig, warum Geld für Investitionen inflationär wirken sollte, während Finanzwetten und enthemmte Geldschöpfung der Banken als unproblematisch gelten. Zentralbanken könnten über ihre Zinspolitik jederzeit staatliche Investitionen wieder verteuern. Es ist auch wenig überzeugend, dass Banken unser Geld angeblich jederzeit besser verteilen als Zentralbanker oder Finanzminister. Ein Blick auf die Finanzkrise oder auf die von Banken finanzierten Immobilienwüsten an spanischen Stränden genügt, um diese Annahme zu widerlegen.

— *Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht und Fabio De Masi im Handelsblatt am 21.12.2017*

E-Geld für alle

Der Euro ist auch zehn Jahre nach der Finanzkrise nicht krisenfest. Die Ungleichgewichte im internationalen Handel sind weiterhin enorm, und die Welt schlittert in einen Handelskrieg. Doch eine neue Herausforderung für unser Finanzsystem wird in Deutschland bisher kaum diskutiert: die Digitalisierung der Wirtschaft.

FinTech-Unternehmen setzen Banken durch neue Technologien des bargeldlosen Zahlungsverkehrs unter Druck. Dies drückt die Gewinnmargen von Kreditinstituten und verstärkt somit die gefährliche Konzentration im Bankensektor. Darüber hinaus haben sich Krypto-Tokens wie der Bitcoin etabliert, die sich der staatlichen Regulierung entziehen.

Die Bargeldnutzung ist stark rückläufig. Bereits heute beträgt der Anteil des Bargelds an den gesamten Ausgaben der privaten Haushalte in Deutschland nur noch etwa 18 Prozent. Länder wie Schweden oder Estland sind auf dem Weg zur bargeldlosen Wirtschaft. Die schwedische Riksbank oder die estnische Zentralbank prüfen daher die Ausgabe von digitalem Zentralbankgeld und erforschen entsprechende Technologien. Tatsächlich birgt die Verdrängung des Bargelds enorme Risiken: Ohne Konkurrenz durch staatliches Bargeld könnten monopolistische Finanzdienstleister versuchen, ihre Rendite über exzessive Gebührenerhöhungen zu steigern. Im Extremfall einer gänzlichen Abschaffung des Bargelds wären sogar Negativzinsen auf Konten der Massenkunden denkbar. Zudem hinterlassen wir beim bargeldlosen Bezahlen elektronische Datenspuren, die für die Anbieter und das kontoführende Kreditinstitut jederzeit nachvollziehbar sind.

Krypto-Token, die wie Bitcoin anonyme Transaktionen ermöglichen, sind jedoch keine Alternative zu staatlichen Währungen. Sie erfüllen zentrale Funktionen von Geld, wie Wertstabilität und niedrige Transaktionskosten, nicht. Als private Währungen sind sie vielmehr Spekulationsobjekte. Bitcoins werden durch die Teilnehmer über dezentrale Rechner bei enormen Stromverbrauch privat geschöpft (mining). Aufgrund des begrenzten Angebots sind sie ebenso anfällig für extreme Kurschwankungen wie niederländische Tulpen im 16. Jahrhundert.

Zentralbanken sind daher gefordert, ein zukunftsfestes gesetzliches Zahlungsmittel für das digitale Zeitalter zu etablieren. Die einfachste Variante wäre ein Zentralbankkonto für alle, das es Bürgerinnen und Bürgern analog zu Kreditinstituten ermöglicht, Guthaben bei der Zentralbank zu halten. Die Einlagen des Publikums bei der Zentralbank (digitales Bargeld bzw. E-Euro) wären wie Bargeld staatlich garantiert und im Unterschied zum „privaten“ Girogeld der Banken sicheres Geld. Dagegen sprechen weder technische noch rechtliche Gründe. Das Bundesbankgesetz erlaubt der Notenbank gewisse „Geschäfte mit jedermann“ (§22 BbankG), darunter die Annahme von „Giroeinlagen und anderen Einlagen“ (§ 19 (2) BbankG).

Ein Zentralbankkonto für Privatkunden würde das bestehende Target2-System nutzen, das eine Zahlungsabwicklung fast in Echtzeit ermöglicht, bräuchte also keine neue Infrastruktur. Die Möglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger bei der Zentralbank ein Konto zu führen, könnte aber weitreichende Auswirkungen auf das Finanzsystem und die Geldpolitik haben.

Die Einführung eines E-Euros würde keinesfalls bedeuten, dass die Zentralbank die herkömmlichen Aufgaben der Geschäftsbanken wie die Kreditvergabe übernehmen muss. Geschäftsbanken würden weiter Kundeneinlagen einwerben.

Diese müssten allerdings höher verzinst werden als Einlagen bei der Zentralbank, da sie mangels staatlicher Garantie risikanter wären. Die Bundesbank wendet gegen einen digitalen Euro ein, dass die Möglichkeit für Kundinnen und Kunden ihre Gelder auf ein sicheres Zentralbankkonto zu übertragen, einen digitalen Bank Run auslösen würde. Dies würde private Kreditinstitute jedoch zu risikoärmeren Geschäftsmodellen zwingen.

Elektronisches Bargeld für alle hätte den Vorteil, dass Transaktionen nicht mehr für Kreditinstitute sichtbar wären. Diese wären aber für die Zentralbank selbst und somit für eine staatliche Institution nachvollziehbar. Anders als mit Bargeld wären somit also keine anonymen Zahlungen möglich. Im Rahmen der Geldwäschebekämpfung (z.B. Terrorfinanzierung oder der organisierten Kriminalität) ist Anonymität auch nicht unbegrenzt wünschenswert. Jedoch sollten anonyme Transaktionen zum Schutz der Privatsphäre bis zu einem gewissen Schwellenwert weiter möglich sein. Von der Zentralbank ausgegebene Krypto-Tokens, die anonym übertragen werden können, könnten diese Funktion von Bargeld im digitalen Zeitalter erfüllen.

Es gibt jedoch auch schlechte Motive für digitales Zentralbankgeld: Denn führende Zentralbanker plädieren auf internationaler Ebene auch deshalb für eine Abschaffung des Bargelds, weil die Geldpolitik in einem wirtschaftspolitischen Umfeld von hoher sozialer Ungleichheit und staatlicher Kürzungspolitik zunehmend kastriert wurde. Denn billiges Geld landet bei schwachen Investitionen und Konsum nicht in der realen Wirtschaft sondern schafft neue Finanzblasen.

Die Abschaffung des Bargelds jedoch böte die Möglichkeit, negative Zinsen nicht nur auf Einlagen der Banken sondern die der Bürger zu erheben. Denn niemand könnte sich negativen Zinsen durch Abhebung und Horten von Bargeld

unter dem Kopfkissen entziehen. Die privaten Haushalte wären dann zum Konsum verdammt, da ihr Geld auf dem Konto täglich an Wert verlöre. Dies verliehe Zentralbanken die Macht, die Wirtschaft auch bei einer noch ungleicheren Verteilung zu steuern.

Negativzinsen für Jedermann würden jedoch das Vertrauen in Geld untergraben. Ein digitaler Euro ist daher nur sinnvoll, wenn das Geld der Bürger vor solchen Experimenten der Zentralbanken wirklich sicher wäre, Bargeld weiterhin zur Verfügung stünde und die Einlagen der Bürger bei der Zentralbank gesetzlich geschützt wären.

Ein Gangster-Paradies

Ausgerechnet bei der Bekämpfung der Geldwäsche liegt in Deutschland vieles im Argen. Die Regierung muss dringend handeln.

Geldwäsche ist die Kriminalität der Reichen und Mächtigen. Es geht um Korruption, Steuerflucht, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel sowie um die Finanzierung von Terrorismus. Bis zum Januar 2020 muss die Bundesregierung die fünfte Anti-Geldwäsche-Richtlinie der EU umsetzen, am 19. Juni kommt der Entwurf dafür ins Kabinett. Und so viel ist heute schon klar: Wenn die Bundesregierung es damit ernst meint, liegt noch viel Arbeit vor ihr.

Deutschland ist ein Paradies für Gangster, zumindest bei der Geldwäsche. Laut einer Studie der Universität Halle, die vom Bundesministerium der Finanzen in Auftrag gegeben wurde, geht es in Deutschland um 100 Milliarden Euro jährlich. Um die Spuren des Geldes zu verwischen, werden Euro, Dollar oder Franken aus schmutzigen Geschäften etwa in Kasinos oder Immobilien investiert und durch Scheingeschäfte gewaschen. Oft fließt das Geld dabei über unzählige Tarnfirmen, was die Ermittlungen erschwert. Deshalb kann die Bekämpfung der Geldwäsche nur gelingen, wenn alle Beteiligten ihrer Verantwortung nachkommen.

Dafür gibt es bereits Regeln: Banken und Notare sind verpflichtet, verdächtige Transaktionen zu melden. Diese Meldungen gehen an die Financial Intelligence Unit (FIU) des Zolls. Meldungen, die dort als besonders auffällig eingestuft werden, leitet die FIU an die Strafverfolgungsbehörden weiter. Banken müssen ihre Kunden durchleuchten und die tatsächlichen Eigentümer von Tarnfirmen ermitteln. Alle

Unternehmen müssen in der EU seit 2017 in einem Transparenzregister Informationen über ihre Eigentümer offenlegen.

Doch in der Praxis hat dieses System etliche Schwachstellen. Das Transparenzregister ist lückenhaft: Unternehmens-eigentümer gelten erst ab einer Mindestschwelle von 25 Prozent der Anteile als wirtschaftlich Berechtigte. Zudem ist es zu einfach, Eigentum über Landesgrenzen hinweg zu verschleiern. Es braucht daher einen Informationsaustausch innerhalb der EU.

Die Aufsicht darüber, ob die Meldepflichten eingehalten wurden, führt im Finanzsektor die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Im Nicht-Finanzsektor — etwa bei Immobilien und Notaren — sind die Bundesländer zuständig, von Standesbeamten bis zu Gerichtspräsidenten. Und auch da hakt es. Die BaFin kontrolliert die Finanzinstitute nicht streng genug. So ergab eine Sonderprüfung der Behörde, dass keine deutsche Bank die Geldwäscheregeln im Zusammenhang mit den Panama Papers verletzt habe, jener Enthüllung der Süddeutschen Zeitung und anderer Medien um dubiose Briefkastenfirmen im Ausland. Wenig später durchsuchte die Staatsanwaltschaft Frankfurt dann jedoch Büros der Deutschen Bank.

Um die Aufsicht im Nicht-Finanzsektor ist es in Deutschland kaum besser bestellt, das geht aus Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Linksfraktion hervor. Demnach kamen im Jahr 2018 nur 0,8 Prozent aller Geldwäsche-Verdachtsmeldungen an die FIU aus dem Nicht-Finanzsektor. Im Jahr 2017 kontrollierten in 10 von 16 Bundesländern die Aufsichtsbehörden Notare kein einziges Mal in deren Büros. Der Schmuckhandel, Kasinos oder der Immobilienmarkt sind jedoch Hochrisiko-Branchen, da hier oft bar bezahlt wird, wodurch Spuren leicht verwischt werden.

Bei Rechtsanwälten, Notaren und Wirtschaftsprüfern herrscht überdies Schweigepflichten gegenüber den Mandanten. Sie müssen ihren Verdacht nur dann melden, wenn ihnen bekannt ist, dass es sich bei verdächtigen Zahlungen um Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung handelt. Aber genau dies soll die Strafverfolgung nach der Meldung ja erst herausfinden. Es braucht daher dringend strengere Kontrollen und abschreckende Bußgelder.

Unterdessen versinkt die FIU, die wichtigste Anti-Geldwäsche-Behörde Deutschlands, im Chaos, auch das geht aus Antworten der Bundesregierung hervor. Der FIU fehlen Personal, kriminalistische Expertise und Zugang zu relevanten polizeilichen Datenbanken. Monatelang fiel bei der Einheit die IT aus, die Banken meldeten ihre Verdachtsmomente per Fax, und studentische Aushilfen tippten alles ab. Das Ergebnis: Bei der FIU liegen mehr als 30.000 unbearbeitete Verdachtsmeldungen. Selbst Fälle mit Bezug zur Terrorismusfinanzierung wurden so spät bearbeitet, dass es nicht mehr möglich war, das Geld zu beschlagnahmen. Dann wurde im August 2018 der Chef der FIU ausgetauscht und ein „Managementplan“ verkündet. Doch Anfang 2019 ist weder der Rückstau der vielen Meldungen abgearbeitet noch der Personalaufbau nach Plan umgesetzt.

Um Finanzkriminalität zu bekämpfen, muss der Staat handlungsfähig sein. Wichtig dafür ist ein lückenloses Transparenzregister. Neben Eigentümern von Briefkastenfirmen sollten darin auch jene von Immobilien erfasst werden. Weiter muss auch schwere Steuerhinterziehung in den Vortatenkatalog der Geldwäsche aufgenommen werden, wie das in vielen OECD-Staaten der Fall ist. Nur wenn eine solche Vortat vorliegt, können Staatsanwälte wegen Geldwäsche ermitteln. Auch braucht Deutschland eine Bundesfinanzpolizei und ein Unternehmensstrafrecht. Zudem ist Banken und Notaren, die wiederholt Beihilfe zur Geldwäsche leisten, die

Lizenz zu entziehen. Die meisten dieser Maßnahmen fehlen in dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Doch ohne sie ist der Kampf gegen das schmutzige Geld nicht zu gewinnen.

— *Analyse von Fabio De Masi in Die Zeit am 28.05.2019*

Der Jo-Jo Effekt der Finanzkrise

Ein Gastbeitrag zu 10 Jahren Lehman Brothers Pleite. Bei der Bankenregulierung hat es Versäumnisse gegeben. Ein neuer Crash ist wahrscheinlich.

Die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 mündete in die Wirtschafts- und Finanzkrise. 10 Jahre nach der Krise lautet die Frage nicht ob, sondern wann ein neuer Crash kommt.

Dies hat mehrere Gründe:

Erstens, die milliardenschweren Rettungspakete für Banken und die Billionen an billigem Geld der Zentralbanken, haben zwar die Finanzmärkte beruhigt, aber bei Kürzung von öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten die Ungleichheit verschärft.

Das billige Geld der Zentralbanken landet so im Dax, bei Immobilien und Aktien statt in der realen Wirtschaft. Neue Finanzblasen entstehen. Die Privatisierung der Alterssicherung ist ein zusätzlicher Brandbeschleuniger für die Finanzmärkte, weil Rentengelder das Biest füttern. Es gibt daher weiter enormen Anlagedruck für Finanzinnovationen.

Nötig wäre stattdessen ein New Deal wie unter Roosevelt: Hohe Vermögen abschöpfen, das billige Geld gegen den Klimawandel und in die Infrastruktur investieren, die Binnenwirtschaft bzw. Löhne und Renten stärken. Und der ehemalige Präsident der US-Zentralbank hat Recht: Die einzige sinnvolle Finanzinnovation der letzten Jahre war der Geldautomat. Wir brauchen einen Finanz-Tüv zur Zulassung von Finanzprodukten, der neue Finanzprodukte auf Gefahren und volkswirtschaftlichen Nutzen prüft.

Zweitens haben sich neue ökonomische Ungleichgewichte aufgebaut. Deutschland – die viertgrößte Volkswirtschaft der Erde – lebt weiter von der Nachfrage und Verschuldung des Auslands. Unsere Exporte haben sich stärker auf aufstrebende Schwellenländer verlagert und die Euro-Zone erzielt gemeinsam Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt. Ohne selektive Kontrollen des Kapitalverkehrs und einer Stützung der Wechselkurse durch die mächtigsten Zentralbanken drohen neue Währungskrisen.

Denn kurzfristig orientierte Finanzinvestoren haben billige Dollars in Wachstumsmärkten wie der Türkei investiert. Die Erhöhung der Zinsen in den USA führt zum Abzug der Gelder und der Abwertung der Währung von Schwellenländern. Dies begünstigt neue Krisen, da Länder wie die Türkei hohe Defizite in der Leistungsbilanz aufweisen und ihre reale Schuldenlast steigt. Denn Dollar-Kredite müssen nun mit schwacher türkischer Lira, argentinischem Peso oder südafrikanischem Rand bedient werden.

Drittens: Die Banken sind keineswegs gesund. Sie müssen zwar mehr Eigenkapital vorhalten, um Verluste aufzufangen. Doch ihr Eigenkapital ist geringer als in den USA, wo der Staat frühzeitig Banken neu ordnete. Zudem lagern in den Bankbilanzen, vor allem in Südeuropa, gut 700 Milliarden Euro an faulen Krediten. Die Banken können aber nicht aus faulen Krediten heraus wachsen, wenn es wegen unzureichender öffentlicher und privater Investitionen nicht hinreichend neue, gute Kredite gibt.

In der EU gibt es nun eine gemeinsame Aufsicht über Banken. Das Kernproblem der Megabanken, die zu groß und zu vernetzt zum Scheitern sind, ist aber keineswegs gelöst. Die großen Universalbanken genießen eine faktische Subvention der Steuerzahler für das riskante Kapitalmarktgeschäft, da sie wegen ihrer Gefahr für das Finanzsystem im Zweifel gerettet werden.

So soll etwa der EU-Abwicklungsfonds, der von den Banken finanziert wird, im Jahr 2024 55 Milliarden Euro umfassen. Das reicht im Zweifel nicht einmal, um eine einzige Großbank zu verdauen. Auch hat die Konzentration und Vernetzung der europäischen Banken durch Fusionen zugenommen. Der Aufstieg der Fintechs, die Banken unter Druck setzen, verschärft den Trend. Die Bilanz der Deutschen Bank ist immer noch fast so groß wie die Wirtschaftskraft Italiens. Laut dem Internationalen Währungsfonds ist sie die gefährlichste Bank der Welt.

Die EU-Kommission hat im Unterschied zu den USA (Dodd-Frank Act zum Verbot des Eigenhandels) und Großbritannien (Vickers Bericht zur Bankentrennung) jedoch Maßnahmen gegen Mega-Banken (Bankenstrukturreform) beerdigt, da sich insbesondere Frankreich mit seinen hohen Derivatebeständen im Bankensystem gegen die Aufspaltung von Megabanken wehrte.

Dabei wäre es dringend geboten, das Investmentbanking vom Kredit- und Einlagengeschäft zu isolieren, um eine kontrollierte Abwicklung zu Lasten der Aktionäre und Gläubiger zu ermöglichen.

Viertens wachsen die Schattenbanken ungehemmt. Hier greift die Regulierung von Banken nicht. Schattenbanken wie Hedge-, Private Equity- und Geldmarktfonds verwalten ein Vermögen von fast 100 Billionen Dollar.

Derweil soll mit der Kapitalmarktunion in der EU die bankenzentrierte Finanzierung von Unternehmen überwunden und der Verbriefungsmarkt wieder angeschoben werden, also das Verpacken und Verkaufen von Schrottkrediten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder Zentralbanken stützen zukünftig auch Schattenbanken – was deren Risikobereitschaft (moral hazard) weiter erhöht – oder es gibt Sanktionen gegen Regulierungs-oasen wie Steuern auf Über-

weisungen und Gewinne, die dorthin verschoben werden.

Auch der Entzug der Bankenlizenz für Banken, die Geschäfte mit Schattenfinanzzentren betreiben, wäre eine Option.

Fünftens, die Finanzmärkte wurden nicht gebremst. Hochfrequenzhandel, bei dem automatisiert Wertpapiere gekauft und in kürzester Zeit mit Gewinn weiterverkauft werden, ist weiter einer Gefahr für die Finanzstabilität. Hochfrequenzhändler ziehen im Zweifelsfall den Stecker und entziehen den Finanzmärkten schnell Liquidität. Diesen Akteuren wäre unter anderen mit einer echten Finanztransaktionssteuer beizukommen, die die vielen kleinen Transaktionen mit kleinen Margen unrentabel machen.

Eine neue Finanzkrise birgt extreme Risiken. Die Zentralbanken sind mit der Zinspolitik am Limit. Es ist daher keineswegs sicher, dass die Demokratie eine erneute Finanzkrise überleben wird.

Deutschland lebt vom Konsum der Anderen

Der US-Präsident kritisiert die hohen Exportüberschüsse der Deutschen. Dabei täten wir gut daran, diese Kritik ernst zu nehmen.

Die Empörung über Donald Trumps Twitter-Schelte für den Handelsüberschuss Deutschlands war groß. Es wäre aber im Interesse Deutschlands, die internationale Kritik ernst zu nehmen. Auch Barack Obama und der Internationale Währungsfonds (IWF) verloren zunehmend die Geduld mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Und der US Präsident hat gerade mit der fatalen Kündigung des Pariser Klimaschutzabkommen bewiesen, dass ihn Diplomatie nicht interessiert.

Deutschland lebt dauerhaft vom Konsum der Anderen. Wir verkaufen (exportieren) ständig mehr ins Ausland als wir von dort einkaufen (importieren). Unser Leistungsbilanzüberschuss beträgt mittlerweile 8,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), Exporte machen 46,8 Prozent unseres BIP aus.

Für die Schweiz mag eine solche Strategie funktionieren, weil der internationale Markt sehr viel größer ist als die heimische Wirtschaft. Für Deutschland – die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt – ist dies verrückt. Wir machen unsere Binnenwirtschaft kaputt und provozieren internationale Reaktionen. Es macht eben einen Unterschied ob eine Maus einen Schäferhund beißt oder umgekehrt. Deutschland verbrennt zudem Vermögen im Ausland. Die deutschen Überschüsse werden permanent in riskante Anlagen wie einst US-Immobilienpapiere recycelt, wodurch Deutschland seit

2000 bereits 600 Milliarden Euro Vermögen versenkte. Das Ausland muss hingegen Kredite bzw. Schulden aufnehmen.

Die Kritik innerhalb der Europäischen Union (EU) tat die Bundesregierung bislang erfolgreich ab. Denn die EU Verträge verpflichten unsere Handelspartner auf offene Märkte. Die Euro Staaten können sich gegen Deutschland nicht durch eine Abwertung einer heimischen Währung oder gar Strafzölle wehren. Sanktionen werden im Rahmen des EU-Verfahrens gegen makroökonomische Ungleichgewichte nur gegen Defizitländer angewendet. Durch die Überschüsse hat einzig Deutschland die fiskalische Munition für „Euro-Rettungspakete“. Berlin ist daher mächtiger als Brüssel oder Paris. Aber die USA sind weder Griechenland noch Frankreich. Die Bundesregierung wendet gegen Kritik gerne ein, man solle nicht den Klassenbesten kritisieren. Die Anderen könnten sich ja schlicht mehr „anstrengen.“ Deutschland habe eben Top-Ingenieure und schmerzhaft Reformen hinter sich.

Dies ist aus mehreren Gründen falsch: Erstens, wenn sich alle genauso „anstrengen wie Deutschland“ und im gleichen Umfang die Löhne drücken ändert sich an der Wettbewerbsposition innerhalb der Eurozone nichts. Nur die Beschäftigten werden noch weiter ausgepresst. Es sei denn, in Deutschland legen die Löhne kräftiger zu als die Produktivität und die Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB). Es können nun mal nicht alle gleichzeitig mehr exportieren – außer auf den Mars. Denn China oder die USA werden sich auf Dauer nicht gefallen lassen, dass Europa sie mit Waren und Dienstleistungen überschwemmt. Zweitens, wächst die Arbeitsproduktivität in Deutschland nicht stärker als etwa in Frankreich. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat mit den Arbeitsmarktreformen in Deutschland sogar zeitweise nachgelassen, weil Arbeit zu billig wurde und Unternehmen mangels Nachfrage weniger investierten. Drittens, erklären

auch die besten Ingenieure und fleißigsten Beschäftigten nicht warum Deutschland etwa Fleisch nach Griechenland exportiert. So viel besser schlachten wir unsere Schweine nun auch nicht. Viertens, geht es nicht zwingend darum, weniger zu exportieren, sondern eben mehr im eigenen Land zu investieren und durch höhere Löhne auch mehr zu konsumieren. Dadurch verringert sich der Exportüberschuss.

Die US-Regierung nimmt Deutschland nun – nicht erst seit Donald Trump – ins Visier. Dabei stützte sich die US-Administration auf Ihr Gesetz gegen Währungsmanipulation. Die drei Kriterien hierfür lauten: (1) ein Handelsüberschuss gegenüber den Vereinigten Staaten von über 20 Milliarden US-Dollar, (2) ein Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 3 Prozent des BIP, und (3) der Netto-Ankauf von ausländischen Devisen von mehr als 2 Prozent der des eigenen BIP innerhalb von zwölf Monaten. Deutschland erfüllt zwei von drei Kriterien. Denn die EZB interveniert nicht direkt am Devisenmarkt. Dies ist für eine internationale Reservewährung wie den Euro nur selten erforderlich und die geldpolitische Lockerung der EZB hält den Euro schwach und stimuliert somit die Exporte. Die Bundesregierung wendet gegen die US-Kritik ein, sie habe keinen Einfluss auf die Wechselkurse bzw. die Geldpolitik der EZB. Sie zeigt mit dem Finger nach Frankfurt bzw. auf Mario Draghi. Schließlich befürwortete die Bundesregierung gar eine geldpolitische Straffung, die zu einer Aufwertung und somit einer Verteuerung der deutschen Exporte führen würde.

Dabei verschweigt Finanzminister Wolfgang Schäuble aber, dass es die unzureichenden öffentlichen Investitionen und Lohndynamik sind, die Draghi zu dieser Geldpolitik zwingen. Die EZB räumt mittlerweile sogar ein, dass die Schwächung der Gewerkschaften durch Arbeitsmarktreformen zu unzureichenden Lohnzuwächsen führt und somit die Zielinflation von knapp unter 2 Prozent in der Eurozone stetig

unterschritten wird. Zudem ist nicht die nominale Abwertung des Euros relevant sondern die reale Abwertung. Selbst bei einer strafferen Geldpolitik und einem stärkeren Euro würde Deutschland Wettbewerbsvorteile erobern, wenn die Löhne im Verhältnis zur Produktivität (Lohnstückkosten) und Zielinflationsrate weniger zulegen als der Euro gegenüber dem Dollar.

Deutschland kann daher unter dem Mantel des Euros erfolgreich Trittbrett fahren. Die D-Mark hätte bei solchen Exportüberschüssen bereits kräftig aufgewertet. Der Euro ist jedoch unterbewertet, da sich die Gemeinschaftswährung an der gesamten Eurozone und nicht nur Deutschland orientiert. Das US-Gesetz gegen Währungsmanipulation wurde schlichtweg nicht für eine Gemeinschaftswährung wie den Euro geschrieben.

Somit könnten jedoch Europa und Deutschland schmerzhafte Schocks drohen. Sei es durch Handelsbeschränkungen oder Importsteuern. Denn im Unterschied zu einer langsamen realen Aufwertung der Eurozone durch öffentliche Investitionen und höhere Löhne drohen mit Abwehrmaßnahmen der USA Schocks über Nacht. Dies kommt dann einer schnellen Aufwertung des Euros gleich. Die reale Wirtschaft ist aber wie bei Währungsschwankungen zu träge, um sich abrupten Preisschwankungen hinreichend schnell anzupassen. Man kann eben nicht Autos für den US-Markt einfach nach Japan exportieren. Niemand würden US Sanktionen durch einen unberechenbaren Donald Trump daher härter treffen als den deutschen Exportjunkie. Zeit für eine Therapie statt kalten Entzug.

— *Gastbeitrag bei Tagesspiegel Causa am 07.06.2017*

Die EU-Kommission spielt mit dem Feuer

Obwohl die EZB ständig Geld verteilt, schwächt die Realwirtschaft in Europa. Die EU-Kommission will das mit einer Kapitalmarktunion lösen. Das ist ein schwerer Fehler.

Die Europäische Kommission beklagt die anhaltend schwachen Investitionen in Europa – und hat die vermeintliche Lösung dafür schon parat: Die Unternehmen sollen ihre Investitionen in Zukunft unabhängiger von Bankkrediten finanzieren können. Denn, so die Argumente der Kommission, die Banken vergäben wegen der faulen Papiere in ihren Bilanzen zu wenige Kredite an Unternehmen. Außerdem erschwerten zu strenge Regeln die Finanzierung von Investitionen.

Nun sollen die aus der US-Immobilienkrise berüchtigten Verbriefungen – die Bündelung, Verpackung und der Verkauf von Krediten unterschiedlicher Qualität – neu belebt werden. Sie sollen es ermöglichen, Kreditrisiken über Ländergrenzen hinweg zu verteilen. Das mache die Unternehmensfinanzierung unabhängiger von der nationalen Konjunktur, argumentiert die EU-Kommission. Ihr Ziel ist also eine Kapitalmarktunion.

Über die Verbriefung von Krediten könnten sich Banken zudem fauler Papiere entledigen. Institutionelle Investoren wie Pensionsfonds oder Schattenbanken könnten Verbriefungen kaufen, Liquidität erhöhen und somit den Banken die Kreditvergabe erleichtern, erklärt die Kommission. Darum würden insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) von der Kapitalmarktunion profitieren.

Investitionen durch Finanzakrobatik?

Doch die Argumente der Kommission überzeugen nicht. Die schwachen Investitionen in der EU haben nichts mit einer unzureichenden Entwicklung der Kapitalmärkte oder einer zu strengen Regulierung von Banken zu tun. In den USA ist seit dem Dodd-Frank Act die Regulierung der Banken in vielen Bereichen sogar strenger als in der EU. Dennoch hat sich seit der Krise der Bankkredit dort dynamischer entwickelt als die Finanzierung über Kapitalmärkte.

Hinzu kommt: In Europa sind die Unternehmen im Schnitt noch kleiner als in den USA, denn die Märkte in der EU sind aufgrund verschiedener Rechtsordnungen und Sprachen regionaler. Die unterschiedlichen Insolvenzordnungen erschweren Investoren hier eine grenzüberschreitende Beurteilung der Risiken, und für kleinere Unternehmen ist der Zugang zum Kapitalmarkt mit höheren Kosten für Publizitätspflichten oder externe Ratings verbunden.

Doch selbst in den USA spielen die Kapitalmärkte für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kaum eine Rolle. Daher räumte der ehemalige EU-Finanzmarktkommissar Jonathan Hill im Februar 2015 in einer Rede am Brookings-Institut in den USA auch ein, dass die Kommission die KMU nur anführe, weil man dies in Europa so machen müsse, wolle man politisch etwas durchsetzen.

Auch mit Regulierungsdichte lassen sich die Unterschiede in der Kreditvergabe innerhalb der EU – etwa zwischen italienischen oder deutschen Banken – nicht erklären. Auch ohne Kapitalmarktunion wurde vor der Krise in der EU stärker investiert als heute. Und es war gerade die starke Vernetzung der Banken mit den Kapitalmärkten und die unzureichende Trennung des Investmentbanking vom klassischen Kredit- und Einlagengeschäft, die zu einer systemischen Bankenkrise führten.

Die EU-Kommission versichert, sie wolle nur die Zertifizierung einfacher, sicherer und transparenter Verbriefungen (STS) ermöglichen – und die seien nicht mit US-Hypothekendarlehen minderer Qualität vergleichbar. Doch daran sind erhebliche Zweifel angebracht. Investoren trauen Verbriefungen offenbar nicht, sonst wäre ihre Förderung durch regulatorische Anreize, etwa beim Eigenkapital, nicht nötig.

Die Kommission schafft vielmehr Anreize, das unternehmerische Prinzip der Haftung weiter aufzulösen. Bei der Verbriefung für sogenannte Junior-Tranchen – nachrangige Papiere, bei denen im Fall eines Kreditausfalls die ersten Verluste anfallen – sollen die Verkäufer nur fünf Prozent der Tranche in ihren eigenen Büchern halten müssen. Das regt dazu an, anderen die faulen Eier unterzujubeln. Außerdem lösen sich faule Kredite nicht einfach in Luft auf, wenn Banken diese über Verbriefungen abstoßen. Sie werden vielmehr weitergereicht wie eine heiße Kartoffel. Risiken werden gestreut. Das ist, als stellte man in einer Arztpraxis mit Grippepatienten die Klimaanlage an.

Die Gründe für die schwache Kreditvergabe der europäischen Banken und für die höhere Wachstumsdynamik in Amerika sind schlicht: Die USA haben nach der Krise ihre Banken unter öffentlicher Regie beherzter ausgemistet. Währenddessen setzte die EU vor allem auf die Kürzung von öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten. Das dämpft die Nachfrage und somit die Investitionsbereitschaft von Unternehmen. Wie eine Umfrage der EZB ergab, betrachten Unternehmen als ihr größtes Problem daher nicht den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, sondern fehlende Absatzchancen.

Der Schlüssel zu mehr privaten Investitionen in der EU sind darum öffentliche Investitionen. Nur dann können Banken aus den faulen Portfolios herauswachsen. Wir brauchen zudem eine Neuordnung des Bankensektors: Banken, die zu

groß und zu vernetzt zum Scheitern sind, müssen aufgespalten werden, um eine glaubwürdige Haftung von Eigentümern und Aktionären und somit einen Abbau der faulen Papiere zu ermöglichen. Die EZB sollte generell Risikopapiere nur dann in ihre Bilanz nehmen, wenn die Banken auf strikte Investitionsziele verpflichtet werden. Wir brauchen zur Finanzierung von Investitionen wieder mehr boring banking: mehr Sparkasse statt mehr Finanzmarkt.

— *Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht und Fabio De Masi in der Zeit am 05.03.2017*

Die EU zerstört die europäische Idee

Der Brexit war kein Votum gegen Europa, sondern gegen den Brüsseler Club, der sich der Demokratie entzieht. Neun Bausteine für ein neues Europa.

Das Votum der Briten zum Austritt aus der EU war eine Abrechnung mit dem Europa von David Cameron, Jean-Claude Juncker und Angela Merkel. Die Austeritätspolitik und der ungehemmte Binnenmarkt haben das europäische Versprechen von Wohlstand und sozialer Sicherheit zerstört. Die EU muss sich neu erfinden oder sie wird zerfallen.

Die Buchmacher lagen falsch und die Börse hat sich verzockt: Die Briten hatten soziale Ängste. Es ist kein Zufall, dass die Londoner City mit ihren Investmentbankern und Lobbyisten für den Verbleib in der EU stimmte und die Mehrheit der Labour-Anhänger in den einstigen Industriemetropolen für den Brexit. Wie eine Umfrage der Bank of America/Merrill Lynch vor dem Referendum verdeutlichte, trieb die Briten vor allem die Sorge um niedrige Löhne, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und der Verfall der Krankenhäuser um. Dabei spielte natürlich auch die Angst vor verschärfter Konkurrenz um Löhne und Jobs infolge von Zuwanderung eine Rolle. Auch der Verlust an demokratischer Kontrolle im heutigen Europa machte viele Briten wütend.

Nicht der Brexit führt die EU in eine Krise. Er ist ein Symptom der europäischen Krise. Wer nun die britischen Wähler beschimpft oder versucht, die jungen Briten gegen die ältere Generation auszuspielen, hat nichts verstanden.

Auch in Frankreich und Italien fordern immer mehr Menschen ein Referendum über eine EU-Mitgliedschaft. In Schweden befürwortet laut Umfragen eine Mehrheit mitt-

lerweile den Austritt aus der EU. Der Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn hat recht: Das Votum der Briten war ein Aufstand gegen eine verfehlte Wirtschaftspolitik. Die EU bietet längst keinen Schutz mehr vor den sozialen Verwerfungen der Globalisierung. Im Gegenteil: Sie hat den Dumpingwettbewerb bei Steuern, Löhnen und Sozialstandards über den Binnenmarkt und das Wettbewerbsrecht weiter angeheizt. Im Ergebnis wächst die Ungleichheit, die Mittelschicht wird kleiner und die Zahl der Armen und Abgehängten größer. Während Konzerne und Banken profitieren, haben Arbeitnehmer, aber auch viele Mittelständler das berechtigte Gefühl, dass ihre Interessen in Brüssel unter die Räder kommen.

Der Brexit war kein Votum gegen Europa, sondern ein Votum gegen einen Brüsseler Club, der sich der Demokratie entzieht. Dass die EU-Kommission das Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (Ceta) unter Umgehung der nationalen Parlamente in Kraft setzen („EU-only“) möchte, ist ein exemplarisches Beispiel dafür. Der Brexit war auch ein Votum gegen das „deutsche Europa“. Angela Merkels permanente Alleingänge, zuletzt ihr privater Flüchtlingsdeal mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan, stoßen unsere EU-Partner vor den Kopf.

Die europäische Idee retten

Die EU steht vor der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Notwendig sind jetzt neue EU-Verträge und Volksabstimmungen hierüber in allen EU-Mitgliedsstaaten. Dies sind die Bausteine eines neuen Europas:

- Die Verankerung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (Bestimmungslandprinzip statt Herkunftslandprinzip) im Binnenmarkt. Das ist notwendig, damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht in Lohndumping mündet und als Bedrohung empfunden wird.

- Die Trennung des Investmentbankings vom seriösen Einlagen- und Kreditgeschäft sowie der Schutz von Sparlassen und Genossenschaftsbanken. Dies ist das Gegenteil der angestrebten Kapitalmarktunion, die eine erneute Entfesselung der Finanzmärkte bewirkt, die Verbriefung von Schrottkrediten fördert und Zockerbuden gegenüber seriösen Kreditbanken begünstigen wird.
- Die Einschränkung des Wettbewerbsrechts für eine zukunftsfähige Industrie- und Beschäftigungspolitik sowie der Schutz des öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge der Kommunen.
- Ein Stopp der Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (Cetea) und den USA (TTIP).
- Die Bekämpfung der Steuerflucht von Konzernen durch EU-weite Mindeststeuersätze bei der Körperschaftsteuer und breite Bemessungsgrundlagen; Schluss mit den Steuertricks und Briefkastenfirmen von Google, Apple und Co.
- Ein soziales und ökologisches Investitionsprogramm zum Wiederaufbau Europas. EZB-Geld muss öffentliche und private Investitionen statt Finanzblasen finanzieren, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.
- Eine EU-weite Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre zum Abbau der öffentlichen Verschuldung. Mit einem ähnlichen Projekt, dem Lastenausgleich, hatte in der Bundesrepublik einst der Wiederaufbau begonnen.
- Die Ersetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch einen Pakt für außenwirtschaftliche Stabilität nach dem Muster des deutschen Wachstums- und Stabilitätsgesetzes von 1967, um neue Schuldenkrisen in der Eurozone zu verhindern.

- Volksentscheide zu zentralen EU-Themen in den Mitgliedstaaten.

Eine solche Reform könnte die europäische Idee retten. Eine erneuerte EU muss auf der Wiederherstellung der Demokratie und auf sozialer Gerechtigkeit aufbauen. Nur dann wird das geeinte Europa eine Zukunft haben.

— *Gastbeitrag von Sahra Wagenknecht und Fabio De Masi bei Zeit Online am 02.07.2016*

Griechenland: Eine unbequeme Wahrheit

Griechenland ist pleite. Die Bundesregierung hat diese unbequeme Wahrheit zum Nachteil der deutschen Steuerzahler systematisch geleugnet. Das war Insolvenzverschleppung.

Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hat Recht: Die Deutschen haben bereits zu viel gezahlt. Die Bilanz der Euro-Politik ist vernichtend: Griechenlands Wirtschaftskraft ist um 25 Prozent eingebrochen, die öffentliche Schuldenquote ist trotz oder wegen des härtesten Sparpakets einer Industrienation in der Nachkriegsära von etwa 109 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 2008 auf über 170 Prozent des BIP explodiert, jeder zweite Jugendliche ist ohne Job, an Korruption und miserablen Steuervollzug in der öffentlichen Verwaltung hat sich nichts geändert.

Umso erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet jene griechische Regierung in Berlin zu Bluthochdruck führt, die sich ehrlich machen will, permanente Kredithilfen ablehnt und eine langfristig tragfähige Lösung für das Schuldenproblem anstrebt, um die Kosten für Europa zu reduzieren. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) hat in Griechenland alles geregelt: von den Taxi-Lizenzen, dem Kündigungsschutz über die Privatisierung der Häfen zu Ramschpreisen bis zu Öffnungszeiten der Apotheken. Den verlotterten Steuervollzug und die Vetternwirtschaft hat sie den bevorzugten Partnern der Bundeskanzlerin – den korrupten Eliten von Pasok und Nea Dimokratia – stets durchgehen lassen. Bei Ausbruch der Euro-Krise waren die Gläubiger Griechenlands überwiegend deutsche und französische Banken. Die

Bundesregierung hat daher einen frühzeitigen, aber kontrollierten Schuldenschnitt verweigert. Eine Finanzierung öffentlicher Investitionen durch die EZB bzw. EU-vertragskonform über die Europäische Investitionsbank (EIB) hätte einen solchen Schuldenschnitt absichern können, um Griechenland bei einem Anstieg der Anleiherenditen eine Anschlussfinanzierung zu sichern. Denn Investitionen in den Strukturwandel des weitgehend de-industrialisierten Landes wären allemal sinnvoller gewesen, als Rettungsmilliarden in einem schwarzen Loch zu versenken.

Die Kredite dienten vorwiegend der Bankenrettung

Nun liegen etwa 80 Prozent der Forderungen gegenüber Griechenland bei den Rettungsschirmen bzw. der öffentlichen Hand. Die Griechenland-Kredite kamen zudem zu etwa 90 Prozent nie in Athen an. Sie dienten der Befriedigung des Schuldendienstes und flossen an den Finanzsektor. Es ist daher ehrlicher, von einer Bankenrettung zu sprechen.

Varoufakis hat die griechische Tragödie mit folgender Situation beschrieben: Die Griechenland-Rettung hätte der Empfehlung an einen überschuldeten Freund entsprochen, auf Jobverlust oder Lohnkürzung mit der Anschaffung einer Kreditkarte zu reagieren. Sicher: Die Zinsen sind für Griechenland bis 2022 niedrig. Theoretisch lässt sich die öffentliche Schuldenquote (Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) nur senken, wenn das nominale Wachstum der Volkswirtschaft die Zinsrate übertrifft oder entsprechende Überschüsse im Primärhaushalt (vor Zinsen) erzielt werden. Die griechische Wirtschaft ist im letzten Quartal 2014 zwar real gewachsen, aber nominal geschrumpft.

Ein Haushaltsüberschuss schadet Wachstum und Land

Daher soll Griechenland nach Forderung der Gläubiger 2015 einen enormen Überschuss im Primärhaushalt erzielen, der jedoch das Wachstum drosselt. Das hieße, dass das

Land anfangs, Geld an seine Gläubiger zurückzuzahlen. Da Griechenland sich aber vor allem durch eine hohe Auslandsverschuldung auszeichnet, würde dieses Geld ins Ausland fließen und im Land für dringend notwendige Investitionen fehlen.

Der griechische Vorschlag, die Bedienung der griechischen Schulden an die Wachstumsrate zu koppeln, die Schulden bis zur Maastricht-Grenze von 60 Prozent Bruttoschuldenstand zum BIP über die EZB zu garantieren und über ewige Anleihen Laufzeiten zu strecken, ist daher sehr vernünftig. Dies wäre auch im Interesse der deutschen Steuerzahler. Jedes Kind versteht: Schulden lassen sich nur mit Einkommen bedienen.

Das Ziel müssen Investitionen sein

Der Vorschlag des Anleihetauschs ist vollständig mit dem EU-Recht vereinbar, wurde bereits in Irland teilweise praktiziert und würde die Schuldenlast erheblich senken: Die EZB würde die höher verzinsten Anleihen Griechenlands und Griechenland würde niedriger verzinsten Euro Anleihen der EZB bzw. der EIB bedienen. Letztere dürften nicht der Deckung von laufenden konsumtiven Ausgaben, sondern nur Investitionen dienen. Mit Quantitative Easing wird nur mehr Liquidität in den Bankensektor gepumpt, der aufgrund der schwachen Investitions- bzw. Kreditnachfrage wegen der Kürzung von Staatsausgaben, Löhnen und Renten kaum Investitionen finanziert und Vermögenspreisblasen bzw. Währungskrisen begünstigt. Die EIB-Anleihe würde jedoch Investitionen und Wachstum statt Börsen und Devisenspekulation finanzieren.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die griechische Verwaltung bei der Verwirklichung eines effizienten Steuervollzugs unterstützen. Mit einer EU-weit koordinierten Vermögensabgabe für Millionäre - wie sie selbst von der

Bundesbank und dem IWF diskutiert wird - würden zudem endlich die Mittelschichten in Deutschland und in Griechenland und nicht länger die Mega-Reichen gerettet.

— *Gastbeitrag im Tagesspiegel am 18.02.2015*

„Wir sollten gemeinsam kämpfen“

Yanis Varoufakis und Fabio De Masi sind beide links – doch sie vertreten zwei verschiedene Parteien. Wie können Linke ihre Kräfte vereinen? Ein Briefwechsel.

Berlin, den 13. April 2019

Lieber Fabio,

du und ich, wir haben wie Waffenbrüder daran gearbeitet, aufzuzeigen, wie die europäischen Institutionen die Interessen der Europäer untergraben. Wir haben uns über die Gründe für das Abgleiten in eine postmoderne Form der 1930er Jahre unterhalten. Du und ich haben uns mit einer Stimme gegen den Autoritarismus unserer oligarchischen EU und unserer nationalen Regierungen ausgesprochen.

Und doch: Trotz unserer gemeinsamen Anstrengungen und Perspektiven finden wir uns in verschiedenen politischen Parteien wieder. Du in der Linkspartei, ich bei Demokratie in Europa – DiEM25, die bei der Europawahl gegeneinander antreten. Warum? Wie können wir das den fortschrittlichen Kräften da draußen antun, die gerne sehen würden, dass wir uns gegen die AfD, die degenerierte SPD, die zunehmend fremdenfeindliche CSU und eine CDU, die sich auf einen gefährlichen wirtschaftlichen Nationalismus zubewegt, zusammmentun?

Du könntest sagen, es sei unsere Entscheidung gewesen, Demokratie in Europa – DiEM25 als Konkurrenz zu Die Linke zu gründen und bei der Europawahl anzutreten. Und du hättest recht damit. Ich glaube jedoch, dass wir keine andere Wahl hatten. Und das aus folgendem Grund: Der europäi-

sche Kapitalismus sieht sich einer systemischen Krise gegenüber, die in verschiedenen Ländern unterschiedliche Formen annimmt. Dennoch handelt es sich in ganz Europa um dieselbe Krise.

Während dieser paneuropäischen Krise sind die Banker und die ausländerfeindlichen Nationalisten zusammengelassen. Das oligarchische Establishment bietet eine kohärente (wenn auch widerwärtige) Agenda mit Sozialismus für die Oligarchen und strenger Sparpolitik für alle anderen. Dasselbe tun die Ausländerfeinde mit ihren Vorschlägen für elektrische Grenzzäune, für ein hartes Vorgehen gegenüber Ausländern, Frauen, Gewerkschaften und Menschenrechten. Die einzige politische Kraft, die keine kohärente paneuropäische Agenda anbietet, ist die Linke!

Ein kurzer Blick auf die Europäische Linkspartei bestätigt diese traurige Einsicht. In Griechenland wird sie von Syriza repräsentiert – einer Regierungspartei, die sich eilig daranmacht, die Agenda der Troika zu implementieren. Die Partei Die Linke ist in euroskeptische Genossen und EU-Befürworter zerrissen. Gleiches gilt für die Parti communiste français. Dies führt dazu, dass die Europäische Linke den europäischen Wählerinnen und Wählern keine kohärente Agenda anbietet. Kann es da verwundern, dass diese enttäuscht sind?

Das ist der Grund, warum DiEM25 in ganz Europa unter dem Banner von European Spring mit Demokratie in Europa – DiEM25 in Deutschland, MeRA25 in Griechenland, Alternativet in Dänemark, Razem in Polen, Livre in Portugal, Génération.s in Frankreich antritt. Es ist uns gelungen, eine realistische und dennoch radikale paneuropäische politische Agenda zusammenzustellen.

Hier also meine Frage an dich: Wie können wir auf der fortschrittlichen Seite der europäischen Politik Einheit und Ko-

härenz verbinden? Was schlägst du vor angesichts der Tatsache, dass Demokratie in Europa – DiEM25 immer auf einem gemeinsamen, kohärenten, realistischen Politikpaket für ganz Europa bestehen wird: Wie können wir unsere Kräfte in nicht allzu ferner Zukunft vereinen?

Solidarische Grüße

Yanis

Hamburg, den 21. April 2019

Lieber Yanis,

Demokratie in Europa – DiEM25 tritt bei der Europawahl auch gegen Die Linke an. Mache ich mir deswegen Sorgen? Nein. Auch die große Mehrheit der Menschen in Griechenland oder Deutschland hat wohl andere Sorgen. Meine Sorge ist vielmehr, warum die Linke – damit meine ich nicht nur meine Partei – in einer Zeit, in der sie nötiger denn je erscheint, so schwach ist. Meine Sorge gilt zudem einer EU, die die europäische Idee missbraucht. Die Interessen der Konzerne und des militärisch-industriellen Komplexes haben die EU gekapert.

Dabei könnte die EU soziale Sicherheit schaffen, die Steuerflucht internationaler Konzerne stoppen, Abrüstung und Diplomatie fördern und über die Europäische Zentralbank (EZB) Investitionen gegen den Klimawandel und Jugendarbeitslosigkeit finanzieren, anstatt mit dem Helikopter Geld über Banken abzuwerfen. Dies würde gute Jobs für Kohlekumpel sowie IT-Nerds schaffen.

Mediziner aus Italien, Bauarbeiter oder Krankenschwestern aus Osteuropa, Architekten aus Griechenland werden als

Job-Nomaden durch Europa geschickt. So wie es möglich ist, Geld per Knopfdruck von London nach Frankfurt zu überweisen. Aber Menschen sind keine Amazon-Pakete. Es ist fantastisch, wenn Menschen nach Berlin, Paris oder Athen kommen, um sich zu verlieben oder die Welt zu entdecken. Ich selbst bin als Sohn eines Italieners und einer Deutschen das Produkt Europas. Aber aus Freizügigkeit wird Ausbeutung, wenn Menschen aus Not ihr Land verlassen müssen.

Bereits Rousseau wusste: Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es das Gesetz, das befreit, und die Freiheit, die unterdrückt. Ob die Anzahl der Beschäftigten in Krankenhäusern, die Zulassung von Uber-Billig-Taxis oder ob Investoren in Innenstädten bezahlbare Wohnungen bauen müssen: Solche nationalen Gesetze will die EU-Kommission mit der geplanten Notifizierungsrichtlinie in Zukunft ohne ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes aushebeln.

Gegen das Konzernschutzabkommen TTIP sind in Deutschland Hunderttausende auf die Straße gegangen. Aber: Die Linke darf nicht zu einem Binnenmarkt schweigen, der denselben genetischen Code hat wie TTIP. Wir sollten nicht vergessen, was nach der Finanzkrise in Dublin, Lissabon, Madrid, Rom, Athen geschah, wo Löhne und Renten auf Geheiß einer Troika-Regierung gekürzt wurden. Wo Technokraten als Statthalter gegen den Willen der Bevölkerung eingesetzt wurden.

Die Troika war eine deutsche Regierung im europäischen Gewand. Du selbst hast versucht, mit einem „gallischen Dorf“ Widerstand zu leisten. „Früher kamen sie mit Panzern, heute mit den Banken“, sagtest du. Ich will ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa. Deswegen bin ich überzeugt: Wer es gut meint mit Europa, darf die Kritik der EU nicht der Rechten überlassen.

Selbstverständlich sollten wir auch nach den Wahlen ge-

meinsam kämpfen. Wir beide hätten damit kein Problem. Meine Frage an dich: Wenn du einem Wähler in Deutschland, der aus Wut die AfD gewählt oder die Schnauze voll hat, das Programm deiner Partei erklären müsstest, was würdest du sagen, um ihn zu gewinnen?

Ich sende dir Grüße aus St. Pauli

Fabio

Freiburg, den 24. April 2019

Lieber Fabio,

wir teilen dieselbe Angst: Warum ist die Linke nach einer tiefen Krise, die sie als Einzige vorhergesagt hat, so schwach? Wir teilen auch dieselbe drängende Frage: Was sollten wir AfD-Anhängern sagen, um sie für uns zu gewinnen? Lass mich mit dieser Frage beginnen.

Erstens dürfen wir AfD-Anhänger nie bevormunden und damit den Fehler Hillary Clintons wiederholen, als sie die Unterstützer Trumps „die Erbärmlichen“ nannte.

Zweitens müssen wir uns darüber klar sein, dass die Unterstützung für die AfD eine Reaktion auf eine gerechtfertigte Wut ist. Hier meine Version der Gründe:

Die EU funktioniert wie ein Kartell aus Konzernen und Banken. Dies hat zur Folge, dass ihre Löhne stagnieren, ihre Kinder keine guten Jobs finden, ihre Ersparnisse aufgrund der Negativzinsen zusammenschrumpfen und ihre Schulen und Krankenhäuser verfallen. Die Elite hat sie dazu gezwungen, mit ihrem Geld die Banken zu retten, nicht die Fabrik, in der sie gearbeitet haben.

Jetzt sagt die Elite ihnen, dass sie Steuern auf Diesel bezahlen

müssen, um den Planeten zu retten, obwohl sie kaum ihre Rechnungen begleichen können – und dieselbe Elite sich um die Bezahlung ihrer eigenen Steuern drückt. Während sie mit schlechten Aussichten in ihrer Situation feststecken, fordert der Jetset aus Bankiers, Erasmus-Studentinnen und ökologisch gesinnten Politikerinnen sie auf, sich über Bewegungs- und Reisefreiheit zu freuen, während diese selbst auf dem Weg zur nächsten Klimakonferenz die Flugkilometer zählen.

Drittens müssen wir erklären, warum es nicht in ihrem Interesse liegt, die AfD oder eine andere Spielart des Nationalismus zu unterstützen. Unsere Antwort wird ihnen zeigen müssen, dass ihr Leben nicht durch Migranten eingeschränkt wird. Wir müssen erklären, dass die Zinsen im negativen Bereich liegen, weil Angela Merkel nicht die „faulen Griechen“, sondern die Manager der Deutschen Bank gerettet hat. Wir müssen der Forderung der AfD nach höheren Zäunen die Forderung nach echter Bewegungsfreiheit entgegensetzen.

Viertens müssen wir sagen, was dafür getan werden kann, ihre Lebenssituation zu verbessern. Hier liegt die Stärke unseres Programms: Es kombiniert eine kraftvolle Kritik an der EU und einfache Ideen, wie die EU-Institutionen im richtigen Interesse eingesetzt werden können. Zum Beispiel könnte die Europäische Investitionsbank pro Jahr 500 Milliarden Euro ausgeben, um hochwertige Jobs zu finanzieren. Dazu wären Investitionen in den Regionen und das Ende negativer Zinssätze möglich, damit Ersparnisse und Rentenfonds wieder wachsen können.

Und als Letztes: Wenn wir AfD-Unterstützer gewinnen wollen, wird uns dies nicht damit gelingen, dass wir ihnen unsere Lite-Version von Grenzzäunen anbieten. Unfreiwillige Migration stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar. Doch die Lösung besteht nicht in Grenzzäunen. Unser Vorschlag lautet: eine Jobgarantie in jedem EU-Land zu einem

existenzsichernden Lohn. Wenn Polen oder Rumänien dies nicht garantieren, sollte ihre Mitgliedschaft im Binnenmarkt aufgehoben werden.

Dieses Narrativ kann viele AfD-Wähler ansprechen. Das Programm erfordert eine paneuropäische Bewegung – und zwar ohne Parteien, die sich der Troika unterwerfen. Hier liegt die Antwort auf die Frage, warum die Linke schwach ist: Große Teile der Linken verweigern sich einer solchen transnationalen Bewegung.

Solidarische Grüße

Yanis

Hamburg, den 01. Mai 2019

Lieber Yanis,

richtig: Die „Griechenland-Rettung“ war eine Rettung von Deutscher Bank & Co. Über 90 Prozent der Kredite flossen in den Schuldendienst – etwa an deutsche und französische Banken. Ich erinnere mich, wie du versuchtest, den Deutschen zu erklären, dass du kein Geld willst, sondern eine Lösung für die alten Schulden.

Im Mittelalter durften die Hofnarren dem König die unbequeme Wahrheit verkünden, wenn sie diese in einen Witz verpackten. In Deutschland sind das heute Komiker wie aus Die Anstalt im ZDF. In einer Sendung erklärten sie die „Griechenland-Rettung“ so: Die Troika geht zum überschuldeten Wirt einer griechischen Taverne und bietet ihm eine neue Kreditkarte an. Dafür muss er den Koch entlassen und Stühle und Tische verschenken. Der Wirt erzielt nun kein Einkommen mehr, er soll aber die Raten für die neu-

en Kredite bezahlen. Eigentlich kann ein Land nie in der eigenen Währung pleitegehen. Die EZB kann keine Dollars drucken, aber mehr Euros aus dem Hut zaubern als jeder Hedgefonds. Denn sie kann den Euro per Knopfdruck schaffen. Griechenland fehlten keine Dollars, sondern Euros. Die EZB hätte den Spuk beenden können. Aber sie verhielt sich wie eine ausländische Zentralbank und drehte Griechenland den Euro ab, weil du als griechischer Finanzminister keine Löhne und Renten kürzen wolltest.

Dabei genügte dem EZB-Chef Mario Draghi ein Satz, um die Finanzmärkte zu beruhigen: „Whatever it takes!“ Was auch immer notwendig ist. Er musste nicht einmal Staatsanleihen kaufen, um die Zinsen für Eurostaaten auf den Finanzmärkten zu drücken. Die Drohung reichte. Denn Draghi kostet das nichts. Der Euro ist für ihn umsonst. Aber das billige Geld der EZB landete auf den Finanzmärkten, nicht in der realen Wirtschaft.

Wenn die EZB Milliarden in die Banken pumpen kann, wieso sollte eine Zentralbank nicht direkt Universitäten, Eisenbahnen oder einen Green New Deal finanzieren? Menschen können die Probleme lösen, die Menschen geschaffen haben. Solange Arbeitslosigkeit herrscht und unsere Universitäten und Schulen verlottern, droht auch keine Hyperinflation, wenn die EZB Geld in die Wirtschaft pumpt. Inflation gibt es vor allem auf den Finanzmärkten, wo Geld Immobilien, Aktien und Rohstoffe jagt.

Die EU-Verträge verbieten aber, dass die EZB Eurostaaten finanziert. Sie darf Banken Geld leihen, nicht den Finanzministern. Diese sollen es sich von den Banken leihen und nach der Pfeife der Finanzmärkte tanzen. Es gäbe einen Trick, dieses Verbot zu umgehen: wenn die EZB Papiere einer öffentlichen Bank wie der Europäischen Investitionsbank kaufen würde, um damit direkt öffentliche Investitionen zu finanzieren. Ich habe diese Idee immer wieder im

EU-Parlament verbreitet.

Ob die Schwäche der Linken an transnationalen Listen liegt? Da habe ich meine Zweifel. Aber mehr europäische Öffentlichkeit wäre gut. Staatspräsidenten dürften im Bundestag reden, auch Vertreter deutscher Bundesländer. Stell dir vor, ein griechischer Minister dürfte in einer EU-Debatte im Bundestag sprechen, wenn ihn eine deutsche Fraktion benennt. Dann hättest du auf dem Höhepunkt der Krise in Griechenland für die Linke den Deutschen erklären können, warum du ihr Geld nicht willst.

Dein

Fabio

Athen, den 05. Mai 2019

Lieber Fabio,

du beschreibst anschaulich das Verbrechen gegen die Logik, das die EU-Oligarchie bei ihrer Reaktion auf den Bankrott des griechischen Staates beging. Sie löste damit die paneuropäische Euro-Krise aus, die noch immer in Italien, in Frankreich, ja sogar in Deutschland wütet.

Bei zwei anderen wichtigen Punkten liegst du ebenfalls genau richtig: Erstens, dass die EU die Macht gehabt hätte, diese schlimme Krise abzuwenden, es aber aus politischen Gründen nicht tat. Zweitens, dass sie unweigerlich gezwungen war, ihre Macht zu nutzen – etwa indem sie 2,7 Billionen Euro druckte, um die Eurozone zu retten –, das aber auf eine Weise tat, von der nur wenige profitierten, während sie keine fassbaren Vorteile für den Großteil der Bürgerinnen oder unsere Umwelt brachte.

In all dem sind wir uns einig. Und wir sind uns einig, dass die Währungsunion auf einer demokratischen Union beruhen sollte, in der hochpolitische Entscheidungen den Willen der Völker Europas widerspiegeln, anstatt in einer Eurogruppe hinter verschlossenen Türen getroffen zu werden, in der die Finanzminister in die Enge getrieben werden, um einen Klassenkrieg zu entfesseln.

Eine demokratische Union, in der Wähler aus ganz Europa für jeden – sei er Deutscher, Grieche oder Pole – stimmen können, dessen Politik darauf ausgerichtet ist, den Interessen der Arbeitnehmer, der prekär Beschäftigten, der Arbeitslosen und der Innovatoren zu dienen. Daraus ergibt sich die große Frage: Was sollte getan werden, um den Klassenkampf gegen die Vielen und unsere Umwelt abzumildern – und die Demokratisierung Europas in Gang zu bringen?

Demokratie in Europa – DiEM25 hat politische Vorschläge parat, die schon morgen früh umgesetzt werden könnten. Dazu gehören der Green New Deal – 500 Milliarden Euro jährlich für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien sowie ökologisch geprägter Transportwirtschaft, Industrie und Landwirtschaft – sowie ein europäischer Anti-Armutsfonds: 100 Milliarden Euro jährlich, die für arme Familien in Europa ausgegeben werden. Beides ist sofort finanzierbar, innerhalb der bestehenden Regulierungen und Verträge. Der Green New Deal mittels Anleihen der Europäischen Investitionsbank, die an den Börsen von der EZB unterstützt werden, der Anti-Armutsfonds aus Profiten des Systems der Zentralbanken.

Ich freue mich, dass du unser Konzept eines Green New Deal befürwortest. Es zeigt, dass wir nicht nur in der Diagnose der Eurokrise einig sind, sondern auch darin, was ihre mögliche Behandlung angeht. Das bringt mich zurück zu der Frage, die uns sicher alle Leser und Leserinnen gerne stellen würden, die unseren Briefwechsel lesen: „Warum um

alles in der Welt seid ihr nicht in derselben Partei, um bei der Europawahl um unsere Stimmen zu kämpfen?“

Wir müssen alles Nötige tun, um eine Einheit auf der Basis einer gemeinsamen Agenda über Europa zu schmieden. Die Rassisten präsentieren eine gemeinsame Agenda. Ebenso die Finanziere. Demokratie in Europa – DiEM25 tritt allein aus dem Grund bei der Europawahl an, weil wir diese progressive Agenda europaweit auf der Basis einer einzigen Liste und eines einzigen Programms präsentieren wollen.

Bis dahin sende ich meine besten Wünsche

Yanis

Berlin, den 12. Mai 2019

Lieber Yanis,

Deal: Die EZB könnte den Green New Deal – etwa Bahnnetze von Lissabon nach Warschau – finanzieren. Rumänische Arbeiter sollten in Schweden schwedische und nicht rumänische Löhne erhalten. Aber soll Neapel seine Energienetze an den „billigsten“ Anbieter EU-weit verticken? „Billig ist das neue Teuer“, und es ist sogar häufig teurer für die Mehrheit, da wir auch die Renditen der Konzerne bezahlen müssen. Soll Jeremy Corbyn das Recht haben, in Großbritannien die Eisenbahn wieder zu verstaatlichen? Soll Berlin befugt sein, die Deutsche Wohnen zu enteignen? Wir brauchen weniger, nicht mehr EU-Binnenmarkt!

Die EU sichere den Frieden, heißt es. Doch die Bundesregierung sagt, wir könnten nicht „unsere nationale Moral“ bei Rüstungsprojekten mit Frankreich durchsetzen. Mehr Europa hieße in diesem Fall also vor allem mehr Rüstungsexpor-

te an Diktaturen wie Saudi-Arabien. Brauchen wir Rüstung von zwei Prozent des BIP auf Befehl von Donald Trump oder maximal zwei Grad Klimaerwärmung? Sollten wir nicht die US-Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz verbannen? Ist es ein Zufall, dass der Rüstungslobbyist Wolfgang Ischinger bei der Münchener Sicherheitskonferenz einen EU-Kapuzenpullover trug, so wie die Hipster in Berlin-Mitte?

Ja, ich bin gegen die EU-Armee, weil ich das Recht des Bundestages verteidige, vorab über Militäreinsätze abzustimmen. Eine Lehre aus der deutschen Geschichte. Ich verteidige das Recht der Wallonie, ein Veto einzulegen gegen CETA und Sondergerichte für Konzerne, die Staaten verklagen, wenn Gesetze ihre Profite hemmen. Die Aktiensteuer des deutschen SPD-Finanzministers Olaf Scholz nimmt 98 Prozent der Finanztransaktionen aus. Da wäre selbst eine nationale Finanztransaktionssteuer am Finanzplatz Deutschland sinnvoller. Das ist Demokratie, nicht Nationalismus.

Könnte die EU die Menschen wieder begeistern? Ja, zum Beispiel mit Mindeststeuern für Konzerne wie Apple. Dafür bräuchten wir aber neue EU-Verträge und alle 28 Regierungen – auch Luxemburg und Malta – müssten zustimmen. Das schafft Ohnmacht. Warum nicht Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen? Etwa, wenn Apple seine Gewinne von Deutschland nach Irland in eine Briefkastenfirma verschiebt? So könnten Deutschland und Frankreich vorangehen, um Mindeststeuern durchzusetzen. Bei der Rüstung geht es doch auch, wieso nicht bei der Steuergerechtigkeit? Das würde aber womöglich einen Bruch des EU-Rechts bedeuten, da sich Kapital in der EU frei bewegen darf.

Warum wir nicht in derselben Partei kämpfen? Gute Frage: Komm zur Linken! Natürlich ärgert es mich, wenn Linke die EU-Bühne den Rechten überlassen. Ich habe in meinen drei Jahren im EU-Parlament den Laden etwas aufgemischt. Von Eurokrise bis Luxemburg Leaks und Panama Papers. Wir

waren mitten im Getümmel. Als ich den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker das letzte Mal traf, da sagte er zu mir: „Fabio, ich bin so froh, dass du mittlerweile in Berlin bist!“ Jetzt sind andere dran.

Dein

Fabio

— *Briefwechsel von Yanis Varoufakis und Fabio De Masi, publiziert in Der Freitag in Ausgabe 21/2019*

Der tägliche Kampf einer Krankenschwester

Fabio De Masi über einer Stationsleiterin, die für ihren Beruf und ihre Patienten brennt - aber an den Zuständen verzweifelt

Hanna, Mitte 50, ist Krankenschwester. Stress kann sie ab. Sie hat lange in der Notaufnahme gearbeitet, bevor sie Stationsleitung wurde. Ihr Job macht ihr Spaß. Was gibt es Schöneres als Menschen zu helfen? Ihre Ausbildung machte sie einst in Altona. Würde sie einem jungen Menschen heute noch ihren Beruf empfehlen? Sie zögert nicht: „Nein!“ Hanna ist wütend. Denn mit dem Fallpauschalen-System wurden Kliniken zur Fabrik. Es wird nicht mehr abgerechnet, was es kostet, einen bestimmten Menschen gesund zu pflegen, sondern der Patient wird entlassen, wenn die vorgesehene Liegezeit um ist. Ob ein Patient 20 oder 80 ist, spielt keine Rolle. Blutige Entlassung nennt man das. Oft kommen Patienten zurück, weil sie zu früh entlassen wurden.

Jetzt geht es in Krankenhäusern um Renditen. Der Landesbetrieb Krankenhäuser wurde an Asklepios verramscht. Die privaten Kliniken geben den Takt vor. Je weniger Personal und Liegezeit, desto höher der Gewinn. Bei Hanna sind in einer Tagschicht etwa zwei bis drei Pflegekräfte für ca. 30 Patienten zuständig. Eine Pflegekraft sitzt meist im Dienstzimmer und koordiniert zum Beispiel Aufnahmen, Entlassungen, OPs oder Untersuchungen.

Alles was am Patienten gemacht wird, muss genau dokumentiert werden, um mit den Krankenkassen die Behandlung abzurechnen. Das bindet Arbeitskraft, die am Patienten fehlt. Ärzte und Pflegekräfte hetzen durch Zimmer. Kranke

und Angehörige bleiben mit Fragen und Ängsten zurück. Probleme können dabei übersehen werden. Oder die Hygiene - zur Verhinderung von Keimen - wird vernachlässigt. Eine Ärztin teilt Hannas Kopfschmerzen. Sie denkt darüber nach, den Job an den Nagel zu hängen. Die Renditen von Asklepios seien nicht mehr mit der Medizin-Ethik vereinbar.

Pflege macht krank: In Deutschland fehlen etwa 100.000 Pflegekräfte, alleine in Hamburg sind es 4000. Die Beschäftigten haben mehr als 35 Millionen Überstunden auf dem Buckel. In der Freizeit klingelt oft das Telefon, eine Kollegin ist krank. Wer will schon die Kolleginnen und Kollegen im Stich lassen - oder die Patienten? Immer mehr Pflegekräfte halten bis zur Rente nicht durch. Altersarmut droht.

Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen

Aber Hanna kämpft: Für ihren Beruf, für die Patienten. Sie wünscht sich eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen - auch Abgeordnete. Sie fordert die Abschaffung von Zuzahlungen. Sowie mehr Zeit für Patienten und mehr Prävention. Hanna weiß, das ist machbar: Denn die Gesundheitskosten sind gemessen an der Wirtschaftskraft keineswegs explodiert. Nur das Geld der Versicherten finanziert immer weniger die Kranken und immer mehr die Profite der Pharma- und Gesundheitsindustrie.

Vor allem kämpft Hanna für die Mindestpersonalbemessung. Bis 1996 war dies noch üblich. Denn während sich in Deutschland rund 12 Pflegekräfte um 100 Krankenhauspatienten kümmern, sind es in den Niederlanden und der Schweiz mehr als doppelt so viele Pflegekräfte. In Norwegen kommen sogar 43 Pflegekräfte auf 100 Patienten.

Die Pflegekräfte kämpfen im Krankenhaus um unsere Gesundheit. Höchste Zeit dass jemand im Bundestag für sie kämpft.

— *Gastbeitrag im Hamburger Abendblatt am 01.09.2017*

Weg mit der Schwarzen Null

Der Abschwung ist da. Die Abkühlung der Weltwirtschaft trifft unsere Industrie wegen ihrer Exportabhängigkeit. Ob Bahnnetze oder digitale Infrastruktur: Die Bundesregierung begräbt Deutschlands Zukunft unter der Schwarzen Null.

Wer jetzt nicht investiert, riskiert, dass der Abschwung teurer und härter wird! Denn Investitionen brauchen Zeit, bis sie wirken. Würde der Staat mehr investieren, würde die Bauwirtschaft mehr Kapazitäten vorhalten, um Auftragsbücher abzuarbeiten. Wir verzehren den Kapitalstock, der von Generationen erarbeitet wurde – trotz Minuszinsen. Das ist, als ob der Staat Geldscheine auf dem Bürgersteig liegen lässt. Der Abbau der Staatsverschuldung ist auf die niedrigen Zinsen und die Nachfrage aus Fernost – nicht auf strenge Finanzminister – zurückzuführen. Öffentliche Investitionen reizen private Investitionen an. Kredite erlauben, die Finanzierung von Investitionen zeitlich zu strecken. Warum sollten etwa nur heutige Steuerzahler Investitionen für eine Universität stemmen, die noch unsere Enkelkinder nutzen? Auch ein Haus baut man auf Raten. Der Klimawandel zeigt, dass Verzicht auf Investitionen heute morgen sehr teuer werden kann. Die Schwarze Null ist auch ein schwarzes Loch und versteckt Risiken für den Haushalt: Man denke an Privatisierungen der Infrastruktur wie bei Autobahnen. Denn private Investoren wollen von uns auch Renditen finanziert bekommen. Wir brauchen daher wieder eine Goldene Regel, die Kredite in Höhe der Investitionen zulässt. Wer Staatsverschuldung begrenzen will, sollte Vermögen und Erbschaften von Super-Reichen wirksam besteuern.

— *Gastbeitrag in der Nordwest Zeitung am 04.11.2019*

Space Cowboys: Privatisierung des Weltalls stoppen!

Das privatwirtschaftliche Interesse am Weltraum ist beträchtlich. Zwischen 2000 und 2016 sind bereits 16 Milliarden US-Dollar investiert worden. Das verheißt nichts Gutes.

Der Klimawandel und die Erschöpfung der Rohstoffe auf unserem Planeten erhöhen das Risiko militärischer und ökologischer Konflikte. In der Arktis findet ein Wettlauf um Rohstoffe unter dem schmelzenden Eis statt. Katastrophen wie auf der Ölbohrplattform Deepwater Horizon von British Petroleum verdeutlichen die Risiken der immer aufwendigeren Ölgewinnung unter See. Aber auch das Weltall wird zunehmend zum Schlachtfeld um die Kontrolle von Ressourcen: Viele Jahrzehnte war die Erforschung des Weltalls aufgrund der damit verbundenen Kosten, finanziellen Risiken und technologischen Anforderungen ein staatliches Monopol. Die hohen Kosten erzwangen dabei häufig die Kooperation der rivalisierenden Welt- und Weltraummächte.

Der technische Fortschritt, die Ressourcenverknappung und die entfesselte Wirtschaftsmacht privater Konzerne wie Amazon und Tesla, die längst nach den Sternen greifen, wecken jedoch Begehrlichkeiten. Dabei geht es sowohl um die kommerzielle Raumfahrt wie auch um die Ausbeutung von Rohstoffen des Weltalls. Aus technischer Sicht wird es noch lange dauern, bis der Abbau von Weltraumressourcen tatsächlich möglich wird. Das privatwirtschaftliche Interesse am Weltraum ist aber nichtsdestotrotz beträchtlich. Zwischen 2000 und 2016 sind bereits 16 Milliarden US-Dollar in die private Raumfahrt investiert worden.

Luxemburg und die USA teilen das All schon unter sich auf

Die USA erließen 2015 trotz internationaler Kritik den Commercial Space Launch Competitiveness Act. Dieser erklärt das Weltall zum US-amerikanischen Verwaltungsraum und spricht US-Bürgern unter bestimmten Voraussetzungen das Eigentum und die Nutzungsrechte an im Weltraum abgebauten Ressourcen zu. 2017 wurde mit dem „Weltraumressourcengesetz“ auch in Luxemburg das erste vergleichbare europäische Gesetz erlassen und damit eine privatrechtliche Grundlage für Weltraumbergbau geschaffen. So will Luxemburg privaten Unternehmen, die sich in Luxemburg ansiedeln, Eigentum an im Weltraum geschürften Rohstoffen von Asteroiden, Kometen und Meteoriten garantieren.

Im Mai 2019 haben Luxemburg und die USA zudem eine Kooperationsvereinbarung zur Förderung der kommerziellen Nutzung des Weltraums unterzeichnet. Frei nach dem Motto: Militärische Supermacht und Zwergstaat mit Sonderwirtschaftszone teilen das Weltall auf.

Auch die Bundesregierung kündigte im Koalitionsvertrag ein nationales Weltraumgesetz an. Dort wird die Absicht bekräftigt, ein nationales Weltraumgesetz auf den Weg zu bringen, „um Investitions- und Rechtssicherheit für nichtstaatliche Raumfahrtaktivitäten zu schaffen“. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) drängt auf ein solches Gesetz, um Unternehmen den Weltraumbergbau zu ermöglichen.

Die Vereinbarkeit nationaler Gesetze und bilateraler Abkommen mit dem internationalen Recht ist allerdings stark umstritten. Der Direktor des Instituts für Luft- und Weltraumrecht der Universität Köln, Stephan Hobe, etwa, hält das Luxemburger Gesetz für „krass völkerrechtswidrig, dem internationalen Recht widersprechend und deshalb im Kern für nichtig“.

Fünf Verträge regeln das Völkerrecht im All

Die Grundlage des völkerrechtlichen Weltallregimes bilden fünf Verträge, wobei nur der Weltraumvertrag zum Völkergelehrtenrecht erstarkt und daher auch für Nicht-Unterzeichnerstaaten bindend ist. Die Verträge umfassen neben dem Weltraumvertrag (1967) das Weltraumrettungsübereinkommen (1968), das Weltraumhaftungsübereinkommen (1972), das Weltraumregistrierungsübereinkommen (1975) sowie den Mondvertrag (1979). Der Weltraumvertrag von 1967 – die Magna Charta des Weltraumrechts – basiert auf den Grundprinzipien der Weltraumfreiheit (freedom of exploration and use) sowie dem in Art. II niedergelegten Verbot nationaler Aneignung (non-appropriation). Völkerrechtlich wird das Weltall demnach als Erbe der gesamten Menschheit angesehen (res communis omnium-Prinzip). Dieses Prinzip findet sich übrigens auch im Antarktisvertrag und dem Seerechtsübereinkommen.

Der Mondvertrag, der privatwirtschaftliche Aneignung von Mondressourcen explizit ausschließt, wurde im Unterschied zum Weltraumvertrag, weder von den USA noch von Luxemburg ratifiziert. Da es bei der früheren Entnahme von Mondgesteinsproben der USA und deren Behandlung als Eigentum keine Widersprüche gegeben habe, behaupten die USA, dass die unilaterale Nutzung von Ressourcen im All legitim sei.

Der Weltraumvertrag richtet sich zunächst an staatliche Akteure. Durch die Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshof im Lotus-Fall (1927) ist auch die Regel im Völkerrecht etabliert, dass alles erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist.

Da Staaten jedoch nach Art. VI des Weltraumvertrags für die Aktivitäten Privater haften und angehalten sind, für die Einhaltung des Weltraumvertrags zu sorgen, ist wiederum

davon auszugehen, dass Privatpersonen ebenfalls mittelbar in den Anwendungsbereich des Art. II fallen. Konkret bezieht sich Art VI des Weltraumvertrags auf „nationale Tätigkeiten (...) staatliche(r) Stellen oder nichtstaatliche(r) Rechtsträger“.

Private Firmen hoffen auf hohe Monopolrenditen

Völkerrechtlich wäre es daher geboten, die Bundesregierung würde sich bei der Nutzung des Weltalls für internationale Lösungen im Rahmen der Vereinten Nationen engagieren wie es einer „Mittelmacht“ wie Deutschland gut zu Gesicht stünde.

Die zentrale Frage beantwortet auch ein internationales Weltraumregime jedoch nicht: Ist ein Abbau von Rohstoffen im Weltall überhaupt unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll? Oder im Klartext: was nützen uns Rohstoffe im All, wenn unser Planet vor die Hunde geht?

Nachvollziehbar ist, dass private Akteure auf hohe Monopolrenditen bei Weltraumrohstoffen spekulieren, wenn sich Konflikte um knappe Rohstoffe verschärfen. Verständlich ist auch, dass die USA ihre Vormacht im Weltall ausbauen wollen.

Aber im Interesse der Menschheit ist beides nicht.

— *Gastbeitrag bei Tagesspiegel Causa am 22.07.2019*

Merkel und Scholz schinden Zeit

„Sei nicht böse“ lautete einst das Motto von Google. Dass Google kaum Steuern in Europa zahlt, ist jedoch nicht böse, sondern Ergebnis schlechter Politik.

Die Steuertricks von Konzernen verursachen in der EU Steuerausfälle von Hunderten Milliarden Euro. Konzerne wie Google oder Apple zahlen in Europa oft weniger als einen Prozent Steuern auf ihre Gewinne, weil sie durch fiktive Zinsen oder Lizenzgebühren Gewinne über Landesgrenzen in Briefkastenfirmen in Niedrigsteuerländern schieben. Allein bis Ende 2016 betrug die unversteuerten Auslandsgewinne von Google 60 Milliarden US-Dollar, so hoch wie die jährlichen Steuereinnahmen von Tschechien oder Neuseeland. Apple zahlte 2014 in Irland 0,005 Prozent Steuern – 50 Euro für jede Million Gewinn.

Das System der internationalen Unternehmensbesteuerung ist überholt: Die unterbesetzten Steuerbehörden müssten tausende konzerninterne Finanzflüsse darauf abklopfen, ob Zinsen oder Lizenzgebühren üblichen Marktpreisen entsprechen oder der Gewinnverkürzung dienen. Denn 60 Prozent des Welthandels findet innerhalb von Konzernen statt. In der Digitalwirtschaft existiert aber häufig kein vergleichbarer Preis für Suchmaschinen-Algorithmen oder Smartphone-Patente, da Google, Apple & Co. Quasi-Monopolisten sind.

Tech-Giganten zahlen laut EU-Kommission im Schnitt 9,5 Prozent Steuern auf ihre Gewinne im Vergleich zu 23,2 Prozent für übrige Konzerne. Das Problem wird dadurch verschärft, dass Werbeanzeigen von Google ohne Betriebsstätte in Deutschland vertrieben werden, die für die Besteuerung

maßgeblich ist. Die deutschen Nutzerdaten sind aber der Rohstoff maßgeschneiderter Werbung und tragen so zur Wertschöpfung bei.

Die Ansätze der EU-Kommission laufen ins Leere

Die EU-Kommission verfolgt zwei Ansätze: Eine kurzfristige Ausgleichssteuer von drei Prozent auf den Umsatz mit bestimmten Nutzerdaten sowie die Einführung einer virtuellen steuerlichen Betriebsstätte. Die Ausgleichssteuer soll die Zersplitterung des EU-Binnenmarkts verhindern, da Länder wie Italien bereits nationale Abwehrmaßnahmen gegen Gewinnverschiebungen der Digitalkonzerne eingeführt haben.

Zuletzt hat selbst Großbritannien die Einführung einer nationalen Digitalsteuer ab 2020 beschlossen. Betroffen wären Dienstleistungen, die durch kostenlose Nutzerdaten veredelt werden, etwa Werbung bei Google oder Facebook. Wo Nutzer ein Produkt kaufen, wie bei Netflix, fällt die Steuer nicht an.

Steuerpflichtig wären Unternehmen mit mehr als 750 Millionen Euro Jahresumsatz und mehr als 50 Millionen Euro Umsatz mit digitalen Dienstleistungen in der EU. Die Steuer fiel dort an wo die Nutzer sitzen, nicht wo die Werbung bezahlt wird. Die Ausgleichssteuer soll bei der Körperschaftsteuer anrechenbar sein.

Eine virtuelle Betriebsstätte macht Sinn, um das internationale Steuerrecht an digitale Geschäftsmodelle anzupassen. Doch die Ausgleichssteuer hat Schwächen: Es droht eine Überwälzung auf Konsumenten. Manche Länder könnten gar mehr an Körperschaftsteuer verlieren, als sie an Ausgleichsteuer gewinnen. Dies ist jedoch nicht der Grund, dass Frankreich auf eine Lösung drängt, während der deutsche Finanzminister Olaf Scholz die Digitalbesteuerung blockiert.

Neues Steuerprinzip wäre gut für Deutschland – und für Entwicklungsländer

Denn Scholz verhindert derzeit auch, dass Konzerne Umsätze, Gewinne oder bezahlte Steuern für jedes Land veröffentlichten müssen (country by country reporting). Dies ist bereits Pflicht im Banken- und Rohstoffsektor und legt offen, in welchen Ländern etwa hohe Gewinne anfallen, aber kaum Steuern entrichtet werden. Der Finanzminister fürchtet, dass auch Indien oder China Ansprüche bei deutschen Konzernen anmelden, die etwa Autos in Deutschland produzieren, aber im Ausland verkaufen. Außerdem befürchtet er einen Steuerkrieg mit Donald Trump, da Deutschland wegen seiner hohen Exportüberschüsse in der Kritik steht.

Deutschland verfügt als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt jedoch über einen großen Binnenmarkt mit viel Produktion und Konsumenten vor der eigenen Haustür und würde daher von einem Bestimmungslandprinzip (Besteuerung am Ort des Umsatzes) auch profitieren. Das aktuelle Modell aus den 1920er Jahren zur Besteuerung am Konzernsitz (Herkunftslandprinzip) benachteiligt überdies Entwicklungsländer, deren Rohstoffe und Infrastruktur genutzt wird während die Gewinne in die Industrieländer fließen.

Stattdessen schinden Minister Scholz und Kanzlerin Merkel Zeit und fordern globale Mindeststeuern im Industrieländerclub OECD. Dies ist aber wenig realistisch, da es in der OECD noch mehr Steueroasen als in der EU gibt und die USA blockieren. Eine Mindeststeuer von zehn bis 15 Prozent wäre zwar gut, um 0-Prozent-Steueroasen auszutrocknen. Aber es besteht das Risiko, dass Länder mit höheren Steuersätzen für Konzerne, wie Deutschland, diese nach unten anpassen.

In der EU drohen letztlich beide Kommissionsvorschläge am Einstimmigkeitsprinzip zu scheitern.

Selbst wenn Deutschland einlenkt, werden Steueroasen wie Irland oder Luxemburg europäische Lösungen blockieren. Um international Druck aufzubauen, braucht es daher auch nationale Abwehrmaßnahmen, die aufgrund der Bedeutung des deutschen Marktes durchsetzbar sind.

So könnte die Steuerbasis durch Quellensteuern auf Zahlungen aus Deutschland in Niedrigsteuerländer verteidigt werden. Dann würden etwa die Kosten für eine Werbeanzeige bei Google bereits in Deutschland mit 25 Prozent besteuert. Google Irland erhielte das Geld für die Werbung abzüglich der bereits bezahlten Steuer und die Steuertricks laufen ins Leere. Alternativ könnte die Abzugsfähigkeit etwa einer Werbung auf Google als Betriebsausgabe verwehrt werden, wenn Google in Irland nicht angemessen besteuert wird.

Googles Marktmacht könnte bei Abwehrmaßnahmen zu Preiserhöhungen führen, ein vollständiges Abwälzen auf die Kunden ist aber unwahrscheinlich. Sonst hätten die Tech-Monopole ja die Preise bereits erhöht. Und bei Quellensteuern steigen bei höheren Werbepreisen auch die Steuereinnahmen. Nationale Schutzmaßnahmen wirken überdies nicht nur in der digitalen Wirtschaft.

Doch gibt es auch Fälle, die Quellensteuern nicht erfassen, etwa wenn keine Zahlung aus Deutschland geleistet wird, aber hiesige Nutzerdaten in die Wertschöpfung einfließen. Die EU-Ausgleichssteuer könnte in diesen Fällen eine sinnvolle Ergänzung von Quellensteuern sein.

Fakt ist: Auch Finanzminister sollten böse werden, wenn es der Steuergerechtigkeit dient.

— *Gastbeitrag bei T-Online am 15.11.2018*

Steuern zahlen ist nur was für die Dummen?

0,005 Prozent. So viel Steuern zahlte Apple 2014 auf seine EU-Gewinne. Das sind 50 Euro pro 1 Million Euro Gewinn. Ein Mittelständler in Deutschland zahlt hierauf 300.000 Euro.

Apple nutzt dabei Steuertricks wie fiktive Kredite, Patent- oder Lizenzgebühren, mit denen innerhalb von Konzernen Gewinne in Steueroasen verschoben werden.

Konzerne nutzen unsere Infrastruktur, aber bunkern Billionen in Steueroasen. Gleichzeitig verrotten Schulen, Universitäten oder Brücken, und die EU verharrt in der Depression. Dabei beträgt die öffentliche Investitionslücke allein in Deutschland etwa 100 Milliarden Euro jährlich. Wir leben von der Substanz und vererben unseren Kindern ein kaputtes Land.

Durch faule Deals umgehen Unternehmen Steuerzahlungen

Aber nicht nur Unternehmen, sondern auch Superreiche waschen Geld und hinterziehen Steuern – siehe Panama Papers und Bahamas-Leaks. Auch Deutschland ist wegen lascher Gesetze und fehlender Transparenz bei Unternehmensregistern ein Paradies für Geldwäsche. Terroristen und Kriminelle freut das. Es fehlt ein Strafrecht für Unternehmen – wie in den USA –, um Deutsche Bank und Co. für Beihilfe zu Straftaten zu verknacken.

EU-Staaten konkurrieren um Billigsteuern und ruinieren sich. Seit Lux-Leaks wissen wir: Ein Binnenmarkt mit 28 unterschiedlichen Steuergesetzen ist für Amazon, Ikea oder McDonald's ein Paradies. Durch faule Deals und mit Unterstützung von Wirtschaftsberatern (big four) sowie Luxem-

burger Steuerbehörden konnten sie Steuern über Briefkastenfirmen auf unter ein Prozent der Gewinne drücken.

Wir brauchen Mindeststeuersätze

Die EU hat keine echte Kompetenz im Steuerrecht für Unternehmen und kann nur über das Wettbewerbsrecht Steuern eintreiben. Das Geld geht dann als illegale Staatsbeihilfe ausgerechnet zurück in diejenigen Länder, die Steuerdeals ermöglichten. Konkret muss die EU-Kommission nachweisen, dass Transferpreise innerhalb der Konzerne nicht Marktpreisen entsprechen. Das ist kompliziert. Denn wie viel ist etwa das Patent auf das iPhone wert? Und ein Problem sind die Steuertricks nur, wenn andere Unternehmen diskriminiert wurden. Vereinfacht: Null Prozent für Apple, ein Prozent für Google ist ein Problem. Ein Prozent für alle ist kein Problem.

Wir brauchen daher Mindeststeuersätze für Konzerne und eine EU-weite Ermittlung und Verteilung der Gewinne auf die Mitgliedsstaaten nach realer wirtschaftlicher Aktivität der Konzerne. Dann ist es egal, ob Gewinne verschoben werden. Ein Land mit Briefkastenfirmen geht leer aus. Oder Staaten müssen ihre Steuerbasis durch Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen verteidigen. So haben die USA – mit Delaware und Nevada selbst eine Steueroase – die Schweiz und Liechtenstein zur Kooperation gezwungen. Dies ist aktuell durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs jedoch unmöglich, weil dieser darin eine Einschränkung des freien Kapitalverkehrs sieht.

Wenn die EU daher nicht umsteuert, wird die Wut der Anständigen weiter wachsen.

— *Gastbeitrag bei Xing am 05.12.2016*

Steckbrief... ?

Sein Großvater kämpfte als Partisan gegen den Faschismus. Als Fabio de Masi (38) noch als Abgeordneter im Europäischen Parlament saß, kämpfte er unter anderem gegen Steuerhinterziehung. Ein *Freitag*-Interview.

Was mögen Sie an Angela Merkel?

Sie wirkt bodenständig. Aber „Susi“ Neumann auch – und die könnte besser Kanzlerin.

Welches Buch haben Sie zuletzt nicht zu Ende gelesen?

Unendlicher Spaß von David Foster Wallace. Und die Bibel. Aber beide interessant.

Welchen linken Politiker, welche linke Politikerin bewundern Sie?

Die Arbeiterbewegung hat immer wieder beeindruckende Persönlichkeiten hervorgebracht. Ich bewundere Reiniungskräfte oder Verkäuferinnen, die ohne Rampenlicht kämpfen und ein großes Herz haben.

Würden Sie gerne öfter Fahrrad fahren?

Ja, ich besitze zwei Rennräder.

Welches Auto gefällt Ihnen am besten?

Jaguar E-Type. Aber ehrlich: Das einzige Auto, das ich je besaß, war ein alter Benz mit ausgeleierter Kupplung.

Kommt es vor, dass Sie „p.c.“ oder „nicht p.c.“ sagen?

Nee. Ist mir latte.

Welche Drogen sollten Ihrer Meinung nach legalisiert werden?

Cannabis für den Eigenbedarf, Heroin an Suchtkranke unter ärztlicher Aufsicht. Ich bin aber gegen Drogen-Kommerz. Pferdebetäubungsmittel gehört ja auch nicht an die Supermarktkasse.

Ist Alkohol eine Droge?

Klar.

Darf man in Ihrem Schlafzimmer rauchen?

Gute Freunde bei Liebeskummer. Franzosen immer. Ich tue es nicht.

Wer oder was hätten Sie gerne sein mögen?

Ich bin schon okay. Ansonsten Rockstar.

Wie viele Apps sind auf Ihrem Smartphone?

64. Wahnsinn.

Und welche benutzen Sie am meisten?

E-Mail, Kalender, Taschenlampe.

Töten Sie Insekten?

Ja.

Ihr Lieblingsvogel?

Specht.

Haben Sie einen Lieblingsfisch?

Matjes – im Brötchen.

Sollte man Gehälter öffentlich machen?

Steuerbescheide ab einem gewissen Einkommen. Wie in Skandinavien.

Ist die Lüge ein legitimes Mittel in der Politik?

Ein Mensch lügt etwa 100-mal am Tag. Vor allem belügen wir uns selbst. Manchmal aus Selbstschutz. Aber Demokratie braucht Vertrauen. Da sind Lügen nicht hilfreich.

Manchmal reicht es, den Mund zu halten, auch wenn da ein Mikrofon steht.

Der Kommunismus ist ...?

... vielleicht wieder Thema, wenn Fußball nicht mehr im Pay-TV läuft und Menschen, die sich abrackern, wieder anständig behandelt werden.

Welchen Song würden Sie auf die einsame Insel mitnehmen?

Simply Beautiful von Al Green.

Toskana oder Krim?

Piemont.

Haben Sie manchmal Angst, etwas Falsches zu sagen?

Ja.

Welche Verschwörungstheorie halten Sie für wahr?

Im Krieg stirbt als Erstes die Wahrheit. Sonst gilt: Wo es mächtige Interessen gibt, braucht es keine Verschwörungen. Die Mächtigen haben ihre Netzwerke und kennen ihre Interessen.

Gehen Sie zu sorglos mit Ihren Daten im Netz um?

Ja.

Kaufen Sie bei Amazon?

Ja. Mir fehlt leider oft die Zeit zum Einkauf.

Ihre Lieblingsgewerkschaft?

Ich bin Verdi-Mitglied. Aber Linke brauchen auch Heavy Metal.

Sollte der Kapitalismus überwunden werden?

Der Kapitalismus zerstört den Menschen und unsere Lebensgrundlagen. Also ja: There is no alternative.

Haben Sie Aktien?

Nein.

Haben Sie schon einmal einen Abend mit einem Flüchtling verbracht?

Ja.

Sind einige Ihrer besten Freunde Muslime?

Ja, und ich bin Katholik. Interessiert keinen Depp.

Ihr Lieblingsfilm?

Habe ich nicht. Ich mag die Cohen-Brüder und Luchino Visconti

Ihr Lieblingsmaler?

Caravaggio, Diego Rivera ...

Welche Ausstellung haben Sie zuletzt besucht?

Ich war im Zeitz Museum of Contemporary Art in Kapstadt. Habe Arbeiten von William Kentridge und Kudzanai Chiurai gesehen.

Wald oder See?

Wald mit See.

Ihr Lieblingsjournalist?

Seymour Hersh. Derzeit gefallen mir die Kolumnen von Jakob Augstein. Frank Schirrmacher war ein Großer.

Wie möchten Sie sterben?

Einschlafen oder Herzinfarkt. Beim Schnapstrinken.

— *Interview in Der Freitag, Nr. 17/2018, 26.04.2018*

„Ein Putsch aus Berlin“

**Griechenland war gestern: Bei der jetzt heraufdämmern-
den Krise des Euro geht es um Italien, die drittgrößte
Volkswirtschaft der Währungsunion – und um Angela
Merkel, sagt der Linken-Finanzpolitiker Fabio De Masi.**

**Der Freitag: Herr De Masi, Sie sagen, Deutschland sei eine
größere Gefahr für den Euro als Italien.**

Das ist die Meinung vieler internationaler Ökonomen: Deutschland verfolgte mit der Einführung des Euro und der Agenda 2010 eine Politik der realen Abwertung: Wir haben hinreichende Lohnzuwächse unterdrückt, sodass wir immer billiger werden. Deutschland verkauft seit vielen Jahren mehr ins Ausland, als es von dort importiert. Das aber heißt, dass unsere Handelspartner anschreiben, also Schulden machen müssen. Die Kürzung von Löhnen, Renten und Investitionen in der Euro-Krise, die Privatisierung von allem, was nicht bei drei auf den Bäumen ist, war fatal. Die Euro-Zone hat sich daher im internationalen Vergleich langsamer erholt als andere Wirtschaftsräume.

**In Deutschland denkt man gemeinhin, die hohe Export-
quote läge an der Qualität deutscher Autos. Und die Lohn-
zurückhaltung sei nötig, um Arbeitslosigkeit abzubauen.
Sollen es die anderen doch einfach so machen wie wir!**

Das ist Mickey-Mouse-Ökonomie. Sind unsere Ingenieure seit Einführung des Euro wirklich dreimal besser geworden als vorher? Wenn jemand exportiert, muss jemand anders importieren. Wir können ja nicht alle auf den Mars exportieren. Der Exportjunkie Deutschland könnte durch die Strafzölle von Donald Trump bald auf kalten Entzug gesetzt werden. Wir haben nun viele Jahre Arbeitslosigkeit expor-

tiert. Hätten wir unsere Binnenwirtschaft gestärkt, hätten wir auch mehr Jobs, aber mit vernünftigen Löhnen.

Aber stimmt nicht auch, dass Italien seine Hausaufgaben nicht gemacht hat? Was ist Italiens Werk, was ist Deutschlands Beitrag?

Natürlich braucht Italien Strukturwandel, und ja, es gibt dort viele hausgemachte Probleme. Aber man schafft Strukturwandel nicht, indem man alles kaputt kürzt, sondern nur, indem man investiert. Italien hatte nach Deutschland einen der höchsten Anteile des verarbeitenden Gewerbes. Das ist futsch, weil das Instrument der Abwertung seit dem Euro-Start verloren ging.

Wie könnte man das ändern?

Sosehr ich die Lega verabscheue: Italien braucht eine andere Wirtschaftspolitik. Investieren heißt nicht zwingend, mehr Geld aus Brüssel zu bekommen, wenn daran Auflagen wie weitere Lohn- und Rentenkürzungen geknüpft sind. Stattdessen müsste man Italien ermöglichen, dass öffentliche Investitionen aus den Maastricht-Kriterien ausgenommen werden. Die Bundesregierung strebt so etwas ausgerechnet für die Rüstung an.

Aber ist Italiens Schuldenberg nicht jetzt schon zu groß?

Italiens Schulden sind vor allem Altlasten aus den 1980ern. Wenn das Wachstum unter den Zinsen bleibt, erhöht sich natürlich der Schuldenberg. Es gäbe zwei Möglichkeiten: Entweder müsste Italien mit Hilfe der Zentralbank umschulden oder dafür sorgen, dass durch Investitionen Wachstum entsteht und die Schulden bedient werden können. Jedes Kind weiß: Ich kann Schulden nur bedienen, wenn ich auch Einkommen habe.

Hat Günther Oettinger jüngst nicht einfach ausgesprochen, was man auch in Berlin und Brüssel insgeheim

denkt: dass die Finanzmärkte für Staatsanleihen Italiens neue Regierung schon in die Spur zwingen werden?

Italien spricht nicht Deutsch, und Blackrock oder Moody's sind keine Regierung. Auf die Rationalität der Märkte würde ich mich nicht verlassen. Vor der Euro-Krise war die Weisheit der Märkte so groß, dass jede Menge billiges Geld in spanische Immobilienblasen geflossen ist. Hinterher haben die Märkte die Hand aufgehalten, als es um Rettungspakete ging. Wenn Italien seine Schulden nicht mehr bedienen kann, wären die französischen Banken schnell im Eimer, dann die spanischen, auch die Deutsche Bank. Die Rationalität der Märkte kann also sehr, sehr teuer werden. Die EZB und Mario Draghi haben sich ja gegen die Märkte gestellt, als sie begannen, Staatsanleihen zu kaufen.

Das war auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise 2012. Tatsächlich haben viele deutsche Beobachter Draghis Vorgehen seitdem scharf kritisiert.

Man kann ja kritisieren, dass das billige Geld nicht in der realen Wirtschaft ankommt, weil gekürzt wird, bis es kracht. Aber mit Angela Merkels Autopilot würde der Euro auseinanderfliegen. Ich bin übrigens niemand, der sagt, man muss den Euro um jeden Preis verteidigen, ich halte es eher mit dem Ökonomen Joseph Stiglitz: Wenn die Bundesregierung ihre derzeitige Politik fortführt, wird der Euro zerbrechen. Der Preis, permanente Lohn- und Rentenkürzungen, wird irgendwann zu hoch. Man sieht das in Italien.

Tatsächlich hätten eine technokratische Regierung und eine Fortführung des Brüssel und Berlin genehmen Sparurses im italienischen Parlament keine Mehrheit mehr.

Eine technokratische Regierung ist ja eigentlich nur eine diplomatische Umschreibung eines Putsches aus Brüssel und Berlin beziehungsweise dafür, dass Statthalter der Finanzmärkte eingesetzt werden. Für Merkel ist das vielleicht

marktkonforme Demokratie, aber die Italiener haben das schlichtweg abgewählt.

Geht Merkels Antwort auf Macrons Reformvorschläge für die Euro-Zone in die richtige Richtung?

Weder die Vorschläge von Macron noch jene von Merkel werden den Euro retten. Das zentrale Problem der Euro-Zone besteht ja darin, dass wir zwar eine gemeinsame Währung haben, aber die größte Volkswirtschaft Europas, Deutschland, lange Zeit künstlich abgewertet hat, indem die Löhne gedrückt wurden, und permanent Exportüberschüsse erzielt. Macron traut sich nicht, die Bundesregierung zu stellen. Stattdessen sagt er: Wir machen jetzt auch eine Agenda 2010 in Frankreich, und als Belohnung wollen wir ein bisschen Taschengeld aus Brüssel. Das kann nicht funktionieren.

„Die sind doch bekloppt“

Der linke Abgeordnete Fabio De Masi will keine Machtspiele in seiner Fraktion, aber offene Arme für Geflüchtete.

Fabio De Masi wurde als Sohn eines italienischen Gewerkschafters und einer deutschen Sprachlehrerin geboren, er hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Bundestagsabgeordnete der Linken gearbeitet, unter anderem für Sahra Wagenknecht, bevor er selbst ins Europaparlament gewählt wurde. Seit diesem Herbst gehört De Masi dem Bundestag an.

Der Freitag: Herr De Masi, sind Sie froh, dass es nun wohl kaum zu Neuwahlen kommen wird und die Linke Zeit für die Beilegung eigener Konflikte bekommt?

Nein, ich kann die Große Koalition nicht mehr sehen. Unsere Aufgabe ist es, so schnell wie möglich die sozialen Verhältnisse zu verändern. Und wenn uns eine Wahl die Chance dazu gibt, müssen wir sie nutzen. Aber klar, Neuwahlen würden die Linke fordern. Denn im Gegensatz zu FDP, AfD, Union, SPD und Grünen erhalten wir keine üppigen Parteispenden von Konzernen. Und Wahlen machen nur einen Sinn, wenn es eine echte Wahl gibt. Dazu müsste sich die SPD erneuern. Das ist bisher nicht zu erkennen.

Neulinge in der Linken-Fraktion, so ist zu hören, waren geschockt, wie erbittert dort Rivalitäten und Streit ausgetragen werden.

Ich war nicht geschockt, aber ich verstehe, wenn viele sagen: Die sind doch bekloppt. Wir müssen die inhaltlichen Debatten auch führen – wenn es dabei nicht nur um Machtspiele geht.

Hinter den Konflikten stehen die Verluste der Linken auf dem Land, gerade im Osten, und die Zugewinne in den Städten.

Es ist falsch, junge urbane Milieus gegen Arbeiter und Arbeitslose auszuspielen. Als wir zu Zeiten Oskar Lafontaines und Gregor Gysis in den Umfragen bei 15 Prozent lagen, da waren wir in den beiden Milieus stark. Ich freue mich über jeden jungen Menschen, der in die Linke eintritt. Was aber passiert, wenn dann jemand einmal seine Penthouse-Wohnung hat, lässt sich an den Grünen beobachten, die soziale Probleme nicht mehr interessieren. Und wenn wir nun bei Arbeitslosen einbüßen, bei Arbeitern nah an die Werte der FDP rücken, dann ist das ein Problem. Wir müssen versuchen, diese Leute zurückzugewinnen. Die Frage ist: Haben wir noch eine Sprache, die mit dem Alltag dieser Menschen zu tun hat?

Wer hat diese Sprache denn noch eher, der Vorstand der Partei oder der der Fraktion?

Sahra Wagenknecht ist unsere populärste Politikerin. Das ist Fakt. Wer meint, sie loswerden zu müssen, kann das tun, befindet sich dann aber schnell nicht mehr im Bundestag.

Hat die Linke Fehler in Bezug auf die Flüchtlingspolitik gemacht?

Wir sind die Fluchtverhinderungspartei, weil wir Fluchtursachen wie Regime-Change-Kriege und unfaire Handelspolitik bekämpfen. Und wir wollen, dass der Staat sich um die, die hier sind, kümmert. Nicht, dass er sich billige Arbeitskräfte für Unternehmen holt, um den Rest ins Industriegebiet zu schicken. Das ist asozial, ein Geschäft mit der Not. Bei G20 hatten wir in Hamburg ja Berliner Polizisten, die waren für zwei Tage in einer Flüchtlingsunterkunft untergebracht – und haben Party gemacht, weil es so trostlos war.

Braucht es linke Flüchtlings- und Einwanderungsgesetze,

wie das Linken-Abgeordnete aus ostdeutschen Landtagen fordern?

Nein, ein Einwanderungsgesetz fordern der Bundesverband der Deutschen Industrie, FDP, Grüne, SPD und AfD. Warum müssen wir gezielt Fachkräfte abwerben? Was wir brauchen, ist ein echtes Integrationsgesetz, um den Leuten, die hier sind, Perspektiven zu geben. Einen starken, mitfühlenden Staat. Wir wollen das Asylrecht verteidigen, da gibt es keinerlei Dissens. Aber eine Forderung nach offenen Grenzen für alle hilft uns nicht.

Warum nicht?

Weil es das Asylrecht schwächt. Wir müssen unsere Ressourcen auf Menschen in Not konzentrieren. Und der Staat muss auch wissen, wer ins Land kommt, um seine Pflicht gegenüber Menschen zu erfüllen. Schutzlose Minderjährige etwa müssen zur Schule, in den Sportverein und Deutsch lernen. Wenn Menschen Staatsversagen als Kontrollverlust empfinden, dann sollte ich ihnen nicht gleich die Rassismus-Keule über den Kopf ziehen, sondern zuhören. Reden. Gespräche an Info-Ständen laufen besser, wenn ich zuhöre. Und wenn ich frage: Dass der Syrer gegenüber eine Wohnung hat – wäre das noch ein Problem, wenn dein Lohn doppelt oder deine Miete halb so hoch wäre? Dann antworten die meisten mit Nein und sprechen über ihre Probleme, nicht über Flüchtlinge.

Unter Umständen geht das also, mit den offenen Grenzen für alle?

Nein. Offene Arme für Menschen in Not sind richtig. Die Mehrheit der Menschen will eine sichere Heimat und nicht in Deutschland leben. So schön ist unser Wetter auch nicht. Ich höre auch Leute in der Linken sagen, der Sozialstaat ginge nicht mehr national. Aber die denken das gar nicht zu Ende. Das heißt dann: kein Sozialstaat, denn der finanziert

sich aus Steuern und Abgaben. Soll Deutschland die überall auf der Welt erheben? Wir müssen bei denen sein, die von ihrer Arbeit leben müssen – ganz egal, wo jemand herkommt. Eine Welt offener Grenzen für alle heißt auch offene Grenzen für alles. Für Geld oder Waffen. Das wird uns um die Ohren fliegen.

Um die Ohren fliegt uns langsam schon die EU. Sind da die Pläne Macrons nicht noch die bestmögliche Perspektive, die Europa hat?

Nein. Und Macron ist kein guter Europäer. Er will eine Agenda 2010 wie hierzulande, Löhne drücken, Gewerkschaften schwächen – und wofür? Für einen europäischen Finanzminister, der etwas Taschengeld verteilt, sonst aber kürzt, bis es kracht. Das ist Prostitution: Erst strippe ich, dann kriege ich dafür ein paar Euro. Merkel, Deutschlands Exportüberschüssen, dem Wirtschaftsnationalismus die Stirn zu bieten, traut er sich nicht.

Für eine Transfer-Union würde er auch kaum Mehrheiten finden.

Das würde auch gar nicht funktionieren, die Eurozone ist so heterogen, die Lohnverhandlungs- und Sozialversicherungssysteme sind so unterschiedlich, dass es dafür sieben bis zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts bräuchte. In Deutschland wären das zwei Drittel des Haushalts. Und die gäbe es nicht obendrauf. Die würden an anderer Stelle gekürzt, Paris und Rom würden aus Berlin regiert.

Es könnte ja zunächst mit einer europäischen Arbeitslosenversicherung losgehen.

Der Präsident der französischen Zentralbank sagte mir einst, er sei dafür. Und er sagte auch, warum: Diese Versicherung wäre niedriger als in manchen Ländern, und dann gäbe es einen Wettbewerb der Sozialsysteme. Vom portugiesischen Arbeitslosen würde dann erwartet, dass er für eine

Stelle auch nach Deutschland kommt. Die Versicherung diente dann zur Arbeitssuche. Die Arbeitgeber wollen, dass die Leute Jobs nachwandern, statt Vollbeschäftigung. Aber Menschen sind keine Amazon-Pakete. Sie haben soziale Nahbeziehungen.

Brauchen wir also nicht mehr, sondern weniger Europa?

Ich bin sofort für europäische Mindeststeuern für Konzerne, für ein öffentliches EU-weites Investitionsprogramm und dafür, dass die EZB Investitionen finanziert, statt wie heute Geld in die Finanzmärkte zu pumpen. Aber ich würde der EU-Kommission ungern die Kompetenz über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik geben, denn dann wäre morgen das Streikrecht weg. Wenn wir per Scheckbuch verankern, dass Berlin und Brüssel die anderen Staaten regieren, dann werden die Marine Le Pens noch stärker. Ich will ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa. Auch Nationalstaaten bleiben dabei für demokratische Politik wichtig.

Wofür konkret?

In der Steuerpolitik etwa. Denn eine europäische Mindeststeuer für Konzerne braucht die Zustimmung aller 28 EU-Mitgliedsstaaten. Wir können aber in Deutschland sofort eine Quellensteuer auf Dividenden und Lizenzgebühren erheben, die sonst unbesteuert in Steueroasen abfließen. Aber die deutsche Regierung bremst Fortschritte auf EU-Ebene: etwa ein öffentliches Register der Eigentümer von Firmen und Stiftungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung, für das Frankreich, Portugal oder Spanien sind.

Im Gegensatz zu Deutschland.

Ja, die Bundesregierung verhindert das, mit Großbritannien. Bei der öffentlichen Berichtspflicht von Konzernen über Gewinne und gezahlte Steuern in jedem Land, ist es genauso. Das ist Beihilfe zu Steuerflucht und organisierter Kriminalität.

lität! Als es neulich im Bundestag darum ging, dass Irland zwar bessere Kreditkonditionen will, sich aber weigert, Steuern von Apple einzutreiben, da meinte Finanzminister Peter Altmaier: Nee, da kann man nix machen. Nun sind wir ja sehr für Erleichterungen bei den Zinsen für Irland. Aber das Eintreiben von Steuern kann man angeblich nicht von ihnen verlangen. Privatisierungen und Lohnkürzungen dagegen schon? Wie eine Eins standen die Grünen hinter der Union! Hätte nur noch gefehlt, dass Altmaier mit Claudia Roth Walzer im Plenarsaal tanzt.

Und Martin Schulz ist einer, der da jederzeit mittanzen würde? Oder doch jemand, der die SPD erneuern könnte, den der Parteiapparat aber davon abhält?

Hätte er vor der Wahl Mehrheiten genutzt und drei, vier zentrale Projekte wie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung mit der Linken und den Grünen umgesetzt, hätte er sie gezwungen, sich zu Merkel oder zu sozialer Verantwortung zu bekennen. Die Große Koalition wäre geplatzt, Schulz hätte die in ihn gesetzten Hoffnungen bestärkt und auf dem Höhepunkt seiner Umfragen Neuwahlen erzwungen. Er hätte die Themen diktiert und eine Chance gehabt, die Wahl zu gewinnen. Regieren und auf Opposition zu machen, das geht so wenig, wie halbschwanger zu sein. Aber bis heute will die SPD halbschwanger sein.

Rot-Rot-Grün, eine ewige Utopie?

Wir wollen regieren. Aber um die sozialen Verhältnisse in Deutschland zu verändern, nicht um uns ein paar Dienstwagen zu gönnen. Wer erfolgreich regieren will, muss auch Nein sagen können. Der FDP gesteht man das zu. Warum nicht der Linken?

— *Interview in Der Freitag Ausgabe 48/2017, 15.11.2018*

„Ich würde Andi Scheuer nicht mal zum Kaffeekochen einstellen“

Der Linken-Politiker Fabio de Masi ist über Parteigrenzen hinweg als Finanzexperte und Korruptionsaufklärer angesehen. Bald verlässt er den Bundestag. Mit einigen Kollegen geht er hart ins Gericht.

Deals mit Corona-Schutzmasken erschüttern den Bundestag, Deutschland diskutiert über das Vermögen des Gesundheitsministers – selten erhalten Redaktionen vermutlich mehr Zuschriften von Lesern zu Korruption und Bestechlichkeit, zu Lobbyismus und Nebenverdiensten und zu Politikern, die ihr politisches Mandat eher als Investment in die eigene Karriere zu sehen scheinen. Der Job der Abgeordneten ist damit noch ein bisschen schwerer geworden. Das Vertrauen in die Politik leidet merklich.

Einer, der seit Jahren gegen verdeckte Nebenverdienste und dubiose Lobby-Kontakte arbeitet, ist der Finanzexperte der Linksfraktion Fabio de Masi. Nicht nur im Fall Wirecard macht er mit Expertise und sachbezogener Aufklärung von sich reden. Damit hat er sich über alle Parteien hinweg ein geschätztes Renommee erarbeitet. Für die kommende Legislaturperiode wird er nicht mehr kandidieren.

Im Interview spricht er über die Käuflichkeit von Politik, über aus seiner Sicht unzureichende Regeln und darüber, warum Verkehrsminister Scheuer vermutlich einen guten Job in der Wirtschaft bekäme, obwohl er selbst ihn „nicht einmal zum Kaffeekochen einstellen“ würde.

T-online: Herr de Masi, Sie sind der Finanzexperte der Linksfraktion im Bundestag, also mit kompliziertesten Themen vertraut. Jetzt treten sie nicht wieder an. Wird man Sie also bald in einem Aufsichtsrat wiedersehen?

Nein, ich lege auch an mich strenge Maßstäbe an. Ein Unternehmen, mit dem ein enger Kontakt in der Politik bestand – das macht man nicht. Etwas anderes wäre eine ehrenamtliche Tätigkeit, von der ich keinen finanziellen Vorteil habe. Oder wenn ich für einen Fußballclub tätig würde, aber nie im Sportausschuss saß oder andere wichtige Entscheidungen für diesen Verein getroffen hätte.

Es soll nicht generell verboten werden, sich in einem Bereich zu engagieren, wo man sich auskennt. Wir brauchen aber klare Regeln, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Dazu zählen auch hinreichende Abkühlphasen für ehemalige Politiker, die in der Privatwirtschaft tätig werden.

Welche Maßstäbe sind es denn, die Sie an sich und andere anlegen?

Ich besitze etwa keine Aktien. Nicht weil ich gegen Aktienbesitz bin. Aber Abgeordnete wie ich erhalten Insider-Informationen. Und für Abgeordnete und Mitarbeiter von Ministerien gibt es keine hinreichenden Regeln, Insider-Handel zu unterbinden.

Also müssten Abgeordnete aus Ihrer Sicht auch Aktienbesitz offenlegen?

Ja, Abgeordnete müssen derzeit nur größere Unternehmensbeteiligungen anzeigen. Sie dürfen sogar Spenden von Dritten annehmen. Der Bundestag wird unter anderem deswegen immer wieder vom Europarat gerügt.

Wie verbreitet sind denn solche Investments im Bundestag?

Wir sehen ja, was zu den Maskendeals herausgekommen ist.

Ich vermute deswegen, dass es ein paar Leute im Parlament gibt, die versuchen mit Aktien politische Entscheidungen zu vergolden.

Nehmen Sie als Beispiel Gesundheitsminister Jens Spahn. Der hat in eine Steuerberatungssoftware investiert – da war er noch Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium. Als er im Gesundheitsausschuss war, wurde er im Pharma-Umfeld tätig.

Nebentätigkeiten, Unternehmensbeteiligungen, Aktienbesitz – Sie verurteilen das nicht generell?

Nein, das komplett zu untersagen, wäre ein Berufsverbot. Anwälte haben Mandanten, ein Pilot braucht Flugstunden, ein Gewerkschafter den Kontakt in die Betriebe. Wir wollen ja keine Leute im Parlament, die keine Ahnung von der Berufswelt haben oder nur solche, die reich geerbt haben.

Die Diät als Abgeordneter darf aber nicht das Taschengeld obendrauf sein. Nebeneinkünfte sollten auf Heller und Cent offengelegt werden. Derzeit sind Abgeordnete eine Black Box!

Inwiefern?

Wolfgang Kubicki von der FDP macht Späße darüber, dass es nicht strafbar sei zu hohe Nebenverdienste anzugeben. Insofern könne er auch 20 Millionen angeben, solange er in der höchsten Stufe sei. Denn es werden keine genauen Zahlen genannt. Die höchste Stufe greift ab 250.000 Euro Nebenverdienst.

Vielleicht ist Herr Kubicki ein guter Anwalt.

Vielleicht. Aber sehen Sie: Ich arbeite häufig 14 bis 16 Stunden am Tag. Ich hätte keine Zeit für Nebentätigkeiten. Es stellt sich also die Frage, ob für manche die Abgeordnetentätigkeit nicht lediglich die Möglichkeit ist, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, die ihnen geschäftlich nutzen.

Das ist also aus ihrer Sicht die Gefahr?

Ja, Politik wird käuflich. Nicht nur durch Nebentätigkeiten, auch durch Parteispenden von Unternehmen. Denn die Stimme der Deutschen Bank zählt dann mehr als die Stimme eines Fliesenlegers. Demokratie heißt aber, jede Stimme zählt gleich viel.

Unternehmen müssen doch aber an der politischen Willensbildung teilnehmen dürfen.

Parteien müssen natürlich mit allen Akteuren sprechen. Auch ich treffe mich mit Lobbyisten der Deutschen Bank, um ihre Interessen zu verstehen. Das mache ich dann öffentlich. Ich würde aber niemals eine Spende von der Deutschen Bank annehmen.

Wir brauchen strengere Regeln: Parteispenden von Unternehmen müssen verboten werden. Zusätzlich brauchen wir mehr Transparenz. Selbst in Griechenland müssen Abgeordnete nachweisen, wie sie ihr Auto bezahlt haben.

Wäre Ihre Idealvorstellung also der gläserne Abgeordnete?

Auch Abgeordnete haben natürlich Anspruch auf Privatsphäre. Das Ziel ist Transparenz hinsichtlich der Finanzen. Das hängt mit der besonderen Vertrauensstellung für Abgeordnete zusammen. Ich veröffentliche jedes Jahr meinen Steuerbescheid, ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Die Bürger sind mein Chef und haben Anspruch auf meine Loyalität.

Im Untersuchungsausschuss zu Wirecard haben sie es mit milliardenschwerem Bilanzbetrug zu tun. Welche Rolle spielten die Kontakte in die Politik?

Wirecard war eine Illusionsfabrik. Gewinne und Umsätze wurden erfunden. Die Bundesregierung hat etwa für Wirecard in China lobbyiert. Mit den Geschäften in China woll-

te man womöglich die Leichen im Keller zudecken. Etliche frühere Politiker wie Herr Guttenberg, Herr von Beust und Herr Carstensen haben für Wirecard Klinken geputzt – etwa bei der Liberalisierung des in Deutschland außerhalb von Schleswig-Holstein illegalen Online-Glücksspiels. In diesem Hochrisikobereich für Geldwäsche und Organisierte Kriminalität hat Wirecard Zahlungen abgewickelt.

Der Wirtschaftsrat der CDU wurde von Wirecard gesponsert. Und in Österreich soll Ex-Chef Markus Braun die ÖVP finanziert und der flüchtige Manager Jan Marsalek enge Kontakte zur FPÖ gehabt haben.

Hätte das neue Lobbyregister all das verhindert?

Das Register soll dafür sorgen, dass Lobbyisten registriert sind. Das ist ein Anfang. Wir sehen dadurch aber noch nicht, an welchen Gesetzen Lobbyisten mitgewirkt haben. Und Abgeordnete, die selbst als Lobbyisten tätig sind, werden davon erst recht nicht erfasst! Bezahlter Lobbyismus von Abgeordneten muss natürlich verboten werden.

Wir erhalten sehr viele Zuschriften von Lesern, die sehr enttäuscht sind von den Vorgängen, die derzeit öffentlich werden. Ist man sich im Bundestag bewusst, wie viel Vertrauen verloren geht?

Ich glaube, es gibt viele Abgeordnete, die das Problem sehen. Es gibt aber auch einige, die glauben, Politik sei ein Investment in den persönlichen Aufstieg. Denn wir sind ja täglich umgeben von Leuten, die noch viel mehr als wir verdienen.

Wie meinen Sie das?

In der Politik ist es wie im Fußball. Wer Erfolg hat, ist schnell auch von dubiosen Gestalten umgeben. Unter Beratern und Werbepartnern gibt es auch falsche Freunde. Natürlich kann das schwache Menschen verlocken. Es geht darum, die Abgeordneten auch vor sich selbst zu schützen.

Ich würde Verkehrsminister Andi Scheuer nicht mal zum Kaffeekochen einstellen. Aber: Er hat ein Telefonbuch und ein Netzwerk mit Entscheidungsgewalt. Wer Leute kennt, kann auch ohne überragende Fähigkeiten in der Privatwirtschaft ein gutes Auskommen erzielen.

Müssen Politiker nach dem Mandat also in Rente gehen?

Nein. Absolut nicht. Aber das Mandat und die Diäten sind ein Privileg. Neulich hat ein Pizzabote auf seinem Moped mit quietschenden Reifen gewendet, um mir für meine Arbeit zu danken. Wegen meiner Arbeit gegen Korruption, Filz und zur Aufklärung von Finanzskandalen. Das ist mir mehr wert als jede Million auf dem Konto.

„Wir führen hier mit äußerster Härte Phantomdebatten“

Der Versuch, Risse zu kitten und Gräben zu überbrücken, scheiterte leider. Vor einigen Tagen versuchte eine zwanzigköpfige Gruppe rund um die Linken-Politikerinnen und -Politiker Fabio De Masi, Jutta Krellmann, Michael Leutert, Ralf Krämer und Sabine Zimmermann den fortwährenden Streit innerhalb der Linkspartei über die richtige Einwanderungspolitik mit einem unaufgeregten Thesenpapier zu entschärfen. Doch anstatt sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen, wurde das Papier von Teilen der Linken mit äußerster Härte und nicht immer auf dem Boden von Fakten attackiert. Dabei gerieten die inhaltlichen Aspekte leider in den Hintergrund. Jens Berger sprach mit dem Linken-Politiker Fabio De Masi, der als Co-Autor am Thesenpapier beteiligt ist.

Herr De Masi, Sie haben gemeinsam mit Mitgliedern Ihrer Partei ein Thesenpapier zu einer humanen und sozial regulierten Einwanderungspolitik vorgelegt. Die taz schrieb, ihr Papier könnte eine Brücke zwischen unversöhnlichen Positionen in der Linken schlagen. Unser Nachdenkseiten-Autor Tobias Riegel meint, es ginge nicht um eine Brücke, sondern um eine überfällige Klärung im Machtkampf zwischen Katja Kipping und Sahra Wagenknecht. Wer hat Recht?

In diesem Fall die taz. Uns geht es um eine Unterscheidung zwischen offenen Grenzen für Menschen in Not sowie der Wiederherstellung des Asylrechtes – beides befürworten wir – und dem Anspruch offener Grenzen für alle. Letzteres ist eine Zukunftsvision.

Also kein Machtkampf?

Machtkämpfe kennen häufig Gesichtsverlust und Verlierer. Wir wollen, dass Die Linke in Zeiten der GroKo und der AfD gewinnt. Wir brauchen eine inhaltliche Debatte, die nicht über persönliche Angriffe in den Medien geführt wird. Im Übrigen haben das Papier nicht nur Mitglieder unterzeichnet, die wie ich Sahra Wagenknecht nahestehen. Darunter befinden sich Mitstreiter unseres ehemaligen Bundesgeschäftsführers Matthias Höhn ebenso wie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Die Initiative für dieses Papier ging von Parteimitgliedern aus unterschiedlichen Spektren aus. Die Abgeordneten unter diesem Papier – auch ich – haben daran kaum mitgewirkt, dessen Inhalt aber für einen guten Kompromiss befunden.

Das scheinen aber nicht alle Ihrer Genossinnen und Genossen so zu sehen. Die ehemalige Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak wittert beispielsweise bereits eine „Diskursverschiebung nach Rechts“ und auch andere namhafte Parteimitglieder wirken nicht unbedingt so, als würden sie Ihr Papier als eine Brücke wahrnehmen. Betreiben diese Kritiker auch keinen Machtkampf?

Nun, es ist kein Geheimnis, dass es Personen gibt, die Sahra Wagenknecht unbeschadet ihrer Popularität loswerden wollen. Auch das Verhältnis zwischen Partei- und Fraktionsspitze ist hinlänglich bekannt. Aber dadurch darf man sich nicht aus der Ruhe bringen lassen. Eine Partei, die nicht mehr inhaltlich diskutiert, kann einpacken.

Dann kommen wir zur inhaltlichen Diskussion. Worin unterscheiden sich ihre Thesen denn überhaupt von den bisherigen Debatten in der Linken?

Wir unterscheiden zwischen Geflüchteten und Arbeitsmigration aus Drittstaaten außerhalb der EU. Menschen, die vor Verfolgung, Gefahr für Leib und Leben fliehen, müssen Anspruch auf Asyl haben. Wir verteidigen hier das Grund-

gesetzt. Das kennt keine Obergrenzen. Den größten Anstieg der Netto-Zuwanderung machten 2017 übrigens Menschen aus der EU aus – und hier herrscht ohnehin Freizügigkeit. Wir wollen auch regulierte Zuwanderung aus Drittstaaten außerhalb der EU ermöglichen. Allerdings müssen wir Bedingungen herstellen, dass jene Menschen, die zu uns kommen und jene, die bereits bei uns leben, vor Ausbeutung und Ghettoisierung geschützt werden. Wir orientieren uns hierbei an Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie von Wohlfahrts- und Migrant*innenverbänden.

Die Kritiker innerhalb Ihrer Partei werfen Ihnen und Sahra Wagenknecht vor, sie würden offene Grenzen für Menschen in Not anzweifeln.

Das sind Fake-News. Wir fordern die Wiederherstellung des Asylrechtes, wenden uns gegen das Dublin-System, wonach Geflüchtete faktisch nur in den Küstenstaaten der EU wie zum Beispiel Italien oder Griechenland Asyl beantragen können. Wir wollen Programme zur EU-Seenotrettung und lehnen die Militarisierung der EU-Außengrenzen ab. Wir fordern überdies die Möglichkeit, Asyl in Botschaften in Ursprungs- und Transitländern zu beantragen, um den Menschen die Gefahren der Flucht – etwa über das Mittelmeer – und die Schutzlosigkeit gegenüber Schleppern zu ersparen.

Das alles steht in ihrem Papier?

Ja, das steht da. Wir wollen mehr Hilfe vor Ort, die vor Entwurzelung und Perspektivlosigkeit fern der Heimat schützt. Denn von den 60 Millionen Geflüchteten weltweit erreicht nur eine Minderheit Europa. Für jene Menschen werden weitaus weniger Ressourcen aufgebracht als für Geflüchtete in der EU, obwohl die Mittel in den betreffenden Ländern ungleich mehr bewirken könnten. Die globale Flüchtlingspolitik ist daher selbst eine zentrale Fluchtursache. Wir orientieren uns hierbei an den Debatten der UN für einen

globalen Migrationspakt. Die Mittel für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen müssen deutlich aufgestockt werden. Klar ist: Wir wollen die Ursachen von Flucht und Abwanderung wie Regime-Change-Kriege, Waffenexporte und die ungerechte Weltwirtschaftsordnung bekämpfen.

Es gab bisher wenig inhaltlich fundierte Kritik an ihren Thesen. Besprechen wir das, was bisher durch das Netz geistert. Dort heißt es, sie würden etwa kein Asyl für Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung vorsehen, Menschen jenseits ihrer familiären und sprachlichen Bindungen über die EU verteilen wollen und mit der Unterscheidung zwischen Asyl und Einwanderung (Stichwort Wirtschaftsflüchtlinge) an rechte Diskurse anknüpfen. Was entgegnen Sie?

Keiner dieser Einwände trifft zu. Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts ist für uns ein Asylgrund. Das ist selbstverständlich. Wir sprechen im Zusammenhang mit der Verteilung von Flüchtlingen explizit von einem System des finanziellen Ausgleichs. Dies macht ja nur Sinn, wenn sich Geflüchtete entsprechend ihrer sprachlichen, sozialen und familiären Bindungen in der EU niederlassen und nicht nach starren Quoten. Sonst wäre ja kein finanzieller Ausgleich für Länder erforderlich, die hier mehr leisten. Wir wollen auch Länder außerhalb der EU entlasten. Jene Länder, die Flüchtlinge versorgen, die nicht in der EU Asyl beantragen. Das geht über das europäische Asylsystem hinaus. Dabei geht es um Kontingente für Menschen, die vor schweren ökonomischen Krisen, Hunger- und Klimakatastrophen fliehen. Historische Vorbilder sind dabei Abkommen der BRD für vietnamesische, syrische oder israelische Flüchtlinge. Der UN-Generalsekretär fordert übrigens ein globales System der Flüchtlingsverteilung. Dennoch fühlen sich die USA, die mit ihren Kriegen den Nahen Osten mit in Brand steckten, kaum für syrische Flüchtlinge zuständig.

Kommen wir zu den wirtschaftlichen Aspekten. Ein weiterer „Einwand“ lautet, sie würden einen Zusammenhang zwischen Zuwanderung, Lohndrückerei und Sozialabbau herstellen. Gibt es diesen Zusammenhang etwa nicht?

Die Arbeitgeber freuen sich über billige Arbeitskräfte. Die Bundesbank hat gerade bestätigt, dass die Lohndynamik in Deutschland durch Zuwanderung im Bereich der Geringqualifizierten gebremst wurde. Die Bundesbank findet das übrigens gut. Selbst die angebliche EU-Freizügigkeit bedeutet oft nackte Ausbeutung. In München arbeiten etwa Italiener für 13 Stunden täglich zu Stundenlöhnen von 3,80 Euro. Außerdem werden z.B. Arbeiter aus Osteuropa häufig von Subunternehmen um ihren Lohn geprellt. Das heißt, selbst unter den geltenden Voraussetzungen von Mindestlöhnen ist die Gesetzeswirklichkeit oft anders als das Gesetz. Darum müssen wir uns kümmern.

Wenn ich es richtig sehe, betrifft der wesentliche Konflikt also nicht offene Grenzen für Menschen in Not, sondern offene Grenzen für Alle? Dies hört sich ja als Utopie recht nett an, aber realpolitisch vorstellbar ist ein solcher Ansatz doch unter den gegebenen Verhältnissen ohnehin nicht. Finden Sie es nicht sträflich naiv, eine derartige Wunschvorstellung als ernsthaftes realpolitisches Ziel zu definieren?

Natürlich ist es ehrenwert, eine Welt anzustreben, in der sich Menschen aus freien Stücken überall niederlassen können und über soziale Ansprüche verfügen. Dafür haben wir unser Erfurter Parteiprogramm, das die großen Linien unserer Politik beschreibt. Das entsprechende Kapitel ist übrigens mit "Offene Grenzen für Menschen in Not" überschrieben. Jeder Mensch hat das Recht auf ein sicheres Leben, egal, wo er geboren wurde. Aber ich halte es für eine Illusion, so zu tun, als könne man diesen Anspruch einfach durch die Zuwanderungspolitik eines Staates einlösen. Das kauft uns

niemand ab. Wir müssen auch die ungerechte Wirtschaftsordnung beseitigen. Wir sagen ja auch nicht, die Abwanderung von Ostdeutschen aus strukturschwachen Gebieten nach Hamburg oder München sei die Lösung. Wir fordern gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine 55-jährige Frau ohne Sprachkenntnisse und aus einem Land, in dem ihr formale Bildung verwehrt wurde, würde in Deutschland überdies ein Leben in der Schattenwirtschaft fristen. Das ist nicht human.

Sie halten offene Grenzen für Alle sofort für inkonsistent?

Ja. Wir fordern zu Recht eine erleichterte Einbürgerung nach wenigen Jahren mit Lebensmittelpunkt in Deutschland und eine bedarfsdeckende, soziale Grundsicherung für jene, die sie benötigen. Eine deutsche Staatsbürgerschaft geht dann auch mit der vollen Freizügigkeit in der EU einher. Aber: Wenn wir das alles zusammendenken: Offene Grenzen für Alle, soziale Grundsicherung, dann nach kurzer Zeit volle Freizügigkeit in der EU – da werden uns nicht nur Ungarn oder Polen, sondern auch Frankreich den Vogel zeigen. Die viel bemühte Freizügigkeit in der EU wäre morgen tot. Außerdem wäre bei offenen Grenzen für Alle das Asylrecht ja schlichtweg überflüssig.

Und wie wollen Sie Zuwanderung aus Drittstaaten der EU regulieren?

Wir fordern einen runden Tisch von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Migrantorganisationen, um sinnvolle Konzepte zu entwickeln. Dabei wollen wir auch den Heimatländern, die von Abwanderung betroffen sind, eine Stimme geben. Wir brauchen ein echtes Integrationsgesetz: umfassende Investitionen in gute Integration wie Sprachkurse und berufliche Qualifizierung; gleiche Löhne für gleiche Arbeit vor Ort und tariflichen Schutz. Wir müssen dabei mit Augenmaß vorgehen und besonders auf zwei Dinge achten: Weder darf es ein System geben, mit dem wir anderen

Ländern lediglich die Hochqualifizierten abwerben, noch dürfen wir zulassen, dass sich der Lohndruck bei den Geringqualifizierten erhöht. Wir brauchen also – wie etwa vom Paritätischen Wohlfahrtsverband angeregt – Abkommen, die auch geringer Qualifizierten die Zuwanderung ermöglichen, zum Beispiel in Mangelberufen. Dies bedeutet aber auch, Einwanderung zu regulieren, wo es ein Überangebot an Arbeitskräften und Lohndruck nach unten gibt.

Ihnen wird von einigen Kritikern aus den eigenen Reihen ja sogar vorgeworfen, Sie würden mit der Regulierung von Arbeitsmigration aus Drittstaaten quasi einen Schießbefehl anstreben und Zuwanderer unter Terrorverdacht stellen. Sie betonen ja in ihrem Papier, Grenzkontrollen seien nicht per se menschenfeindlich.

Schießbefehl? Wer so etwas sagt, tickt nicht mehr richtig. Wer etwa aus einem Nicht-Schengen-Staat am Flughafen ankommt, muss seinen Pass zeigen und wird nicht erschossen. Wir brauchen humane Grenzkontrollverfahren im Einklang mit internationalen Konventionen. Dass ein Staat weiß, wer in ein Land kommt, hat übrigens auch mit einer Fürsorgepflicht zu tun. Unbegleitete Minderjährige müssen zur Schule, Menschen haben Anspruch auf eine Gesundheitsversorgung und natürlich muss ein Land auch prüfen, ob zum Beispiel Straftäter einreisen. Zu behaupten, wir würden daher hunderttausende Zuwanderer unter Terrorverdacht stellen, ist doch dummes Zeug.

Ihr Parteivorsitzender Bernd Riexinger sagte, dass es nicht darum gehen dürfe, den Eindruck zu erwecken, alle Flüchtlinge sollten nach Deutschland kommen. Gregor Gysi bemerkte, er verstehe unter offene Grenzen für Alle Reisefreiheit. Und die Vorsitzende Katja Kipping bemerkte, offene Grenzen für Alle sei nicht für die Umsetzung gedacht, sondern eine Frage der Haltung. Wo besteht da eigentlich der Konflikt?

Das wüsste ich auch gerne. Wir führen hier mit äußerster Härte Phantomdebatten. Aber: Von unserer Haltung kann sich ein Mensch, der keine wirtschaftliche Perspektive hat, wenig kaufen. Wir müssen schon sagen, was wir tun wollen. Alles andere ist politische Selbstbefriedigung.

Kommen wir zurück zum Machtkampf. Ihr Parteikollege Thomas Nord bemerkte in einer Diskussion auf Facebook, wer wie Sakra Wagenknecht offene Grenzen für Alle als neoliberal bezeichne, sei ein Nationalist und der Parteitag müsse hier endlich eine klare Entscheidung herbeiführen. Welche Ziele sollen denn mit derlei abstrusen Aussagen verfolgt werden, wenn nicht die eines Machtkampfs?

Ich verfolge Debatten auf Facebook nicht. Jeder hat seine eigene Geschichte und seinen eigenen Stil. Ich gebe nur zu bedenken: Mir ist nicht bekannt, dass eine einzige europäische Linkspartei offene Grenzen für Alle fordert. Die dänische oder französische Linke wären demnach alle Nationalisten. Der UN-Generalsekretär ohnehin. Das ist genauso absurd, wie zu behaupten: Regime-Change-Kriege, unfaire Handelspolitik, der deutsche Wirtschaftsnationalismus in der EU, ja sogar der Kolonialismus – wären Internationalismus zur Förderung der Bewegungsfreiheit.

Sind Nationalismus und Nationalstaat identisch?

Nein, denn der Nationalstaat verbindet Menschen auf einem Territorium durch Rechte und Pflichten. Er ist ein Produkt der Aufklärung und ist historisch etwa in Frankreich nicht zwingend an die Abstammung gebunden. Das wäre in Paris mit seinen vielen Kulturen ja ebenso absurd wie in Berlin oder bei mir auf St. Pauli. Nationalisten aber werten andere auf Grund ihrer Herkunft ab oder überfallen andere Länder. Die deutsche Geschichte mit ihren Verbrechen belastet unser Verhältnis zum Nationalstaat. Das ist verständlich. Aber Deutschland ist nicht der Nabel der Welt.

Der Sozialstaat braucht also den Nationalstaat?

Ja, der Sozialstaat wird aus heimischen Steuern und Abgaben finanziert. Wer sagt, der Nationalstaat habe ausgedient, müsste dann Steuern und Abgaben weltweit eintreiben – was unrealistisch ist – oder den Sozialstaat beerdigen. Mich erinnert das alles sehr an die Thesen von Schröder und Blair, die mit der Aussage, der Sozialstaat ließe sich im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr in Deutschland oder Großbritannien verteidigen, die Agenda 2010 und die Zerstörung der Sozialdemokratie sowie der europäischen Zusammenarbeit einleiteten. Der Sozialstaat ist Ergebnis heftigster Kämpfe der Arbeiterbewegung. Das einfach so wegzufegen, wäre verrückt. Ich will ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa!

Verfolgen Sie zu diesen Fragen auch die Diskussionen außerhalb Europas?

Ja, wir nehmen in unserem Papier Bezug auf die latein-amerikanische Linke. Dort diskutiert man über das Recht, nicht auswandern zu müssen. Wenn wir uns übrigens Bernie Sanders zum Maßstab nehmen, dann wäre das wohl ein schrecklicher Nationalist.

Warum?

Bernie Sanders wurde 2015 zu offenen Grenzen befragt. Ich zitiere ihn jetzt mal frei übersetzt:

„Offene Grenzen? Nein, das ist ein Vorschlag der Koch-Brüder. (...) Das ist ein Vorstoß der Rechten, der im Kern lautet, es gibt keine Vereinigten Staaten! (...) Es würde die Amerikaner ärmer machen, es würde den Nationalstaat beseitigen und ich glaube, es gibt kein Land in der Welt, das daran glaubt. Wenn man auf einen Staat vertraut oder ein Land wie die USA, Großbritannien oder Dänemark oder jedes andere Land, hat man meiner Meinung nach die Pflicht alles zu tun, was in unserer Macht steht, den Armen zu helfen. (...) Was die Rechte in

diesem Land liebt, ist jedoch eine Politik der offenen Grenzen. Bring jede Menge Leute, die für 2 oder 3 Dollar die Stunde arbeiten, das wäre toll für die. Daran glaube ich nicht. Ich glaube, wir müssen die Löhne in diesem Land erhöhen, Millionen von Jobs schaffen (...). Kennen Sie die Jugendarbeitslosigkeit in den USA? Als weißer High-School-Absolvent beträgt sie 33 Prozent, bei Hispanics 36 Prozent, bei Afro-Amerikanern 51 Prozent. Meinen Sie, wir sollten die Grenzen öffnen und eine Menge Niedriglöhner herholen oder sollten wir versuchen, Jobs für diese jungen Leute zu schaffen? Ich glaube, von einem moralischen Standpunkt aus müssen wir mit dem Rest der Industrieländer zusammenarbeiten, um die weltweite Armut anzugehen, aber das gelingt nicht, indem wir die Menschen in diesem Land ärmer machen!“

Die Haltung von Sanders ist deutlich restriktiver als meine oder auch die von Sahra Wagenknecht. Er würde sich wohl bei Einigen für ein Parteiausschlussverfahren qualifizieren.

Ist die Debatte in der Linken verroht?

Ja, das ist leider der Fall. Unserem parlamentarischen Geschäftsführer Jan Korte, der mal Mitglied der Grünen war und im Bundestag die härtesten Kopfnüsse an die AfD verteilt, der im extrem schwierigen Wahlkreis Bitterfeld in Sachsen-Anhalt Kärnerarbeit leistet, wird rechtes Gedankengut unterstellt, weil er in DIE ZEIT davor warnte, DIE LINKE müsse sich wieder verstärkt um die Arbeiter und Arbeitslosen kümmern.

Welches Feedback haben Sie für Ihr Papier eigentlich von Personen oder Institutionen außerhalb der Linkspartei erhalten?

Aus der Partei haben mich viele positive Zuschriften erreicht. Sie haben uns gebeten, uns nicht einschüchtern zu lassen, weil sie sich eine sachliche Debatte wünschen. Es gab auch Zuschriften von außerhalb. Der Tenor war ähnlich. In

wenigen Fällen gab es auch Leute, die enttäuscht waren, weil wir Zuwanderung nicht strikt genug regulieren wollten.

Zum Schluss: Ihre Kritiker werfen Ihnen vor, Sie würden sich wegducken statt einen Antrag zu ihren Forderungen auf dem Bundesparteitag der Linken zu stellen.

Unsere Kritiker können offensichtlich die Zukunft voraussagen. Nach meiner Kenntnis dürfen nach wie vor Anträge zum Leitantrag auf dem Bundesparteitag gestellt werden. Politische Konflikte löst man aber durch sachliche Debatten, nicht allein durch Anträge.

Deutschland ist ein Magnet für schmutziges Geld

Der Europaabgeordnete Fabio De Masi über Steuerdumping in der EU, Juncker und die Offshore-Paradiese als genetischer Code des modernen Kapitalismus.

Herr De Masi, eines Ihrer Hauptthemen ist die Steuerflucht von Unternehmen und Vermögenden. Wie kam es zu diesem Interesse?

Der Markenkern meiner politischen Arbeit ist der Kampf gegen die Kürzungspolitik, die ich für sozial verheerend, aber auch für wirtschaftspolitisch verfehlt halte. Natürlich muss man dabei auch über die Einnahmeseite – also die Steuern – sprechen. Und da ist es absurd, dass wir effektive Steuersätze wie bei Apple auf die Rohgewinne im Jahr 2014 von 0,005% Steuern hatten. Das sind 50 Euro für jede Million Euro Gewinn. Gleichzeitig haben wir eine brutale Kürzungspolitik in Europa. Das ist grotesk.

SwissLeaks, LuxLeaks, die Panama Papers und in Deutschland Cum-Ex – man hat das Gefühl, die Steuer-Skandale werden immer größer und zahlreicher. Wer trägt die politische Verantwortung für Steuerschlupflöcher?

Natürlich gibt es berüchtigte Finanzplätze, Luxemburg, Malta, Irland, die das Modell als Steueroase als ihre Nische entdeckt haben. Aber auch Deutschland ist im Bereich der Geldwäsche katastrophal. Die großen Mitgliedsstaaten wussten ja, dass Steuervermeidung läuft und haben auch ein systematisches Interesse daran, es weiter laufen zu lassen.

Warum?

Weil es ja nicht luxemburgische oder maltesische Unter-

nehmen sind, die davon profitieren, sondern deutsche oder französische. Hinzu kommt, dass die EU-Verträge so angelegt sind. Es gibt keine Kompetenzen für die Koordinierung der Unternehmenssteuersätze, nur für die Mehrwertsteuer, die überwiegend die kleinen Leute zahlen. Der Steuerwettbewerb ist also auch gewünscht in der EU, er ist ein Element des Binnenmarktes und der neoliberalen Wirtschaftsverfassung der EU.

Jetzt gibt es öffentliche Empörung über Steuerflucht. Die EU-Kommission versucht wiederum diese Empörung zu nutzen, um mehr Kompetenzen für sich durchzusetzen und ein Stück weit eine Harmonisierung zu erreichen. Harmonisierung heißt aber nicht zwingend eine Einschränkung des Steuerwettbewerbs. Sondern Harmonisierung kann eben auch heißen, dass der Wettbewerb über die Steuersätze – weil die EU-Verträge keine Mindeststeuern ermöglichen – erst richtig losgeht. Ein großer, entscheidender Player in dem ganzen Konzert war immer Jean-Claude Juncker, der Architekt und Pate des Steuerkartells in Luxemburg.

Man hat das Gefühl EU-Kommission und EU-Mitgliedsländer schieben sich allzu gern den schwarzen Peter zu.

Juncker hat immer gesagt, dass sei nicht Luxemburg-Leaks, sondern EU-Leaks, dass hätten ja alle gemacht – da hat er auch Recht. Das Ding ist, die großen Mitgliedsstaaten versuchen teilweise Druck auf die kleinen Mitgliedsstaaten zu machen, haben in bestimmten Bereichen aber auch ihre Leichen im Keller. Die EU-Kommission wiederum sagt, dass die Mitgliedsstaaten Reformen blockieren. Das stimmt auch, aber im Prinzip ist der Steuerwettbewerb politisch gewollt.

Was sollte Juncker stattdessen tun?

Juncker könnte als EU-Kommissionspräsident Druck machen. Er könnte Luxemburg zum Beispiel auffordern, die Blockadehaltung bei Reformen aufzugeben. Oder Juncker

könnte sich dafür einsetzen, dass bestimmte, schädliche Steuerregime per Mehrheitsentscheidung in der Ratsarbeitsgruppe Verhaltenskodex geächtet werden können.

Ist denn das aktuelle Steuerregime überhaupt noch an die globalisierte Welt angepasst?

Wir haben in der EU freien Kapitalverkehr, unterschiedliche Steuerregime, die Konzerne ausnutzen, und eine Steuerarchitektur, die nichts mehr mit dem zu tun hat, wie internationale Konzerne funktionieren.

Ein beliebter Trick zu Steuervermeidung sind interne Verrechnungspreise. Apple zum Beispiel verkauft iPhones in einem Land mit höheren Steuern, macht eine Briefkastenfirma in einer Steueroase auf und schickt die Gewinne des Konzerns aus dem Verkauf von iPhones dadurch in die Steueroase, dass es dort die Patentrechte verwaltet und dann quasi eine fiktive Patent- oder Lizenzgebühr zahlt oder einen fiktiven Kredit. All diese Transaktionen finden innerhalb eines Konzerns statt.

Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Das interessante ist, dass mittlerweile der größere Teil des Welthandels Transaktionen innerhalb von Konzernen sind. Wir betrachten diese Konzerne mit ihren tausenden Töchtern und Briefkastenfirmen aber als separate Einheiten, anstatt zu sagen, das ist alles eine Soße und wir gucken am Ende des Tages, wie viel Gewinn machen die Unternehmen in der EU und verteilen den dann nach einer Formel. Wenn Luxemburg nur eine Briefkastenfirma mit einem Anrufbeantworter hat, dann würden sie nicht das Kriterium der ökonomischen Substanz erfüllen und würden eben nichts abbekommen von dem Kuchen.

Und was sagt die EU-Kommission dazu?

Die EU-Kommission schlägt hier zwar Reformen bezüg-

lich der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsbemessungsgrundlage vor. Jedoch ist nicht klar, dass mit dem Vorschlag der EU-Kommission die Unternehmen tatsächlich mehr Steuern zahlen werden.

Zum Beispiel will man es sogar erleichtern, dass die Unternehmen ihre Verluste grenzüberschreitend anrechnen lassen können. Wenn sie also einen Verlust in Land XY gemacht haben, dann können sie diesen trotzdem anrechnen lassen in einem Land, in dem sie Gewinn gemacht haben und wo sie eine höhere Steuerlast haben. Ob es aber im zweiten Schritt jemals zur EU-weiten Ermittlung und Verteilung der Gewinne kommt steht in den Sternen, da hier alle EU Staaten zustimmen müssen. Und da wir keine Mindeststeuersätze haben, kann es dazu kommen, dass über die Vereinheitlichung der Steuerwettbewerb über die Steuersätze sogar weiter angefacht wird.

Jetzt haben sie gerade gesagt, Juncker könnte die Mitgliedsstaaten auch dazu drängen, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Nun hat er im PANA-Ausschuss des Europäischen Parlaments angekündigt, Initiativen zu unterstützen, die eine Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in steuerpolitischen Fragen vorsehen und somit die Blockadehaltung einiger Staaten zu durchbrechen. Ihr Kollege Sven Giegold spricht bei letzterem sogar von einem „Game Changer“. Wird Juncker das wirklich machen?

Juncker sagt dazu ja und hat damit sein Ave-Maria, sein öffentliches Bekenntnis abgegeben. Aber ob er es dann wirklich macht, ist eine andere Frage. Er hat nämlich im gleichen Ausschuss gesagt, es obliege ihm nicht, die Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten zu kommentieren.

Die EU-Kommission kommentiert aber den ganzen Tag Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten – denken wir an die ganzen Defizitverfahren. Ich bezweifle, dass Juncker sich dort

mit jemanden anlegen wird, er ist ein Mann des Big Business. Bei der Ankündigung der Schwarzen Liste der Steueroasen hat man das gleiche Problem gehabt – die EU Kommission hat groß angekündigt und dann gab es einen diplomatischen Kuhhandel. So wird die schwarze Liste keine EU Staaten umfassen. Ein Land mit einer Unternehmenssteuer von null Prozent soll nicht automatisch als Steueroase gelten.

Absurd!

Das hört sich aussichtslos an ...

Wir wären schon froh, wenn wir mehr Transparenz hätten. Wenn wir die länderspezifische Berichterstattung von Konzernen einführen und öffentlich machen würden. Dann müssten Konzerne für jedes Land Gewinne, Steuern und Ähnliches ausweisen. Das will die EU Kommission zwar auch. Aber mit zahlreichen Ausnahmen. Eine Berichtspflicht soll es nur für Aktivitäten in der EU und die Länder auf der schwarzen Liste geben. Viele Mitgliedsstaaten – auch Deutschland – blockieren zudem, weil sie Angst haben, dass beispielsweise deutsche Exportunternehmen von anderen Ländern belangt werden.

Und die EU-Verträge behindern eine aktive Industriepolitik. Staatliche Beihilfen sind enorm erschwert, man hat keine eigenständige Geld- und Wechselkurspolitik, die Fiskalpolitik ist durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt eingeschränkt. Kein Wunder, dass da die Länder sagen, da bleibt uns halt nur noch das Steuerdumping. Und da ist auch etwas Wahres dran. Solange die EU auf ein Regelwerk setzt, dass die Länder in den Unterbietungswettlauf zwingt, kann man sich auch die Moral sparen.

Das heißt, die zwölf von Juncker aufgeführten Steuerreforminitiativen lassen noch immer große Schlupflöcher?

Absolut. Ich glaube die effektivste Methode ist, die auch die Amerikaner angewandt haben – die ja mit Delaware, Nevada

oder New York auch eine Steueroase sind. Aber die USA haben zu Lichtenstein oder der Schweiz gesagt: Hört zu, wenn ihr nicht kooperiert beim Bankdatenaustausch, dann erheben wir eine saftige Quellensteuer und kündigen die Doppelbesteuerungsabkommen mit euch. Und genau das wäre die Methode. Wir müssten eigentlich sagen, wenn wir uns unter 27, 28 Ländern nicht einigen können – oder mit den ganzen Steueroasen außerhalb der EU, dann gibt es eben saftige Quellensteuern, auch auf Finanzflüsse in Steueroasen.

Mit anderen Worten, gerade einzelne Staaten müssten wieder das Heft des Handelns in die Hand nehmen?

Ja, eine Einigung mit allen EU Staaten passiert immer nur beim kleinsten gemeinsamen Nenner. Gegen die Interessen der europäischen Steueroasen kommt man daher nur an, wenn man auch unilateral etwas tut. Das Problem ist, dass der europäische Gerichtshof mittlerweile die Möglichkeit der sogenannten Hinzurechnungsbesteuerung eingeschränkt hat. Wenn also im Zielland nicht angemessen besteuert wird, die Herkunftsstaaten des jeweiligen Unternehmens selbst etwas draufschlagen dürfen, wenn das Geld ihr Land verlässt.

Vor 10, 15 Jahren ist man noch davon ausgegangen, dass die Durchsetzung der nationalen Steuergesetze nicht unter den Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit fällt. Der EuGH sieht das mittlerweile anders und das ist ein Teil des Problems. Der offene Kapitalverkehr ist damit auch ein Problem in der EU, weil er die Durchsetzung von Steuergesetzen erschwert.

Sie haben gerade auch gesagt „wir müssten den amerikanischen Weg gehen“. Wer ist denn da „wir“ – die Bundesregierung?

Ja, aber dass die andere politische Interessen verfolgt, ist mir klar. Aber wenn eben gesagt wird, häufig auch von der Kom-

missionsseite, wir bekommen keine perfekten Lösungen hin, weil wir Kompromisse zwischen vielen Ländern finden müssen, kann man den Kompromissen auf die Sprünge helfen und Druck aufbauen. Wie es die USA getan haben.

Deutschland ist ja bereit, bei allem Druck aufzubauen. Bei den Troika-Programmen mit Griechenland, da bauen sie immer Druck auf. Es gibt Länder, die führen Krieg, um Druck aufzubauen. Nur bei den Steuern, da sagt man immer, wir können nichts tun. Diese Unschuldnummer, die sollten wir ihnen einfach nicht mehr abnehmen.

Finanzminister Wolfgang Schäuble stellt sich als Vorreiter im Kampf gegen die Steuervermeidung dar. Reichen die deutschen Bemühungen denn aus?

Nein, absolut nicht. Wir sehen das jetzt gerade im Bereich der Geldwäsche. Geldwäsche ermöglicht häufig Steuerhinterziehung. Deutschland ist ein Paradies für Geldwäsche und organisierte Kriminalität von Steuerausländern – etwa im Immobiliensektor – wie auch das Bundeskriminalamt beklagt. Die Bundesregierung hat zum Beispiel vor kurzem im EU-Rat öffentliche Register über die wahren Eigentümer von Briefkastenfirmen blockiert. Und gegen den Ratschlag seiner eigenen Beamten hat Finanzminister Schäuble bei der deutschen Umsetzung der früheren Geldwäscherichtlinie auf die Einführung öffentlicher Register verzichtet. Insofern ist Deutschland da überhaupt nicht unschuldig, sondern ein Magnet für schmutziges Geld.

Zudem gibt es einen gewollten und herbeigeführten Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern durch zu geringe Ausstattung von Finanzämtern mit Betriebsprüfern und Ähnlichem.

Das klingt nach einem Skandal ...

Die ganzen Skandale sind ja keine Betriebsunfälle, es ist der Regelbetrieb. Auch Steueroasen sind kein Zufall. Der Auf-

stieg der Offshore-Paradiese ist quasi ein genetischer Code des modernen Kapitalismus, weil das viele konzentrierte Kapital versucht, vor dem Zugriff des Staates gesichert zu werden. Je stärker die Konzentration von Gewinnen und Vermögen desto größer die kriminelle Energie.

Was sind ihre konkreten Vorschläge, um Steuerflucht und Steueroasen einen Riegel vorzuschieben?

Um nur einige Maßnahmen zu nennen: Wir müssen weg vom Wettbewerbsrecht und dem System der Transfer- und Verrechnungspreise. Um dort Fehlverhalten nachzuweisen, muss man derzeit aufzeigen, dass ein Unternehmen diskriminiert wurde. Wenn jetzt beispielsweise Apple 1% Steuern zahlt und Google 0%, dann ist das eine Diskriminierung von Apple. Wenn beide 1% oder beide 0% zahlen, ist die Welt in Ordnung. Dass ist natürlich ein absurder Rahmen, um dagegen vorzugehen.

Zudem ist es aufgrund von Personalmangel – man hat dafür auf EU Ebene derzeit 20 bis 25 Beamte – wahnsinnig schwierig, bei tausenden von internen Transaktionen, die in Unternehmen vorgenommen werden, nachzuweisen, dass die nicht mit Marktpreisen abgerechnet haben.

Außerdem stellt sich immer die Frage: Was ist der Marktpreis von einem Patent von einem iPhone? Wer definiert das? Auch für Entwicklungsländer ist das oft schwierig, da sie hierfür oft gar nicht die administrativen Kapazitäten haben. Wir müssen zu einem System kommen, in dem Konzerne wie eine Einheit betrachtet werden und Gewinne dort besteuert werden, wo sie anfallen.

Zudem kann noch immer über unterschiedliche Bilanzierungsregime getrickst werden. Da braucht es Reformen. Ebenso braucht es Mindeststeuersätze, Quellensteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen, die Kündigung von Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten und

ein Unternehmensstrafrecht, damit man nicht mehr das Vergehen von Einzelnen bestrafen, sondern Unternehmen, Banken und Berater haftbar machen kann – bis hin zum Lizenzentzug. Desweiteren brauchen wir absolute Transparenz bei der Länderberichterstattung (country-by-country reporting) und bei den Steuervorbeischeiden (tax rulings).

Zur Aufklärung gehören ja auch immer Ausschüsse wie der PANA-Ausschuss. Wie läuft die Arbeit solcher Ausschüsse? Gibt es da Hindernisse bei der Aufklärungsarbeit?

Hindernisse gibt es eine ganze Menge. Ein Untersuchungsausschuss im europäischen Parlament hat nicht dieselben Kompetenzen wie ein nationaler U-Ausschuss oder der US Senat. Wir haben kein Recht, Zeugen vorzuladen. Wenn sie nicht erscheinen, können wir nichts machen. So ist beispielsweise die Vorsitzende der Code of Conduct Group – der „Gruppe Verhaltenskodex“ der Mitgliedsstaaten, wo die Steuerfragen diskutiert werden – nicht erschienen. Und auch die maltesische Ratspräsidentschaft hat sich der Zusammenarbeit mit dem Ausschuss verweigert.

Wir kriegen teilweise keinen Zugang zu Dokumenten oder diese werden geschwärzt. Ich verklage deswegen die EU-Kommission, die wiederum sagt, sie rücken die Dokumente nicht raus, weil die Mitgliedsstaaten nicht wollen. Die Mitgliedsstaaten boykottieren uns ganz offen.

Vor kurzem kam der Cum-Ex-Skandal ans Tageslicht, bei dem sich Unternehmen, Banken und Berater eine einmal gezahlte Kapitalertragsteuer auf Dividendenzahlungen mehrmals zurückerstatten ließen. Schaden für den deutschen Fiskus durch solche und ähnliche Praktiken: 31 Milliarden Euro. Wie erklärt man der steuerzahlenden Putzkraft und dem Kassierer an der Supermarktkasse, dass die Bundesregierung da so lange untätig blieb?

Das muss die Bundesregierung erklären. Das führt natürlich zu Ohnmacht und Verachtung. Die Deutsche Bank muss man eine kriminelle Vereinigung nennen – mit angeschlossenen Bankgeschäft. Lobbyisten schreiben Gesetzen, und schaffen sich dadurch ihre zukünftigen Geschäftsmodelle.

Wir wissen mittlerweile, dass selbst Terroristen Karussell-Geschäfte bei der Mehrwertsteuer (hier) nutzen. Da geht es um wenige bekannte Akteure. Man könnte denen gesetzgeberisch das Handwerk legen. Warum das nicht gemacht wird? Ich kann mir das nur mit unzureichendem politischen Interesse erklären.

Selbst die Commerzbank hat nach ihrer Teilverstaatlichung in ihren Prospekten noch mit Geschäftsmodellen mit Steueroasen geworben. Bei der staatlichen Beteiligung wurden die Sperrminoritäten so gelegt, dass der Staat gerade keinen Einfluss nehmen konnte auf die Geschäftsmodelle. Damit ermutigt man Kriminalität.

Steuerflucht ist ja quasi Schwarzfahren auf Kosten der Allgemeinheit. Warum schaffen es linke Parteien nicht, mit diesem Thema mehr Stimmen der Wähler zu gewinnen?

Ich glaube, da gibt es zwei Probleme. Zum einen ist es für viele Leute ein etwas abstraktes Thema. Wenn jemand auf der Straße überfallen wird, sind wir uns einig, dass er beklaut wird. Wenn jemand weniger ans Finanzamt zahlt und andere dann mehr zahlen müssen, ist dieser Zusammenhang weniger deutlich. Zweitens setzen wir in der Linken vielleicht auch gelegentlich falsche Schwerpunkte in der öffentlichen Debatte.

— *Interview auf Makroskop.eu am 19.06.2017*

Ich werde nicht wieder antreten

Erklärung vom 24.02.2021

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich werde 2021 nicht erneut für den Deutschen Bundestag kandidieren.

Es war ein Privileg, seit 2014 zunächst im Europäischen Parlament und ab 2017 im Deutschen Bundestag zu wirken. Viele Menschen kämpfen in der Corona-Krise um ihre Existenz. Ich habe immer versucht, für jene Menschen Politik zu machen, die versuchen, ihre kleinen Träume zu verwirklichen und dabei anständig zu bleiben. Ich bin insbesondere den Menschen in Hamburg und in meinem Viertel in St. Pauli dankbar. Es war eine Ehre, ihnen im Parlament zu dienen. Ihr beweist jeden Tag in diesen schweren Zeiten großen Zusammenhalt und ich bin stolz auf Euch!

Es war nicht selbstverständlich, dass ich einmal dem Deutschen Bundestag angehören werde. Ich bin der Sohn einer alleinerziehenden Volkshochschullehrerin. Mein Vater arbeitete zeitweilig im Lager bei Wertkauf. Meine italienischen Großeltern besuchten nur wenige Jahre die Schule. Mein Großvater kämpfte als Partisane im Piemont für die Befreiung Italiens und musste sich dabei in dunklen Erdlöchern verstecken. Meine Großmutter trällerte ein Lied, wenn die Luft rein war und schmuggelte geheime Botschaften in einer Salami auf dem Motorrad. Mein Großvater hätte meinem deutschen Großvater im Krieg gegenüberstehen können. Er wäre unfassbar stolz, dass ich einmal dem deutschen Parlament angehörte. Alles, was ich im Leben erreicht habe, verdanke ich auch diesen Menschen.

Ich danke meinen großartigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich mit Leidenschaft für den Erfolg meiner Arbeit engagiert und dabei meinen Ehrgeiz ertragen haben.

Ich weiß, was ich meiner Partei und meinem Hamburger Landesverband zu verdanken habe. Ich bin stolz, dass wir gemeinsam zur letzten Bundestagswahl das beste Wahlergebnis unserer Geschichte in Hamburg erzielen konnten. Ich habe Rentnerinnen und Rentner, Lagerarbeiter, Pflegekräfte, Klein-Unternehmerinnen und viele mehr in unserer Partei kennenlernen dürfen, die sich für andere Menschen selbstlos engagieren.

Ich habe aufgrund meiner Tätigkeit interessante und beeindruckende Persönlichkeiten kennenlernen dürfen - von bekannten Ökonomen wie Jo Stiglitz bis zu meinen Freund Manoli Glezos, der während der NS-Besatzung die Nazi-Flagge von der Akropolis holte und im stolzen Alter von 97 Jahren eingeschlafen ist. Dafür bin ich unendlich dankbar.

Ich bin in den letzten Wochen von vielen Personen in meinem Landesverband, die mich bei der letzten Listenaufstellung nicht unterstützt haben, aufgefordert worden, erneut zu kandidieren. Auch aus anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag haben mir Kolleginnen und Kollegen mitgeteilt, dass sie meinen Rückzug bedauern. Das weiß ich sehr zu schätzen. Besonders dankbar bin ich für die Erfahrung zuletzt insbesondere mit der FDP und den Grünen im Wirecard-Untersuchungsausschuss vertrauensvoll zusammen zu arbeiten.

Ich habe mich jedoch aus persönlichen Gründen gegen eine erneute Kandidatur entschieden. Ich habe in den letzten sieben Jahren immer an der maximalen Belastungsgrenze gearbeitet. Insbesondere mein Sohn musste daher zu häufig zurückstehen. Dies hatte auch damit zu tun, dass es lange Zeit zu wenig Personal in unserer Partei und unserer Frak-

tion gab, das bereit war, sich für die ökonomischen Debatten unserer Zeit zu interessieren.

Ich habe versucht, dies durch mein Engagement auszugleichen. Denn es ist gerade im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik ungleich schwerer, als linke Oppositionspartei - ohne kurzfristige Machtperspektive - ernst genommen zu werden. Ich denke, ich konnte den Beweis erbringen, dass es die LINKE auch selbst in der Hand hat, ob sie bei ökonomischen Debatten, die nun angesichts der Corona Krise das ganze Land bewegen, eine Rolle spielt.

Ein Mandat ist kein Selbstzweck. Auch die beste Finanzpolitik bringt uns nicht weiter, wenn ich zwar Respekt für meine Arbeit bekomme, aber die Partei aufgrund strategischer Fehler und Erscheinungsbild schwächelt - obwohl viele unsere Forderungen in der Bevölkerung äußert populär sind. Dann steht das eigene Engagement in keinem gesunden Verhältnis mehr zu dem, was wir real für jene Millionen Menschen erreichen, die im Unterschied zum großen Geld keine Lobby im Parlament haben.

An mich ist auch der Wunsch herangetragen worden, für den Parteivorsitz zu kandidieren und Einfluss auf die Ausrichtung der Partei zu nehmen. Dafür braucht es aber gemeinsamen Spirit. Sonst ist ein Erfolg nicht möglich. Ich möchte aber in meiner jetzigen Lebensphase meine Energie nicht in eingeübten Ritualen und Machtkämpfen verausgaben.

Ich war immer der Überzeugung, dass meine Partei auch einen Wettbewerb um die besten Köpfe braucht, die uns vertreten. Wir haben viele Talente und engagierte Mitglieder, die ihre Lebenszeit selbstlos in politisches Engagement investieren. Zu häufig ist aber der Maßstab für ein Bundestagsmandat nicht, wer über das eigene Milieu hinaus Menschen erreicht. Ich wollte nie an den Füßen voran aus dem Bundes-

tag heraus getragen werden. Und ich vertraue darauf, auch außerhalb des Parlaments einer spannenden beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Ich möchte mein Netzwerk und meine öffentliche Rolle auch weiterhin für wichtige Themen wie etwa die Regulierung der Finanzmacht der großen Digitalkonzerne nutzen. Ich möchte dabei zeitweise auch aus meiner zweiten Wahlheimat Südafrika heraus wirken. Ein Land, mit dem mich auch persönlich viel verbindet, und dem ich gerade nach den Verwerfungen durch die Corona Krise etwas zurückgeben möchte.

Ich konnte in den sieben Jahren Akzente setzen - in der Eurokrise und der Geldpolitik, beim Thema Lobbyismus, bei Steueroasen und den Luxemburg-Leaks, beim Thema Geldwäsche, insbesondere dem Chaos bei der deutschen Financial Intelligence Unit, und den Panama Papers, bei der Debatte um den digitalen Euro und die drohende Finanzmacht von Digitalkonzernen wie Facebook, der digitalen öffentlichen Infrastruktur und der Besteuerung von Digitalkonzernen, bei der Debatte um den Investitionsstau und die Schuldenbremse, beim Cum-Ex-Steuerraub und dem Warburg-Skandal, bei der Besteuerung der Vermögen von Milliardären (Vermögensabgabe), der Aufklärung des Wirecard-Skandals und der Reform der Finanzaufsicht. Ich habe dabei versucht, durch harte Arbeit und Transparenz (wie die Veröffentlichung meiner Steuerbescheide) zu zeigen, dass es echte Überzeugungstäter in der Politik gibt.

Ich habe den politischen Meinungsstreit - gerade mit Konservativen und Liberalen - immer als eine Bereicherung empfunden. Denn Widerspruch schult die eigenen Argumente. Wir müssen lernen, respektvoll miteinander zu streiten - so wie in jedem Dorf, in jeder Familie, in jedem Sportverein und in jedem Freundeskreis.

Es gibt in verschiedenen politischen Spektren und vor allem in den sozialen Medien die Tendenz, Politik nur noch über Moral und Haltungen zu debattieren. Ich halte dies für einen Rückschritt. Werte und Moral sind das Fundament politischer Überzeugungen. Wer jedoch meint, dass alleine die „richtige Haltung“ über „richtig oder falsch“ entscheidet, versucht in Wahrheit den Streit mit rationalen Argumenten zu verhindern.

Eine solche Debattenkultur hat nichts mit Aufklärung zu tun, sondern ist Ausdruck eines elitären Wahrheitsanspruchs, wie ihn die Kirche im Mittelalter bediente. Vor allem verstärkt dies aber Spaltungen in der Gesellschaft, wovon rechte Demagogen weltweit profitieren. Dies hilft Kräften wie der AfD, sich als Anwältin der kleinen Leute aufzuspielen, obwohl ihnen die Schweizer Franken zu den Ohren heraus kommen.

Die Kunst der Politik besteht darin, auch an die Lebensrealität und die Sprache jener Menschen anzuknüpfen, die um die Kontrolle über ihr Leben fürchten. Die politische Linke darf das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit - in einem umfassenden Sinne - nicht vernachlässigen. Dabei sollte man weder Ressentiments schüren noch so sprechen, dass normale Menschen einen Duden brauchen. Aber auch „Maulheldentum,“ ersetzt keine praktischen Antworten auf konkrete Probleme. Es werden die Parteien gewählt, denen man zutraut, Existenzen in der Corona-Krise zu sichern, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu verhindern, dass Kinder aus ärmeren Stadtteilen ihr Recht auf Bildung einbüßen!

Parteien in der Tradition der Arbeiterbewegung waren immer lebensnah. Sie kannten die Lebenswirklichkeit der Menschen, die von ihrer Hände Arbeit lebten. Sie haben Grundwerte wie Solidarität durch Verankerung in der Lebenswelt der Beschäftigten verteidigt. Die Debatten der Meinungs-

führer in den akademischen Milieus, die Codes der digitalen Empörung und Hashtags, die häufig nur wenige Stunden überdauern und nichts kosten, sind dafür kein Ersatz.

Das Leben ist voller Widersprüche: Wir müssen mehr Kapitalismuskritik und weniger erhobenen Zeigefinger wagen. Ein Akademiker mit hohem ökologischen Bewusstsein und hohem Einkommen, der öfters eine Fernreise unternimmt, verfügt über einen höheren ökologischen Fußabdruck als eine „Umweltsau“, die sich keinen Urlaub leisten kann. Wer sich die Miete in den Innenstädten nicht mehr leisten kann, muss häufiger mit dem Auto zur Arbeit pendeln, wenn zu wenige Busse und Bahnen auf dem Land fahren.

Die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer ist eine Schande. Aber die Zerstörung der Lebensgrundlagen von Millionen Menschen durch Krieg, unfaire Handelspolitik und Klimawandel wird auch nicht durch die Abschaffung von Grenzen beendet. Es braucht immer beides: Perspektiven in Herkunftsländern und starke Kommunen, die Geflüchteten Zukunft jenseits von Massenunterkünften im Industriegebiet bieten können.

Die KassiererIn bei Lidl oder der Wanderarbeiter in Indien, die in überfüllten Verkehrsmitteln zur Arbeit müssen, aber keinen Impfstoff erhalten, weil der Staat keine zusätzlichen Produktionskapazitäten anreizt und nicht in die Patente der Pharmakonzerne eingreift, unterliegen anderen Risiken für ihre Gesundheit als ein IT-Berater im Home-Office.

Millionen Frauen im Niedriglohnsektor brauchen Schutz vor Ausbeutung und müssen sich täglich gegen Respektlosigkeiten und Übergriffe von Männern wehren. Auch viele dieser Frauen sind selbstbewusst, aber nicht immer geübt in geschlechtsneutraler Sprache.

Bernie Sanders ist ein alter weißer Mann. Aber er hat sich ein Leben lang für anständige Löhne und eine Krankenver-

sicherung für Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in McJobs engagiert, die überwiegend von Latinos und Afroamerikanern verrichtet werden.

Identität ist wichtig im Leben. Sie darf aber nicht dazu führen, dass nur noch Unterschiede statt Gemeinsamkeiten zwischen Menschen betont werden und sich nur noch „woke“ Akademiker in Innenstädten angesprochen fühlen. Eine Politik, die nur noch an das Ego und die individuelle Betroffenheit, aber nicht mehr an die Gemeinschaft appelliert, ist auch Donald Trump nicht fremd.

Viele Menschen teilen unsere Werte. Aber wir gewinnen nichts, wenn wir weltfremd wirken oder Stress in der Gesellschaft tabuisieren, weil wir Angst haben, auf konkrete Probleme auch konkrete Antworten liefern zu müssen. Dies schließt übrigens „linken Populismus“ überhaupt nicht aus. Wir müssen populärer werden - aber mit Hand und Fuß und den richtigen Schwerpunkten.

Die Corona-Krise ist eine enorme Chance für die politische Linke, auf Angriff zu spielen und Staats- und Marktversagen im Gesundheitssystem sowie bei der kritischen Infrastruktur zu thematisieren. Die wachsende Ungleichheit, die Macht der neuen Daten- und Techkonzerne, die mächtiger sind als die größten Banken und Öl Tycoons, die extremen Anpassungskosten und wiederkehrenden Schocks durch den Klimawandel, die Aufrüstung, der Krieg und der Terror in den internationalen Beziehungen - all dies macht linke Antworten nötiger denn je. Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez haben in den USA vorgemacht, wie man dies populär und erfolgreich macht.

Ich wünsche der Linken, dass sie sich ein Stück neu erfindet und linke Politik wieder stärker mit dem Einsatz für die Interessen der sogenannten „einfachen Leute“ in Verbindung gebracht wird. Ich wünsche meiner Partei Demut gegenüber

den Wählerinnen und Wählern, die wir verloren haben. Ich wünsche unseren Abgeordneten die Fähigkeit, sich auch selbst kritisch zu hinterfragen, welchen Beitrag zur Stärkung linker Politik man in der Öffentlichkeit noch leistet. Denn unser Job ist ein Privileg, das man sich jeden Tag auf Neue verdienen muss.

Ich bleibe aus tiefsten Herzen und voller Überzeugung Linker. Ich werde mich weiterhin politisch engagieren. Dies gilt auch für den Wahlkampf der Linken in Hamburg. Ich möchte auch nicht ausschließen, dass ich eines Tages wieder für ein politisches Amt kandidiere, wenn meine Partei dies wünscht und ich neue Kraft tanken konnte! Darüber hinaus werde ich dem FC Bundestag immer dann als linker Außenverteidiger erhalten bleiben, wenn der Kapitän mich aufstellt und ich mich in Berlin aufhalte.

Ich möchte mich bei politischen Kontrahenten und Weggefährten entschuldigen, denen ich vielleicht hier oder dort im Eifer des politischen Gefechts Unrecht getan oder sie persönlich verletzt habe. Ich habe die Zusammenarbeit und den Streit mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Fraktionen und meinen Austausch mit Journalistinnen und Journalisten, die sich reinknien, um dieses Land ein Stück besser zu machen, immer sehr geschätzt.

Ich wünsche Euch Glück, Gesundheit und den Mut, zu erkennen, was im Leben wirklich zählt!

Euer,

Fabio

*„Sieh, dass Du Mensch bleibst.
Mensch sein ist von allem
die Hauptsache. Und das heißt:
fest und klar und heiter sein,
ja heiter, trotz alledem.“*

Rosa Luxemburg